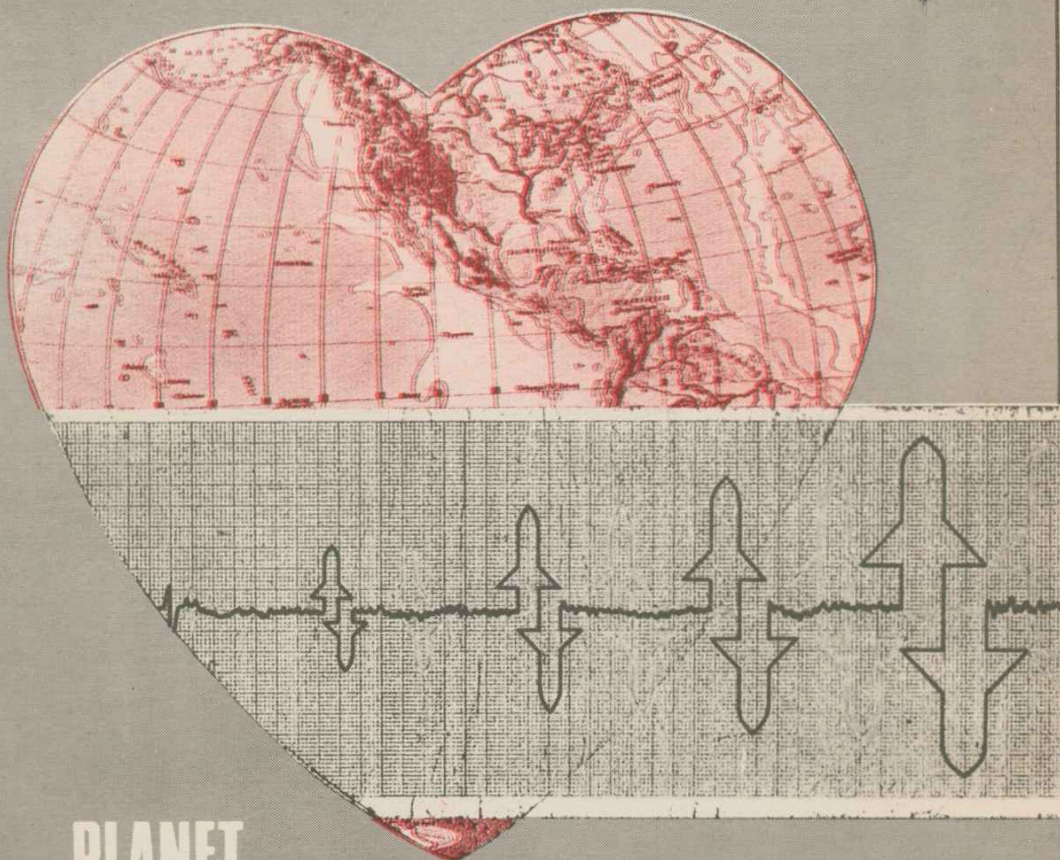


NEUE ZEIT

Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH RAU“
1501 Ploetzin, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fernbibliothek



PLANET
IN GEFAHR,
NICHT LÄNGER ZÖGERN!

14159 31
ZOLLVERW-BI
151 394 347
1501 9001 1525
FACH 65



Die wissenschaftlich-technische Perspektive für den 12. Fünfjahrplan sieht den Einsatz von Laserstrahlen zu friedlichen Zwecken vor. In Industrie und Medizin ist Lasertechnologie bereits weit verbreitet.

Sowjetische Wissenschaftler finden für den Laser neue Anwendungsbereiche, u.a. in der Landwirtschaft der Kirgisischen SSR. Für die Bauern der Trockenzone ist es z.B. wichtig, zu wissen, welches Feld bewässert und welches entwässert werden muß. Eine entsprechende Analyse dauert heute noch 24 Stunden. Der in Frunse konstruierte Laser-Feuchtigkeitsmesser stellt die notwendigen Daten in 10 Minuten zusammen.

Ein Laser reguliert die Berieselungsmenge.



Fotos:
TASS

DAS KARDIOGRAMM DES PLANETEN

Unser Planet wird als Herz dargestellt — mitsamt seinem Kardiogramm. Eine glänzende Idee des polnischen Künstlers, dessen Plakat wir auf dem Titelbild dieses Heftes bringen. In der Tat, unser Planet, der bereits Vieles erlebt hat, wird nunmehr mit solchen Herausforderungen konfrontiert, daß wir täglich, ja stündlich um seinen Zustand bangen und auf ihn achtgeben müssen. Nein, wir gehören nicht zu den unverbesserlichen Pessimisten und leiden auch nicht an übermäßiger Ängstlichkeit. Doch wir meinen, die internationalen Beziehungen erfordern ständig und überall eine vorsorgliche und wirkungsvolle Prophylaxe.

Das Gute hat auch seine Schattenseiten. Es wird nämlich recht schnell vergessen. Die Menschheit darf jedoch dieser Versuchung nicht unterliegen, denn sonst blieben ihr nur Kriege, Katastrophen, Konflikte und Streitigkeiten im Gedächtnis, weiter nichts. Es gab und gibt aber doch auch Gutes, Sinnvolles und Aussichtsreiches: die Entspannung. Von der westlichen Propaganda wird sie vorsätzlich zu den erloschenen Sternen gerechnet. Es ist nur wenig mehr als ein Jahrzehnt vergangen, als sie in der historischen Schlußakte von Helsinki, die am 1. August 1975 unterzeichnet wurde, ihren Niederschlag fand. Seitdem wirkt, bei allen Schwierigkeiten, der von Helsinki inspirierte Prozeß des Dialogs, der Verträge und Vereinbarungen fort.

Es gibt jedoch immer noch weite Regionen ohne Dialog, wie den von Helsinki. Nehmen wir einen außerordentlich wichtigen Teil der Welt, wie den asiatisch-pazifischen. Hier loderten in den letzten zehn Jahren wiederholt Kriegsbrände. Westliche militaristische Kreise hegen die Absicht, diesen Raum erneut in einen militärpolitischen Konfrontationsherd zu verwandeln und die Kriegsgefahr nimmt hier erschreckend schnell zu.

Dabei haben die Völker und Länder des Stillen Ozeans ein besseres Los verdient. Michail Gorbatschow legte in Wladivostok ein neues, wichtiges und sorgfältig ausgearbeitetes Programm vor, für die Gewährleistung internationaler Sicherheit und friedlicher Zusammenarbeit in der asiatisch-pazifischen Region. Was spricht eigentlich gegen eine Pazifik-Konferenz nach dem Muster von Helsinki? Wenn man sie dazu noch in Hiroshima einberiefe, wäre diese, als erste der Atombombe zum Opfer gefallene Stadt ein echtes Friedenssymbol Asiens und des Pazifik.

Die Staaten der Welt vereint bei all ihren Unterschieden die Tatsache einer gemeinsamen Existenz im Rahmen der Völkergemeinschaft. Tritt in einer Region Ungleichgewicht auf, sind auch die anderen in ihrer Stabilität bedroht. Bemühen wir uns, diese Qualität der gegenseitigen Abhängigkeit positiv zu wenden und stabilisieren die Sicherheit in allen Weltregionen!

POST

Die Kraft gespaltener Atome birgt viele Gefahren in sich. Aber halten wir Rückschau: Der Weg des wissenschaftlich-technischen Fortschritts war noch nie mit Rosen besät, und noch nie verlief die Entdeckung des Neuen ohne Opfer. Neue Technik kann nur in ihrer praktischen Anwendung vervollkommen werden. Sicherheitsgarantien für Atomkraftwerke entstehen nicht nur auf dem Papier. Aber westliche Massenmedien halsen uns eine Diskussion darüber auf, ob die Energie des friedlichen Atoms überhaupt zu nutzen sei. Mir scheint, daß diese Diskussion mehr an eine Propagandakampagne erinnert, deren Ziel darin besteht, die Aufmerksamkeit von SDI und dem Rüstungswettlauf abzulenken. Michael GARLING

Berlin, DDR

Die US-Administration erhebt gern Geschrei über die Menschenrechte. Hat sich aber der amerikanische Präsident schon einmal Gedanken gemacht über die Rechte der 269 Menschen, die vor drei Jahren an Bord der südkoreanischen Linienmaschine KAL-007 waren!

Gaetano BRANCALEONE
San Diego, USA

Wir sind froh: ein neuer Erfolg für die sowjetischen Kosmonauten. Und wenn man die Zeitung aufschlägt, erfährt man, daß der italienische "Fiat"-Konzern seine Bereitschaft erklärt hat, sich an den amerikanischen Plänen zur militärischen Erschließung des Weltraums zu beteiligen. Japan ist bemüht, sich der Vorbereitung des Star-Wars-Programms anzuschließen. Ist es nicht ärgerlich, daß wir uns an sie von der Station "Frieden" aus wenden, und sie sich an uns von der Station "Krieg"!

Alexej KURGANOW
Gebiet Moskau

31

AUGUST 1986

Gründungsjahr 1943

3

Asiatisch-
pazifischer
Raum. Wege
nach Obereinstimmung
suchen

11

Norwegen.
Nicht vom Öl allein

14

UdSSR--BRD.
Bewölkt,
mit Aufheuerungen...

18

Ein Jahr
sowjetisches Moratorium

22

DDR.
Lehren der Sparsamkeit

24

Reportage aus
Brasilien

28

9. Studio

WORT DES RE-
DAKTEURS (1).
PANORAMA(8). POST,
ECHO(16). PERSONALIEN
(21). DISKUSSION MIT
DEM LESER(32).

TITELBILD:

Polnisches Plakat



ÜBER EIN JAHR

nahm die UdSSR keine Nu-
klearwaffenests vor, dreimal
wurde das sowjetische Mora-
torium verlängert. Die Antwort
der USA auf diese Geste
guten Willens waren 15 Explo-
sionen in Nevada und eine
Propagandakampagne, um die
Bedeutung der sowjetischen

Initiative herabzusetzen.
Warum setzt Washington
hartnäckig seine Tests fort?
Wie sieht die Weltöf-
fentlichkeit die Positionen der
beiden Mächte zur Frage
einer nuklearen Abrüstung?
Dazu äußern sich Prof. T. Tai-
row (UdSSR) und Prof.
K. P. Misra (Indien).

S. 18

DISKUSSION

IM FERNSEHEN (II.)

Fragen der Entspannung in
Europa, die sowjetisch-ameri-
kanischen Beziehungen und
andere aktuelle Probleme der
Weltpolitik waren unlängst
Gegenstand einer Diskussion
in dem beliebten Programm
des sowjetischen Fernsehens
"9. Studio". Teilnehmer waren
der Direktor des Instituts der
USA und Kanadas der AdW
der UdSSR, Akademiemitglied
Georgi Arbatow, das Mitglied

des SPD-Parteivorstands Egon
Bahr (BRD), der Vorsitzende
der Sozialdemokratischen Par-
tei Großbritanniens und ehe-
malige Außenminister David
Owen und der Vorstandsvor-
sitzende der Presseagentur
Nowosti, Valentin Falin. Stän-
diger Moderator dieser Sen-
dung ist Valentin Sorin. In
diesem Heft bringen wir den
zweiten Teil der Diskussion.

S. 28



BRASILIAN

IM AUFBRUCH

Dieses riesige Land schreitet
zu neuen Ufern, schlägt Re-
korde des industriellen
Wachstums. Doch
wirtschaftliche Erfolge stehen
neben unerfreulichen Ent-
wicklungen in anderen Be-
reichen — neben der enormen
Auslandsverschuldung und der
Armut von Millionen Brasilia-
nern. Vom Alltag in Brasilien
handelt der Reisebericht unse-
res Sonderkorrespondenten.

S. 24

Chefredakteur: V. IGNATENKO

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLIAKOW (Stellv. Chefredakteur),
J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), A. LEBEDEV, A. PIN, B. PISTCHIK (Stellv.
Chefredakteur), V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), D. WOLSKI, V. ZOPPI
Gestaltung: A. GARANIN

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

Wege zur Übereinkunft suchen

"Der Sowjetstaat fordert alle asiatischen und pazifischen Staaten auf, für Frieden und Sicherheit zusammenzuarbeiten." Diese Worte, die Michail Gorbatschow am 28. Juli in Wladiwostok sagte, bedeuten eine neue wichtige Entwicklungsphase der politischen Situation in Asien und im Pazifikraum.

Alles Geschehen im asiatisch-pazifischen Raum ist für die UdSSR von nationalem, staatlichem Interesse. Doch handelt es sich nicht etwa um das Streben nach Privilegien oder um Versuche, die eigene Sicherheit auf Kosten anderer Staaten zu festigen. Die UdSSR ist überzeugt: Es gilt, auch in diesem Teil unseres Planeten die Bemühungen zu vereinen und die Zusammenarbeit in die Wege zu leiten, wobei das Recht jedes Volkes in vollem Umfang zu respektieren ist, seinen Weg frei zu wählen und seine Probleme im Frieden selbständig zu lösen.

Der Raum ist mit zahlreichen Problemen konfrontiert. Hier liegen ja die größten Staaten der Welt: die UdSSR, die USA, Indien, China, Japan, Vietnam, Mexiko, Indonesien. Zu diesem Raum gehören ferner Kanada, die Philippinen, Neuseeland und zahlreiche kleine und kleinste Staaten. Die Staats- und politischen Formen, die Entwicklungsstufen der Wirtschaft, die sozialen, religiösen und kulturellen Traditionen und Eigentümlichkeiten sind von frappierender Vielfalt.

Die geschichtlichen Erfahrungen wie auch der wissenschaftlich-technische Fortschritt verlangen gebieterisch, daß die Wege zur Eintracht und zu

offenen Kontakten zwischen den Ländern gefunden werden. Leider versuchen einige Staaten, sie in Blöcke hineinzuziehen, ihnen die Freiheit der Verfügung über die eigenen Ressourcen zu nehmen, man zwingt sie, sich ins Wettüben einzuschalten und die Militärausgaben zu erhöhen.

In welcher Verfassung wird der Raum ins neue Jahrtausend eintreten! Davon werden in hohem Maße die Geschehnisse der ganzen Welt abhängen. Nach Meinung der UdSSR ist auch in diesem Raum ein komplexes System der Sicherheit und friedlichen Zusammenarbeit notwendig. In seiner Rede in Wladiwostok legte Michail Gorbatschow ein umfassendes realistisches Programm für seine Schaffung dar.

Die UdSSR, die auf die Festigung des Friedens in diesem Raum hinwirkt, setzt sich für die Anbahnung und Erweiterung der Zusammenarbeit mit allen Ländern dieser Region ein. Diesen Problemen galt ein Rundtischgespräch der "NZ". Die Teilnehmer waren u. a. das korrespondierende Mitglied der AdW der UdSSR Valeri TSCHITSCHKANOW, Direktor des Instituts für Wirtschaftsforschungen des Fernöstlichen Zentrums der AdW der UdSSR; Prof. Dmitri PETROW, Abteilungsleiter im Institut des Fernen Ostens der AdW der UdSSR, und Dr. oec. Juri STOLJAROW, Sektionsleiter im Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der AdW der UdSSR; J. SNAMENSKI, Direktor des Hauptforschungszentrums für internationale Fischereiprobleme.

"NZ": Die Länder dieses Teils der Welt haben genügend Probleme. Wäre es möglich, bevor wir näher darauf eingehen, die Lage im Raum insgesamt zu charakterisieren?

D. Petrow: Die Rolle des Pazifikraums im globalen System der internationalen Beziehungen erhöht sich merklich und

bildet deshalb einen maßgebenden Faktor des politischen Lebens der Welt. Dank höherem Wirtschaftswachstum als etwa in Westeuropa konnten die USA, Japan sowie einige kleine Länder und Territorien dieses Raums ihren Anteil an der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt auf 60% bringen. In der

UdSSR werden Sibirien und der Ferne Osten vorrangig entwickelt. In den letzten Jahren ist die Volkswirtschaft Chinas wesentlich erstarkt.

Zugleich verlagern sich die Hauptzentren der Konfrontation gerade hierher. Hier kollidieren und verflechten sich die Interessen der führenden

Mächte UdSSR, USA, China und Japan. Das politische Gewicht der kleinen Länder dieser Region, sowohl der sozialistischen als auch der nichtpaktgebundenen, hat stark zugenommen.

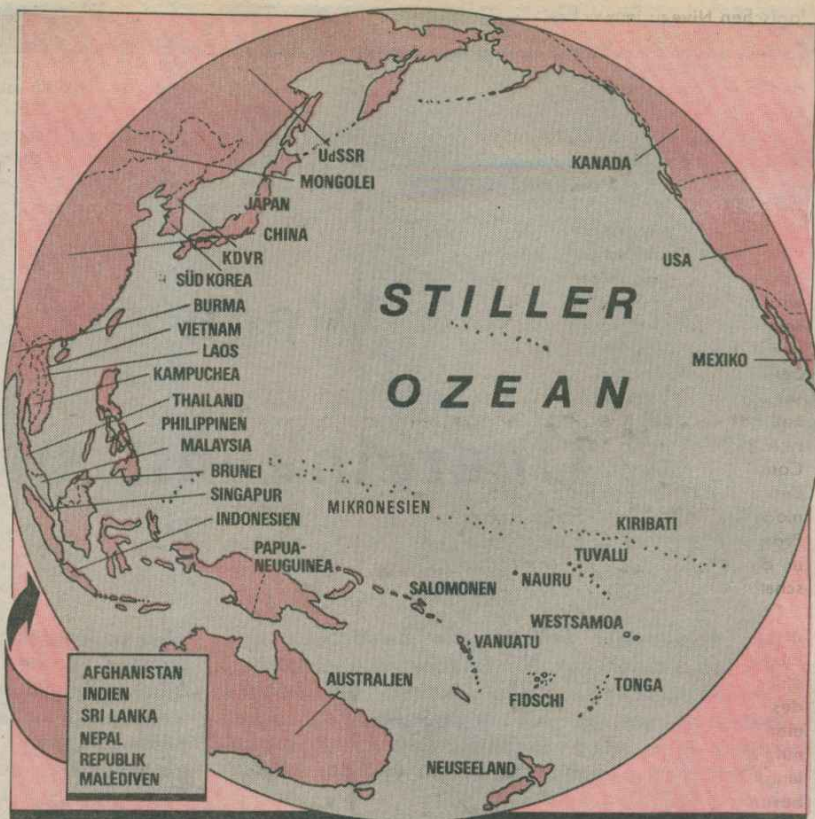
Seit einem gewissen Zeitpunkt hat der Raum auch militärstrategisch weit größere Bedeutung erlangt, weil die USA Kurs auf Untergrabung des strategischen Gleichgewichts genommen haben und bestrebt sind, eine Art "Ostfront" gegen die UdSSR zu errichten und dazu alte Blöcke wiederzubeleben bzw. neue zusammenzutrommeln. Washingtons Bündnispartner und von ihm abhängige Länder des Raums werden ins Wettüben einbezogen. Die Militärausgaben der nichtsozialistischen Länder Asiens und des Pazifikraums, einschließlich der USA und Kanadas, machten 1984 beinahe zwei Drittel der gesamten Militärausgaben der kapitalistischen Welt aus. Selbstverständlich wirkt sich das auf ihre Wirtschaft negativ aus.

Deshalb ist es notwendig, dem Wettüben möglichst bald ein Ende zu bereiten. Alle Staaten des Raums müssen die Möglichkeit haben, sich zum Frieden und Fortschritt hin zu entwickeln. Vorläufig ist leider eine gegenteilige Entwicklung zu beobachten: In die Konfrontation beider Systeme werden immer neue Staaten verwickelt.

J. Stolarow: In der Tat ist das Pazifikbecken leider nicht als Gebiet des Friedens und Wohlergehens zu bezeichnen. Dabei diktiert die Tatsache, daß die Anrainerstaaten unterschiedliche soziale Systeme und ungleiche Entwicklungsniveaus haben, gebieterisch die Errichtung einer gerechten Wirtschaftsordnung sowie die Herstellung für alle nützlicher Handelsbeziehungen und einer sachlichen Zusammenarbeit.

Im Pazifikraum geht eine intensive ökonomische Annäherung der Staaten vor sich, und das läßt uns ihn im Prinzip als Ganzheit betrachten. Engeren Wirtschaftsbeziehungen stehen jedoch politische und sonstige Hindernisse im Wege. Die USA und Japan z. B. trachten danach, objektive Prozesse in der Wirtschaftsentwicklung der Pazifikländer zu benutzen, um einen geschlossenen Block ins Leben zu rufen. Am meisten verbreitet ist die Konzeption einer "pazifischen Gemeinschaft". Nach Ansicht ihrer Ideologen könnte die Errichtung einer solchen Gemeinschaft das Kräfteverhältnis einschneidend zugunsten des kapitalistischen Lagers verändern. Daher rührt der Wunsch des Westens, die sozialistischen Länder aus der Gestaltung eines weltoffenen und für alle gleich nützlichen Systems der regionalen Verbindungen auszuschließen.

"NZ": Von einer "pazifischen Gemeinschaft" sprach erstmalig der japanische Publizist K. Kohima 1967. Seitdem hören stürmische Debatten darüber nicht auf. Die Japanischen Anhänger einer



solchen Gemeinschaft akzentuieren die vor allem wirtschaftliche gegenseitige Abhängigkeit der Pazifikstaaten. Die USA sehen darin die Grundlage für die Schaffung eines "Superblocks". Sowohl die japanischen als auch die amerikanischen Konzeptionen stoßen auf Vorbehalte in den pazifischen Entwicklungsländern (darunter den ASEAN-Ländern), die keineswegs in die wirtschaftliche Abhängigkeit von Japan geraten oder in Washingtons globale Strategie einbezogen werden wollen. Unser Korrespondent **J. TAWROWSKI** meldet aus Tokio: Vor kurzem wurde in Tokio ein asiatisch-pazifisches ökonomisches Symposium abgehalten. Sein Hauptziel bestand darin, durch Anbieten neuer Bereiche der multilateralen Zusammenarbeit an die Entwicklungsländer das nachlassende Interesse für eine "pazifische Gemeinschaft" wiederzuerwecken.

Warum aber läßt das Interesse für eine auf den ersten Blick verlockende "pazifische Gemeinschaft" nach? Einen Grund nannte ein amerikanischer Teilnehmer des Symposiums mit entwaffnender Offenheit: Die Idee rufe weit mehr Befürchtungen, die Souveränität zu verlieren, als Hoffnungen auf eine regionale Integration hervor. Die Schaffung einer rein wirtschaftlichen Gruppierung, in welcher am ehesten Japan den Ton angeben würde, paßt Washington nicht, und die Bemühungen um das Zusammenzimmern einer "pazifischen NATO" sind

weniger effektiv als die Entwicklung der bilateralen militärischen Zusammenarbeit.

Die Teilnehmer des Symposiums wissen gut um die Asienpolitik der USA, deshalb waren sie nicht verwundert, als der US-Botschafter in Japan, Michael Mansfield, beim Aufzählen der Pazifikländer die Sowjetunion und andere sozialistische Länder "vergessen" hatte. Für China allerdings wurde eine Ausnahme gemacht. Der VR China wurde erlaubt, auf "Beziehungen der Zusammenarbeit mit den Pazifikländern im 21. Jahrhundert" zu hoffen, wenn "eine vollständigere Integration seiner Wirtschaft mit anderen Ländern zustande kommt".

Noboru Goto, einer der eifrigsten Verfechter der Idee einer "pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft", schlug die Schaffung eines "pazifischen Systems von Informationsnetzen" vor, welches in Zukunft einen Bestandteil der "Wirtschaftsstruktur der pazifischen Gemeinschaft" bilden sollte. Der Austausch finanzieller und technologischer Informationen zwischen Industrie- und Entwicklungsstaaten trüge, so Goto, zum wirtschaftlichen Fortschritt bei.

Redner aus den Entwicklungsländern zogen es vor, von Problemen zu sprechen, die sie heute bewegen. Sie verwiesen darauf, daß die protektionistischen Barrieren immer höher werden, daß Japan und andere Industrieländer ihre Käufe und Investitionen einschränken, daß die Spanne im techno-

logischen Niveau immer breiter wird und es an nationalen Fachkräften mangelt. Viele Zweifel wurden darüber geäußert, daß die Zusammenarbeit im Rahmen eines einheitlichen Informationssystems möglich sei, wenn die Teilnehmerländer auf unterschiedlichen Stufen der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung stehen.

Wie das Symposium zeigte, ist der Plan einer "pazifischen Gemeinschaft" oder, wie sie immer häufiger genannt wird, "pazifischen Kooperation" von seiner Verwirklichung ebenso weit entfernt wie bisher. Nicht ohne Grund befürchten die Entwicklungsländer dieses Raums sowohl den Stahlkäfig einer militärisch-politischen Gruppierung amerikanischen Musters als auch einen mit Computern ausgerüsteten und von Yen-Bewilligungen vergoldeten Käfig der modernen "Sphäre der gemeinsamen Prosperität", die das militaristische Japan in den Jahren des zweiten Weltkriegs schaffen wollte.

"NZ": Ja, die Konzeption einer "pazifischen Gemeinschaft" fördert in ihrer jetzigen Form keineswegs die Schaffung eines Systems der wahren Sicherheit und des Vertrauens in diesem Raum oder eine gleichberechtigte und für alle nützliche Zusammenarbeit. Deshalb erlangt die neue Konzeption der UdSSR besondere Bedeutung. Wie würden Sie ihre Grundzüge bestimmen?

D. Petrow: Die Sicherheit in Asien ist für die ganze Welt lebenswichtig. Zusammen mit allen asiatischen Ländern will die UdSSR ein komplexes Herangehen finden, um auf diesem Kontinent das System der Sicherheit und eines festen und dauerhaften Friedens zu schaffen. Die UdSSR schlägt vor, zahlreiche Maßnahmen in verschiedenen Bereichen zu erörtern.

Auf militärischem Gebiet wäre es z. B. zweckmäßig, vertrauensbildende Maßnahmen für den Fernen Osten auszuarbeiten und zu treffen, eine wechselseitige Einschränkung der Aktivitäten der Seestreitkräfte im Pazifik und Indik zu vereinbaren sowie andere Schritte zu unternehmen, die das Niveau der militärischen Konfrontation senken, das Wettrüsten einstellen und die Gefahr eines Nuklearkrieges bannen helfen könnten.

Auf wirtschaftlichem Gebiet schlagen wir einen Ausbau der Zusammenarbeit in Handel, Wirtschaft, Technologie und Wissenschaft vor, um die Produktivkräfte zu entwickeln, Fachkräfte heranzubilden, neue, darunter nukleare Energieträger anzuwenden sowie Maßnahmen zum Umweltschutz und zu einer rationellen Nutzung der Ressourcen des Weltmeeres und zur friedlichen Erschließung des Weltraums auszuarbeiten.

Auf humanitärem Gebiet wären alle diese Maßnahmen mit dem intensivsten Ausbau der Kontakte und Verbindungen in Kultur, Sport und Touristik, d. h. in allen Sphären der zwischenmenschlichen Beziehungen, zu kombinieren.

Gerade ein solch komplexes Herangehen kann maximale Resultate zeitigen.

"NZ": Bestehen Grundlagen für eine großangelegte Teilnahme der UdSSR an der regionalen Arbeitsteilung? Eine solche gelinde gesagt skeptische Frage wird immer wieder in bürgerlichen Zeitschriften und Studien gestellt. Wie denken Sie darüber?

DIE SOWJETUNION SCHLÄGT VOR:

— die Fragen einer regionalen Regelung zu lösen;

— eine Barriere gegen die Verbreitung und Aufstockung der Nuklearwaffen in Asien und im Pazifik zu errichten;

— Verhandlungen über eine Verringerung der Aktivitäten der Kriegsflotten, vor allem der nuklearbestückten Schiffe, im Pazifik aufzunehmen;

— eine radikale Reduzierung der Streitkräfte und der konventionellen Rüstungen in Asien bis auf einen sinnvollen, ausreichenden Stand anzustreben;

— die Erörterung vertrauensbildender Maßnahmen und der Nichtanwendung von Gewalt in der Region auf eine praktische Ebene zu überführen.

V. Tschitschkanow: Ein Beispiel. In einem Gespräch mit Ex-Außenminister S. Okita, einem namhaften japanischen Politiker, habe ich die Frage einer Teilnahme der UdSSR an der hier schon angesprochenen "pazifischen Gemeinschaft" rein theoretisch angeschnitten. Unser Land hat sich ja offen bereit erklärt, an der regionalen Zusammenarbeit auf das aktivste teilzunehmen — auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils. Okita suchte die negative Haltung der führenden kapitalistischen Länder, darunter Japans, zu diesem Vorschlag damit zu begründen, daß "die Ideologie der pazifischen Gemeinschaft für die Länder der Marktwirtschaft bestimmt" sei. Ich glaube, eine solche Begründung ist wenig überzeugend.

Objektive Faktoren, die für eine gleichberechtigte und nützliche Zusammenarbeit unseres Landes mit den

Pazifikländern sprechen, sind gegeben, und man darf sie nicht ignorieren.

Konkret handelt es sich erstens um nationale Wirtschaften, die einander ergänzen. Daran wird sich auch in den nächsten Jahrzehnten wohl kaum etwas ändern, trotz aller Umstellung der Produktion, insbesondere in Japan, hauptsächlich auf energie-, material- und ressourcensparende Technologien. Der Bedarf an Rohstoffen, Energieträgern u. a. wird auf jeden Fall fortbestehen.

Zweitens ist die UdSSR für die Länder dieses Raums als aufnahmefähiger Markt wichtig. Der Abschluß des Baus der Baikal-Amur-Magistrale (BAM) und der Beginn der wirtschaftlichen Erschließung und der Besiedlung der an diese Eisenbahnstrecke angrenzenden UdSSR-Gebiete machen diesen Faktor besonders aktuell.

Drittens dürfte es von Gewicht sein, daß die UdSSR anerkanntermaßen ein zuverlässiger Handels- und Wirtschaftspartner ist.

J. Stoljarow: Oberdies wäre eine breitere Beteiligung der UdSSR am Wirtschaftsleben des Pazifikbeckens vor allem für die Entwicklungsländer von Nutzen. Die Rolle als Rohstofflager und Vorwerkstatt der amerikanischen und japanischen Wirtschaft hat eine erschreckende wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zurückgebliebenheit einiger dieser Länder verursacht. Die USA haben protektionistische Beschränkungen für die Einfuhr von Rohstoffen und Textilien aus den ASEAN-Ländern eingeführt. Die südpazifischen Inselstaaten, deren einziger Naturreichtum Fische sind, protestieren gegen den offen betriebenen unerlaubten Fischfang von US-Schiffen in ihren Gewässern. Der Handel mit Japan ist für Thailand, die Philippinen und Singapur defizitär. Der Grund sind Tokios diskriminierende Maßnahmen: Um die eigenen Produzenten zu schützen, kauft Japan keine Industrieerzeugnisse in den ASEAN-Ländern. Was aber Japans "freigebige und uneigennützige Hilfe" anbelangt, so sei hier I. Murai, ein Fachmann für Probleme dieses Raums, zitiert: "Die Hilfe wird häufig als Handhabe der japanischen Geschäftswelt benutzt... Wohl 80–90% der Entwicklungshilfe kehren als Bauaufträge und in anderen Formen nach Japan zurück."

"NZ": Welchen Beitrag könnte die UdSSR zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit leisten?

J. Stoljarow: Die Länder der Region brauchen reale Hilfe, ebenso wie gerechte Wirtschaftsbeziehungen. Sie brauchen Hilfe in Technik und Technologie sowie bei der Ausbildung von Fachkräften. Anders gesagt tut eine Umstrukturierung des Wirtschaftslebens dieser ganzen Region not.

Die UdSSR ist bereit, daran teilzunehmen und erforderlichen Beistand zu leisten. Erfahrungen haben wir. Bis Anfang der 80er Jahre wurden in der

Mongolei mit sowjetischer Hilfe 400 Objekte gebaut, die die Basis ihrer Wirtschaftsentwicklung bilden. In Vietnam wird der größte Wasserbaukomplex Südostasiens "Hoa Binh" errichtet; er wird eine Leistung von rd. 2 Mio kW haben. Außerdem hilft die UdSSR, das Verkehrswesen wiederherzustellen und führende Zweige der vietnamesischen Wirtschaft zu schaffen und zu entwickeln. Mit China haben wir den Bau von 7 neuen und die Rekonstruktion von 17 bestehenden Objekten vereinbart. Wir sind bereit, Thailand beim Bau seiner großen wassertechnischen Anlagen am Mekong an die Hand zu gehen.

Unsere Schiffe befördern Frachten von ASEAN-Ländern. Die UdSSR hilft ihnen bei der Gründung nationaler Reedereien, auch bei der Ausbildung qualifizierter Fachkräfte für die Handelsflotte. Für alle Pazifikländer wären mehrseitige Forschungen darüber wichtig, wie die Durchlabfähigkeit der Häfen und der internationalen Schiffsfahrtswege (Malaka-, Makassarstraße) zu erhöhen ist. Sehr nützlich wären ein regelmäßiger Informationsaustausch sowie der Einsatz von Nachrichten- und Beobachtungssatelliten, auch sonstigen modernen Navigations- und Kommunikationsmitteln.

Die UdSSR ist bereit, mit den Pazifikländern enger bei der Prospektierung verschiedener mineralischer Rohstoffe zusammenzuarbeiten. Unsere Hochschulen könnten an regionalen Projekten für die Ausbildung von Fachkräften der ASEAN-Länder teilnehmen, auch ihre Studenten und Aspiranten aufnehmen.

Weite Möglichkeiten bieten sich für die Zusammenarbeit in der Fischerei und in der Erforschung der Umwelt.

"NZ": Da wir schon bei diesem Thema sind, lassen wir doch Juri SNAMENSKI sprechen.

In diesem Jahr war eine sowjetische Delegation in Anchorage (Alaska). Gemeinsam mit Vertretern der USA, Kanadas, Japans und Chinas erörterten wir die Möglichkeit, eine neue Forschungsorganisation zur multilateralen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Fischfangs und der Ozeanographie im Nordpazifik zu schaffen.

Wir kamen zu dem Schluß, daß die Fischerei in hohem Maße von Forschungsergebnissen abhängt, und zwar genügen die Forschungen eines einzigen Landes nicht. In der Regel verbreiten sich Fischpopulationen und Wassermassen über Gebiete verschiedener Staaten. Doch wurde die einschlägige Tätigkeit im Pazifikraum bisher nach nationalen Programmen, höchstens auf bilateraler Grundlage durchgeführt. Wenn aber die wissenschaftlichen Kräfte und die Mittel zusammengelegt werden, erhalten wir die Möglichkeit, die Lösung großer Probleme zu beschleunigen und unserem Herangehen eine breitere ökologische Basis zu geben.

Ich möchte daran erinnern, daß das erste sowjetisch-japanische Abkommen nach dem zweiten Weltkrieg gerade den Fischfang betraf und am 14. Mai 1956 abgeschlossen wurde. Erst fünf Monate später signierte man — als Fortsetzung des eingeleiteten Dialogs — die gemeinsame Deklaration der UdSSR und Japans über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen. Übrigens hat die UdSSR

Aus eigener Erfahrung wissen wir sehr wohl, zu welcher enormen schöpferischen Kraft das wiedergeborene Gefühl der nationalen Würde wird, welche schöpferische Rolle die Eigenständigkeit des Volkes in seiner organischen Verbindung mit anderen gleichberechtigten und freien Völkern spielt. Jetzt ist dieser Prozeß in Asien und im Pazifikraum im Aufschwung: Hier ist alles in Bewegung, weitaus nicht alles hat reale Gestalt angenommen. Das Neue vermischt sich mit Altem, Grundlagen des Lebens, die noch gestern unerschütterlich schienen, weichen vor dem Wirbelwind sozialer, wissenschaftlich-technischer und ideologischer Veränderungen zurück. Das ist, wenn Sie wollen, eine neue Renaissance in der Weltgeschichte.

Wie die weitere sozialökonomische und politische Entwicklung hier verläuft und welche Prozesse in den Beziehungen zwischen den Staaten dominieren werden — das wird in vielem das Schicksal der ganzen Welt bestimmen.

Michail GORBATSCHOW
(Aus der Rede in Wladivostok)

im Unterschied zu anderen Partnern Japans ihm niemals diskriminierende Fischfangbedingungen diktiert.

Sowjetische Fischer haben schon immer an der amerikanischen Pazifikküste gearbeitet. Im Jahre 1967 unterzeichneten die UdSSR und die USA das erste Regierungsabkommen über den Fischfang. Zwei Jahre später setzten Expeditionsforschungen nach gemeinsamen Programmen ein. Sowjetischerseits wurden dafür bis zu vier Forschungsschiffe jährlich eingesetzt. Bei den

alljährlichen Treffen sowjetischer und amerikanischer Experten werden wissenschaftliche Informationen ausgetauscht und Forschungsmethoden vereinheitlicht. Seit 1979 erfolgen die Forschungen nach Fünfjahresprogrammen. Nachdem die USA die 200-Meilen-Zone eingeführt haben, wird unsere Zusammenarbeit über die gemeinsame Fischfanggesellschaft Sovam abgewickelt.

Die sowjetische Vereinigung "Dalryba" betreibt Fischfang in der Küstenzone der Sozialistischen Republik Vietnam und liefert als Gegenleistung einen Teil der Fänge auf die Märkte Vietnams. Eine enge Kooperation besteht auch mit der KDVR. Die "Dalryba" fischt auch in den Küstenzonen Neuseelands und Australiens. Die Zusammenarbeit mit diesen Ländern wird es im weiteren erlauben, von einer komplexen Erschließung des Südpazifik zu sprechen.

"NZ": Diese Formen der pazifischen Zusammenarbeit in Handel und Wirtschaft haben sich schon bewährt. Aber muß man sich darauf beschränken? Oder sind neue Formen und Methoden möglich?

V. Tschitschkanow: Zweifellos. Meines Erachtens muß man die Exportmöglichkeiten des sowjetischen Fernen Ostens erweitern und von der Ausfuhr von Rohstoffen zur Ausfuhr von Halbfabrikaten übergehen. Es müssen auch neue Methoden der Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel gefunden werden. Gegenwärtig gelten z. B. in unserem Handel mit Japan Generalvereinbarungen auf Kompensationsgrundlage. Für die Zukunft wären gemeinsame Betriebe denkbar, etwa zur Erschließung der außerordentlich reichen Kupfervorkommen Udokan an der BAM, mit der Zielsetzung, die Rohstoffe an Ort und Stelle zu verarbeiten. Kupfer kommt in der Welt nicht so häufig vor.

Es besteht ein seinen Ausmaßen nach grandioses Projekt, im Fernen Osten ein Hüttenkombinat zu bauen, und zwar ebenfalls auf Kompensationsgrundlage.

Eine weitere Form der nützlichen Zusammenarbeit ist der Küsten- oder der Grenzhandel. Für seine Erweiterung bestehen gute Möglichkeiten. So könnten Gebiete, Regionen und sogar Städte im sowjetischen Fernen Osten Verträge mit Städten und Verwaltungseinheiten Japans, Chinas, der KDVR und Vietnams schließen. Solche Abkommen mit anderen Ländern sind ebenfalls nicht auszuschließen.

Kurz, die UdSSR und die sozialistischen Länder des Fernen Ostens sind zur Zusammenarbeit bereit. Aber die Bereitschaft muß auf beiden Seiten da sein. Für uns ist es eine dringende Notwendigkeit, ein einheitliches Unionszentrum für Probleme dieser Region zu gründen. Das Zentrum könnte Forschungen und Entwicklungen koordinieren, den Ressortgeist und die leistungsmäßige Zersplitterung überwinden helfen, Empfehlungen für Zweige geben, die sich an der Entwicklung des sowje-



Ein Beispiel der Zusammenarbeit: Im Nordpazifik, im Raum der Aleuten, gehen amerikanische und sowjetische Fischer gemeinsam auf Fang. Das amerikanische Fischereifahrzeug "Viking" übergab dem sowjetischen Schiff "Nadeshdinsk" 20 t Dorsch zur Verarbeitung. Ein Teil des Fangs bleibt nach der Verarbeitung den sowjetischen Fischern als ihr Anteil.

Foto rechts: An Bord des Mutterschiffes "XVIII. Kongreß des Leninischen Kommunistischen Jugendverbandes" kam eine Vertreterin der US-Fischereinspektion. Wie die Erfahrungen zeigen, schließen gegenseitiger Respekt und Bereitschaft zur Zusammenarbeit die Möglichkeit ernstester Komplikationen aus.

Foto aus:
"National Geographic
Magazine" (USA)



ge, deren Zweck es ist, die Halbinsel Korea in eine kernwaffenfreie Zone umzuwandeln und das koreanische Volk ohne äußere Einmischung friedlich zu vereinigen; der Kurs der Länder Indochinas auf Umwandlung Südostasiens in eine Zone des Friedens und der Zusammenarbeit; schließlich der im August v. J. von 13 Staaten geschlossene Vertrag über die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone im Südpazifik.

Natürlich muß in erster Linie für die volle Gleichberechtigung der großen und kleinen Staaten gesorgt werden, wenn es um diese oder jene Entscheidungen geht, und es gilt, die Interessen keines einzigen Staates zu schmälern.

Ich würde die Notwendigkeit hervorheben, flexibel verschiedene Ebenen miteinander zu verbinden, auf denen der Frieden und die Zusammenarbeit im Pazifikraum gefestigt werden können. Mehrere Maßnahmen sollten auf regionaler Ebene, d. h. im Hinblick auf Asien und den Pazifik, betrachtet werden. Man sollte auch auf subregionaler Ebene die Verständigung erzielen, um z. B. die Probleme der Halbinsel Korea bzw. Indochinas zu lösen oder die Umwandlung des Indischen Ozeans in eine Friedenszone zu erreichen. Ein gesamtasiatisches Forum als repräsentativstes Treffen aller asiatischen und pazifischen Länder gäbe eine gute Gelegenheit, unterschiedliche Probleme zu prüfen und Abkommen zu schließen. Ihm könnte eine engere Konferenz der Pazifikländer vorausgehen.

Für die Herbeiführung eines entsprechenden politischen Klimas sind die Verpflichtung der UdSSR, keinen nuklearen Erstschatz zu führen, und das sowjetische Moratorium für Nukleartests von großer Bedeutung. Auch die VR China gab ihren Beschluß bekannt, keinen nuklearen Erstschatz zu führen. Würden andere Kernwaffenmächte diesem Beispiel folgen, so würden sich die kleineren Pazifikstaaten, besonders die Staaten im Südpazifik, von der Angst vor Massenvernichtungswaffen befreien.

"NZ": Vorläufig aber haben die Länder der Region, wie wir hier bereits erwähnten, immer mehr Grund zu Befürchtungen. Um so dringender ist die Einbeziehung des asiatisch-pazifischen Raums in den Gesamtprozeß der Schaffung eines allumfassenden Systems der internationalen Sicherheit, wie es der XXVII. Parteitag der KPdSU vorschlug.

Der asiatisch-pazifische Raum macht jetzt eine Art Wiedergeburt durch, die ein enormes Potential des Fortschritts in sich birgt. Unaufhaltsam wächst auch seine weltpolitische Rolle. Diese Rolle muß friedlich, konstruktiv und schöpferisch sein.

Das Rundtischgespräch führte

W. OWSJANNIKOW

tischen Fernen Ostens mitwirken, und den Ausbau der internationalen Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit mit Pazifikländern fördern.

Selbstverständlich muß außerdem ein komplexes Pazifik-Zielprogramm erarbeitet werden. Ich würde ein solches Programm national-global nennen. Es muß alle Probleme sowohl des Ozeans selbst als auch der Anrainerstaaten erfassen. Die heutigen Programme sind alle engefaßt, entweder regional- oder branchengebunden. Ein national-globales Programm dagegen hätte die Aufgabe, Fragen der Entwicklung und Erschließung der Ressourcen des asiatisch-pazifischen Beckens, des sozialökonomischen Fortschritts, des Umweltschutzes zu lösen, die Zusammenarbeit zwischen allen Pazifikstaaten in Handel, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik in die Wege zu leiten und ihre Sicherheit zu gewährleisten.

"NZ": Ist es aber real, bei den gegenwärtigen politischen Spannungen von einer kommerziell-wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit im Pazifikraum zu sprechen!

D. Petrow: Selbstverständlich müßte man damit anfangen, ein zuverlässiges Sicherheitssystem anzulegen und Vertrauen zu verbreiten. Das wäre Basis und Garantie einer für alle nützlichen Zusammenarbeit.

Keinesfalls darf man die kollektiven Erfahrungen der Länder und Völker dieses Raums aus der Nachkriegszeit vergessen. Dazu gehören die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz und die zehn Prinzipien der Konferenz von Bandung; der Aufruf der Mongolei, eine Konvention über gegenseitigen Nichtangriff und Gewaltverzicht in den Beziehungen zwischen den asiatischen und pazifischen Staaten auszuarbeiten und abzuschließen; die KDVR-Vorschlä-

JAPAN

Vor der Entscheidung

"Die Regierung wird sehr bald die Frage einer Beteiligung Japans am SDI-Programm erwägen", sagte mir der ehemalige Minister für Außenhandel und Industrie, Michio Watanabe, ein Mann aus der näheren Umgebung Nakasones. Dementsprechend äußerte sich auch M. Gotoda, Generalsekretär des Ministerkabinetts: "Alles deutet auf eine Teilnahme hin."

Die Vorgeschichte zu diesem gefährlichen Schritt: Im Januar 1985 hatte sich Premierminister Y. Nakasone erstmals zu SDI geäußert und bekundete "Verständnis" für die amerikanische Konzeption der Entwicklung von Weltraumwaffen. Damals hielt er sich allerdings noch mit Äußerungen zurück, weil er den Widerwillen der Japaner gegen die fatale Kernwaffe, die jetzt Bestandteil eines "kosmischen Schildes" werden sollte, kannte. Im Sommer v.J. ging Nakasone einen Schritt weiter: Er unterstützte die Bonner Position, die ihrerseits den Standpunkt Londons zu SDI nachahmte. Nakasone hatte sich so vom "Verständnis" zur "Unterstützung" vorgepirscht. Ein Politiker aus dem näheren Umfeld des Premiers verriet einem Korrespondenten des französischen "Express": "Die nächsten Jahrzehnte werden wir mit SDI leben müssen. Europäer und Japaner werden so oder so mit hineingezogen. Wir schalten uns gleich von Anfang an ein."

Was die Herren der Industrie betrifft, so machte man sich hier eine Vereinbarung zunutze, die Japan und die USA bereits im November 1983 unterzeichnet hatten. Sie räumte Tokio eine aktive Be-

teiligung an der Entwicklung einer Weltraumwaffe ein. Damals hatte sich die Tokioter Führung bereit erklärt, dem Pentagon Militärtechnik und -technologie zu liefern, inklusive Technologie "doppelter Bestimmung", die die US-Armee gut gebrauchen kann, der man den Rüstungsexport jedoch nicht sofort ansieht.

Damit haben japanische Konsortien schon lange die Möglichkeit direkter Geschäftsbeziehungen mit dem Pentagon. Die Neuheiten, die die Vereinigten Staaten für ihre Arbeiten im Rahmen der SDI brauchen, passen haargenau in die Kategorie der Technologie "doppelter Bestimmung". "Asahi" schreibt: "Nehmen wir nur unsere flinken Rechenanlagen, ein Gebiet, auf dem wir führen und das für SDI lebensnotwendig ist."

Nicht weniger interessant ist für Washington der politische Aspekt einer japanischen Mitwirkung an SDI. Sie bedeutet, daß Tokio erstens die amerikanische Strategie voll unterstützt, zweitens soll sie den japanisch-amerikanischen "Sicherheitsvertrag" festigen. Das militärpolitische Bündnis mit Japan stellt geradezu einen Eckpfeiler der US-Strategie im Fernen Osten dar.

Warum zwingt man Japan gerade jetzt und dermaßen energisch eine Mittäterschaft am "Sternenkriegs"-Programm auf? Die Antwort ist simpel: Nach den für die regierende Liberaldemokratische Partei erfolgreichen Wahlen ist es möglich, jeden beliebigen Gesetzesentwurf zu verwirklichen. Premierminister Nakasones Partei erhielt nicht allein 300 von 512 Parlamentssitzen, sondern zehn Abgeordnete schlossen sich ihr obendrein noch an.

In diesem Jahr pilgerte eine Delegation nach der anderen in die USA, um sich mit amerikanischen Forschungen auf dem Gebiet der Weltraumrüstung bekannt zu machen. In ihren Referaten verharmlosten sie Japans Beitrag zu SDI und sprachen von bescheidener Forschungstätigkeit. Eine japanische Beteiligung an SDI

UdSSR-- URUGUAY

Ein neues Kapitel

Vom 24. bis zum 27. Juli hielt sich der Außenminister Uruguays, Enrique Iglesias, zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion auf. Es war der erste UdSSR-Besuch eines Außenministers Uruguays in der Geschichte der sowjetisch-uruguayischen Beziehungen.

In der Sowjetunion weiß man zu schätzen, daß Uruguay das erste Land Südamerikas war, das 1926 diplomatische

Beziehungen zur UdSSR aufnahm. Und in dem fernen lateinamerikanischen Land hat man nicht vergessen, daß bereits zu Beginn der 30. Jahre die Handelsbeziehung zur Sowjetunion die Entwicklung des staatlichen Sektors der uruguayischen Wirtschaft förderten.

Die Jahre seit 1926 "waren für unsere Länder nicht immer eine breite und ebene Straße", sagte UdSSR-Außenminister Eduard Schewardnadse bei der Begrüßung des uruguayischen Gastes. "Doch in arhythmischen Puls unsere Beziehungen ist eine Gesetzmäßigkeit klar zu verfolgen: Die guten Perioden in ihnen fielen in der Regel mit den hellen Seiten der poli-

würde jedoch eine Verletzung seiner dreier nichtatomaren Prinzipien und damit einen Verlust an Selbständigkeit bei der Festlegung seiner politischen Strategie bedeuten.

Eine Teilnahme Japans am "Sternenkriegs"-Programm widerspricht der Resolution über die Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken, die das Parlament im Mai 1979 verabschiedet hatte. "Selbst wenn man SDI für ein nichtnukleares Verteidigungsprogramm nimmt (was den Tatsachen nicht entspricht — J. T.), ist sie zweifelsohne auf die Schaffung neuer Rüstungen gerichtet und ihr kriegerischer Charakter liegt auf der Hand. Damit stimmt sie in keiner Weise mit dem Inhalt der Parlamentsresolution überein", schreibt die Zeitung "Mainichi". Die demokratischen Kräfte des Landes kämpfen für die strikte Einhaltung der nichtatomaren Prinzipien und gegen eine Beteiligung an SDI. Ohne sich um Druck von oben zu kümmern, haben sich örtliche Behörden für die Schaffung atomwaffenfreier Zonen entschieden. 990 Städte und Siedlungen Japans, sieben Präfekturen sind bis heute bereits atomwaffenfrei.

J. TAWROWSKI
NZ-Korrespondent

Tokio

NAHER OSTEN

Umkehrschluß

Israels Ministerpräsident Shimon Peres erhielt möglicherweise irgendwelche Vorteile durch das Treffen in Marokko mit König Hassan: Offenbar hat dieses Treffen geholfen, die Positionen der von ihm geführten Arbeiterpartei gegenüber dem Likud-Block zu festigen. Peres' Unterfangen sollte zudem Eindruck auf die USA machen. Schon vor Ende der Gespräche in Rabat stimmten Politiker und Presse in den USA den Lobgesang an: "ein kühner Schritt", "ein historischer Besuch" und "eine Begegnung, die das Schicksal des Friedens im Nahen Osten bestimmen wird". Allerdings ging es dabei nicht um Frieden in dessen eigentlichem Wortsinn, sondern um die Fortführung der Separatabskommen, wie sie von dem berüchtigten Camp David eingeleitet wurden.

Bekanntlich kam der "Camp-David-Prozeß" ins Stocken und dann ganz zum Stillstand. Bekannt ist auch, was er für

ischen Biographie Uruguays zusammen. Und heute konstatieren wir befriedigt, daß nach der Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung Ihrem Lande ein neues vielversprechendes Kapitel in unseren Beziehungen aufgeschlagen wurde."

In dieses Kapitel wurden bei den Gesprächen in Moskau neue Seiten geschrieben: das sowjetisch-uruguayische Protokoll über Konsultationen, das Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit. Ferner wurde eine Vereinbarung über die gemeinsame Vorbereitung und Herausgabe eines Sammelbandes von Dokumenten über die sowjetisch-uruguayischen Beziehungen erzielt.

Der Meinungs-austausch zeigte, daß sich die Positionen beider Staaten in den Hauptfragen der Gegenwart decken. Die uruguayische Seite zeigte besonderes Interesse an dem Komplex sowjetischer außenpolitischer Initiativen, die in den Erklärungen Michail Gorbatschows unterbreitet wurden. Sowjetischerseits wurde der positive Beitrag Uruguays, insbesondere im Rahmen der "Contadora-Unterstützungsgruppe", zu den Anstrengungen für eine Normalisierung der Lage in Mittelamerika konstatiert.

Die uruguayische Presse kommentierte umfassend Verlauf und Ergebnisse des UdSSR-Besuchs von Enrique Iglesias. Die Zeitung "La Ma-

nana" verwies darauf, daß die unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systeme Uruguays und der UdSSR kein Hindernis für die Entwicklung der Beziehungen zwischen ihren Regierungen und Völkern auf der Grundlage des gegenseitigen Verständnisses sind. Die Zeitung "La Hora" bekundete die Hoffnung, der Besuch werde zum Ausbau des gegenseitigen Handels beitragen. Und diese Hoffnung nahm Gestalt an: Während des UdSSR-Besuchs von Enrique Iglesias wurde in der sowjetischen Hauptstadt ein Büro der Handelsfirma Mitraco feierlich eröffnet. Es ist die erste Vertretung einer uruguayischen Firma in Moskau.

Schlüsselfragen einer Nahostregelung. So bestätigte sich ein weiteres Mal, daß gerade Tel Aviv eine solche Regelung verhindert.

Deutlicher wurde auch etwas anderes: die Aussichtslosigkeit von Separatabmachungen. Selbst eine diesbezügliche Andeutung ruft schon einen Sturm in der arabischen Welt hervor. Aus Protest gegen das Treffen in Rabat brach Syrien die Beziehungen zu Marokko ab. "In der ganzen arabischen Welt", schrieb die "Washington Post" am 23. Juli, "haben sich die Regierungen verschiedener Länder ... der von Syrien ausgesprochenen Verurteilung angeschlossen, wenn auch ohne einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen." Wegen der Proteste in der arabischen Welt erklärte König Hassan, er werde als Vorsitzender der Arabischen Liga zurücktreten.

Schlaglichtartig erhellte das gescheiterte Treffen in Rabat die unbestreitbare Wahrheit: Um den Konflikt im Nahen Osten beizulegen, ist nicht Geheimdiplomatie nötig, sondern eine ehrliche, offene Politik, sind nicht Versuche erforderlich, auf innerarabische Differenzen zu spekulieren und die Sowjetunion von einer Regelung fernzuhalten, sondern gemeinsame Anstrengungen aller, die einen Beitrag zur Herstellung eines wahren Friedens in der Region leisten können. Zitieren wir die Pariser "L'Humanite": Nach den Gesprächen von Ministerpräsident Shimon Peres in Marokko wurde besonders deutlich, daß "ohne solide internationale Garantien, darunter seitens der ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats, keine Rede von einer umfassenden Lösung des Nahostkonflikts, von der Gewährleistung der Sicherheit aller Staaten der Region, einschließlich Israels, sein kann".

Sein Ministerpräsident hat offenbar vergessen, daß es nicht nur in der Mathematik, sondern auch in der Politik einen Umkehrschluß gibt. Mit seiner Aktion hat er überzeugend das bestätigt, was er am wenigsten beweisen wollte.

D. WOLSKI

seinen ägyptischen Initiator gebracht hat. Der nahöstliche "Reagan-Plan", der der Fortsetzung von Camp David einen Impuls geben sollte, mußte auf Eis gelegt werden. Doch Washington behielt Hoffnungen auf eine Wiederbelebung dieses Plans. Nicht von ungefähr beschloß man dort Ende Juli, einen so hochrangigen Politiker in den Nahen Osten zu schicken wie Vizepräsident George Bush. Offenbar sollte der israelische

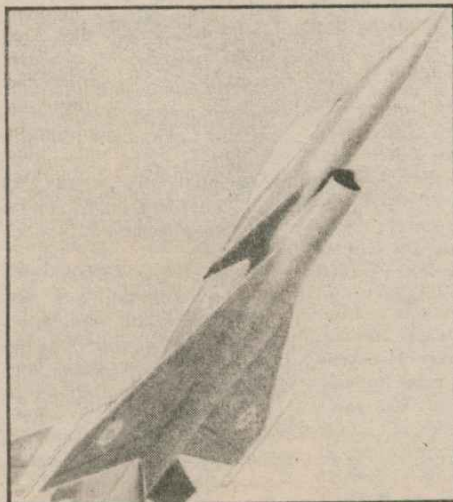
Ministerpräsident, der durch seinen Besuch in Rabat zeigen wollte, daß sich die Amerikaner gerade auf ihn, keineswegs aber auf den Hardliner Shamir stützen sollten, die Bush-Reise vorbereiten helfen.

Doch all das ist eher Schmierentheater als Politik. Unter dem Aspekt der großen Politik endete das Treffen in Rabat mit einem sichtlichen Mißerfolg, der im offiziellen Kommuniqué nur schlecht kaschiert werden konnte. Dort

heißt es: Das Treffen "hatte rein informativen Charakter und war nicht darauf gerichtet, Verhandlungen einzuleiten". Hinter dieser Formel verbirgt sich folgendes: Pressemeldungen zufolge weigerte sich der israelische Ministerpräsident, irgendwelche Zugeständnisse sowohl bei einem Abzug der Truppen aus den besetzten arabischen Gebieten als auch in der Palästinenserfrage zu machen. Es gab folglich keinerlei Fortschritte in den

Der neue Lavi-Jagdbomber und Merkava-Panzer — Werkzeuge der Aggression

Fotos aus: "National Geographic Magazine" (USA) und "Stern" (BRD)



LAOS--THAILAND

Spannungen an der Grenze

Die Regierung der Volksdemokratischen Republik Laos lenkte in einem Brief an den UNO-Generalsekretär die Aufmerksamkeit der Völkergemeinschaft auf eine in Thailand entfesselte antilaotische Kampagne. Als Vorwand dafür dienten in der Presse Bangkoks veröffentlichte Behauptungen, nach denen Abteilungen der laotischen Armee thailändische Ortschaften überfallen hätten. In dem Schreiben wird darauf verwiesen, daß antilaotische Ressentiments das Ziel verfolgen, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu belasten.

Nach dem Sieg der Revolution und der Verkündung der VDR Laos war es aufgrund thailändischer Provokationen zwischen den beiden Nachbarstaaten schon des öfteren zu Grenzzwischenfällen gekommen. Erst im Juni 1984 hatte Thailand in der Provinz Sayaboury eine offene Aggression gegen Laos verübt. Bis heute ist der Konflikt noch nicht beigelegt. In einer Erklärung des Außenministeriums der VDR Laos vom 6. Juni 1986 wird darauf verwiesen, daß thailändische Truppen noch immer einige Höhen entlang der Grenze auf laotischem Territorium unterhalten und daß in Thailand laotische Staatsangehörige gewaltsam festgehalten werden. Der durch die Aggression verursachte Schaden wurde bisher noch nicht wiedergutmacht. Nach wie vor infiltrieren Diversantentruppen von Thailand aus das Land. Unlängst fanden im unmittelbaren Grenzgebiet Truppenübungen der thailändischen Streitkräfte statt, an denen sich auch bewaffnete Formationen

laotischer Konterrevolutionäre beteiligten.

Mehrfach hatte Vientiane in der Absicht, die Beziehungen zu Thailand im Interesse guter Nachbarschaft zu verbessern, Bangkok vorgeschlagen, alle strittigen Fragen gemeinsam zu beraten und zu lösen. Im Juni 1985 schlug die laotische Seite ein Treffen von Regierungsdelegationen beider Länder in Bangkok oder Vientiane vor. Eine Antwort aus Bangkok blieb aus. Vor kurzem bekräftigte Laos seine Vorschläge, auch diesmal ohne Resonanz.

Am 21. Juni beschuldigte der Generalsekretär des nationalen Sicherheitsrats Thailands, Prasong Soonsery, Laos, auf 17 nordöstliche Thai-Provinzen Anspruch zu erheben. In Vientiane rief dieser Anwurf nur Kopfschütteln hervor. Es ist immerhin allgemein bekannt, daß die Regierung der VDR Laos wiederholt offiziell erklärt hatte, daß sie die zwischen Laos und Thailand existierenden Grenzen in der Form respektiert, wie sie 1904 und 1907 zwischen Frankreich und Siam (Thailand) vereinbart und kartographisch fixiert worden waren. Darüber hinaus hält sich Laos strikt an die gemeinsamen laotisch-thailändischen Erklärungen von 1979, in denen die Seiten sich verpflichteten, alle auftretenden Probleme friedlich zu lösen.

Mächtige thailändische reaktionäre Kreise laufen im Verein mit imperialistischen Kräften Sturm gegen die in den Ländern Indochinas vorsichgehenden Wandlungen. In Washington betrachtet man die reaktionären Kreise Bangkoks als "Bein" in Südostasien, und Thailand als potentiellen Brückenkopf für die Eingreiftruppe der USA.

Die Spannungen an der thailändisch-laotischen Grenze, geschürt durch reaktionäre, proimperialistische Elemente in Regierungskreisen Bangkoks, müssen Besorgnis erwecken. Sie wirken negativ auf die Lage in Südostasien, stören den Gesundungsprozeß und erschweren die Umgestaltung der Region in eine Zone

des Friedens und der Stabilität. Das Auftreten der thailändischen Reaktion ist absolut unvereinbar mit den bekannten Friedensinitiativen der ASEAN-Länder, die auf der jüngsten Außenministerkonferenz der Mitgliedsländer in Manila noch einmal bekräftigt worden waren.

J. KUSMITSCHOW

VENEZUELA

Machtlose Justiz

Kürzlich meldeten Nachrichtenagenturen aus Caracas, die Terroristen, die einen Sprengstoffanschlag auf ein Flugzeug der kubanischen Luftfahrtgesellschaft Cubana de Aviacion verübt hatten, seien abgeurteilt worden. Bekanntlich war dieses Verbrechen vor fast zehn Jahren, am 6. Oktober 1976, verübt worden. An jenem Tag bestiegen die venezolanischen Bürger Hernan Ricardo Losano und Freddy Lugo in Port of Spain (Trinidad und Tobago) eine kubanische Passagiermaschine mit Ziel Havanna und einer Zwischenlandung auf Barbados. Die Verbrecher, die im Passagierraum eine Zeitbombe gelegt hatten, verließen in Barbados die Maschine. 10 Minuten später explodierte sie. 73 Fluggäste und die Besatzung kamen dabei ums Leben.

Die Terroristen, unter ihnen die kubanischen Konterrevolutionäre Orlando Bosch und Luis Posada Carriles, konnten gefaßt werden. Schon zu Anfang der Untersuchung stellte sich heraus, daß die CIA in den antikubanischen Terroranschlag verwickelt war.

Und das Urteil des Gerichts in Caracas? Es erkannte Losano und Lugo für schuldig und verurteilte sie zu 20 Jahren Gefängnis. Orlando Bosch aber wurde freigesprochen, da der Richter meinte, er besitze keine "ausreichenden Beweise

für dessen Komplizenschaft". Auf das Konto des Anführers des kubanischen konterrevolutionären Abschaums aber gehen der lateinamerikanischen Presse zufolge bis zu 150 Mordanschläge und ca. 50 Morde.

Nicht weniger bezeichnend war der Prozeßverlauf. Anfangs wurden die CIA-Söldner des vorsätzlichen Mordes, des unerlaubten Waffenbesitzes, der Fälschung von Dokumenten und des Anschlags auf die Interessen des Staates bezichtigt. Dann "verloren sich" die unwiderlegbaren Beweise in den endlosen Korridoren der Justiz. Vertreter der hiesigen Staatsanwaltschaft versuchten sogar, alle Beschuldigungen nur auf "Paßfälschung" zu reduzieren und das Untersuchungsverfahren einzustellen. Der Militärstaatsanwalt verlangte zunächst, Bösch und Komplizen zu 30 Jahren Haft zu verurteilen, dann aber begann er plötzlich einen Freispruch der Verbrecher zu verlangen.

In dem Urteil wird ein Teilnehmer der verbrecherischen Aktion, Luis Posada Carriles, nicht einmal erwähnt. Warum hat man ihn "vergessen"? Wie sich herausstellte, vermochte er aus dem sorgfältig bewachten Gefängnis San Juan de los Morros zu fliehen.

Das Urteil löste Empörung bei der fortschrittlichen Öffentlichkeit aus. Der Parlamentsabgeordnete und Generalsekretär der KP Venezuelas, Alonso Ojeda, erklärte, daß das Urteil "der venezolanischen Justiz ernsthaften Schaden zufügt und dem Streben der meisten Bürger zuwiderläuft, die eine strenge Bestrafung der Verbrecher verlangen". Wenn die CIA ihre Finger im Spiel hat, ist die Justiz eben machtlos...

Natürlich geizt Washington nicht mit Worten, um Terroranschläge zu verurteilen. Doch sollte es nicht besser sein Gewicht einsetzen, um den Terror nicht nur zu verurteilen, sondern auch zu unterbinden? Oder besser noch, ihn gar nicht erst zu organisieren.

A. BARYSCHEW

"NEUE ZEIT" 31.86

Die Wirtschaftskrise hat nicht nur eine politische Destabilisierung verursacht. Sie hat für das Land schwierige Probleme entstehen lassen

Nicht vom Öl allein

Juri GUDKOW, NZ-Sonderkorrespondent

Nach der schmucken Hauptstadt Schwedens wirkt Oslo irgendwie unfertig, also ob es noch nicht recht wisse, wie es werden soll: Zu diesem Eindruck tragen auch die lauten, staubigen Baustellen bei.

Obwohl schon 900 Jahre alt, ist Oslo eine junge Stadt. Noch Ende vorigen Jahrhunderts hatte es nur 10 000 Einwohner. Jetzt sind es 450 000, die Stadt ist gewachsen und wächst weiter — Oslo zählt flächenmäßig zu den größten Städten Europas.

Diese Äußerlichkeiten bringen aber die Besonderheiten der beiden Nachbarstaaten nicht zum Ausdruck, die auf und derselben Halbinsel liegen und bis 1905 ein Königreich bildeten. Sie sind viel bedeutender.

Kommt man auf der Autobahn Stockholm—Oslo über die Grenze, dann hält man nach diesen Besonderheiten Ausschau. Zuerst fällt einem auf, daß die Verkehrszeichen nicht mehr blau, sondern gelb sind. Die Bauernhäuser, in Schweden aus roten Ziegeln gefügt, sind in Norwegen größtenteils weißgetüncht.

Die sanften Windungen der schwedischen Chausseen werden von einem endlosen Auf und Ab und von Haarnadelkurven abgelöst, und das ist noch nicht einmal das Gebirge, sondern der ebenste und dichtestbevölkerte Landesteil, seine Kornkammer.

Fährt man aber aus Oslo weiter nach Westen, z. B. in das Städtchen Rjukan mit dem bekannten See, wo die Nazis die Erzeugung schweren Wassers in Gang brachten, so kommt man in anderthalb Stunden, durch Täler, in denen man sich in der russischen Natur glaubte, weil da viele Birken und Tannen, Apfelmäntel und Faulbaumbüsche zu sehen sind, auf gewundene Bergstraßen und Gebirgspässe und erblickt schneebedeckte Gipfel und zugefrorene Seen. An die Stelle der üppigen Vegetation treten Zwergbirken mit knorrigen Stämmen, niedrige Wacholdersträucher und Flechten auf steinigem Boden. Aber das ist erst das Vorfeld des Landes der

Berge und Seen, das zwei Drittel Norwegens einnimmt und einmalig ist.

Die Erdölhaussee

Im Westen Oslos, auf der ziemlich großen Landzunge Bygdøy stehen wunderbare Zeugen menschlicher Willensstärke und der Seefahrt: Schiffe der Wikinger, die 500 Jahre vor Kolumbus in der Neuen Welt waren, das Balsafloß Kon-Tiki und Papyrusboot RA-2, mit der ThorHeyerdahl schon zu unserer Zeit den Atlantik und den Pazifik überquerte, die berühmte Fram, das Flaggschiff Nansens und Amundsens, das so nahe an den Nord- und Südpol herankam wie niemand vor ihm. Daneben befindet sich das nicht ganz so berühmte Meeresmuseum, das jedoch einen Begriff davon gibt, wie Schiffbau und Seefahrt jahrhundertlang für das Geschick des Landes bestimmend waren.

Infolge der Enge seines Marktes war das 4 Millionen Einwohner zählende Norwegen immer von Außenmärkten abhängig, und Schiffbau, Schiffahrt,

Fisch- und Holzexport wurden zur Grundlage der Wirtschaft, die dank uralten Gewerben hochspezialisiert ist. Die Fülle billiger Wasserkraft der unzähligen Gebirgsflüsse war ausschlaggebend für die Entwicklung der Elektrochemie, der Elektrometallurgie und der verarbeitenden Industrien, das viele Holz für die Erzeugung von Papier und Holzwaren. Norwegen gewinnt mehr Strom als alle anderen Länder der Welt, es verbraucht doppelt soviel Strom wie die USA und dreimal soviel wie die BRD. Kein Wunder, daß es in der Aluminiumerzeugung — einer der stromaufwendigsten Industrien — eine führende Stellung einnimmt und daß sein Aluminiumexport nur hinter dem Kanadas zurücksteht. Kein Wunder ist es auch, daß jetzt auf Erzeugnisse der Elektrometallurgie ein Viertel des norwegischen Exports entfällt. Ein Drittel der Maschinenbauerzeugnisse sind Generatoren und Trafos.

In dieser kleinen wie ein Uhrwerk funktionierenden und auf einer wohldurchdachten und gekonnten Nutzung der Verhältnisse und uralten Erfahrungen fußenden Welt ist nur eines unbekannt — wie sich der Weltmarkt jeweils verhalten wird. In diesem Punkt macht sich die Anfälligkeit der kleinen Welt leider sehr bemerkbar. Geschehnisse in weiter Ferne sind heutzutage für die wirtschaftliche und finanzielle Zukunft Norwegens bestimmend und erfordern Entscheidungen, von denen das Wohl und Wehe des Landes direkt abhängt.

Der erste schwere Schlag fiel vor einigen Jahren, er traf den Schiffbau und die Schifffahrt, die stabil zu sein schienen. In Holmestrand bei Oslo, das zwischen einer Gebirgswand und einem breiten

Im Zentrum von Oslo



Wasserstreifen liegt, sind am Ufer zwei riesige Tanker vertäut. Inmitten der die großen und kleinen Buchten füllenden Motorboote und Kähne sehen sie wie urzeitliche Dinosaurier aus. Dort befindet sich ein Schiffsfriedhof, wie es sie an der Küste ziemlich viele gibt. Die Krise in der Schifffahrt, besonders bei den internationalen Transporten, und die krasse Verschärfung des Konkurrenzkampfes haben Norwegen, besonders der Tankerflotte, die einen großen Teil seines Schiffsbestandes ausmacht, schwere Verluste zugefügt. Wenn bis 1979 Schiffe den größten Exportposten bildeten, so nehmen sie jetzt nur den zweiten Platz ein.

Das war ein böses Omen. Doch Fortuna lächelte bald wieder: Gerade in den 70er Jahren lief die Öl- und Gasgewinnung an. Das norwegische Kontinentalschelf barg reiche Schätze. Außerdem wuchs die internationale Nachfrage, schnellten die Preise in die Höhe. Norwegen schien einem goldenen Zeitalter entgegen zu gehen.

Egil Helle, Leiter der Informationsabteilung im Erdöl- und Energieministerium, schildert die Folgen der plötzlichen Wende wie folgt:

"Anfang der 70er hatten alle Länder Westeuropas eine schwere Zeit. Die langwierige Produktionsstockung war von einer jähen Zunahme der Arbeitslosigkeit begleitet. Wir blieben davon verschont. Das Öl verhieß hohe Gewinne, deshalb bekamen wir Auslandskredite zur Förderung der Wirtschaft, während andere Länder den Riemen enger schnallen mußten. Dank dem Öl übertraf unser Export unseren Import ganz erheblich. Es entstanden große Devisenrücklagen, und das wiederum verschaffte uns in der Wirtschaftspolitik Handlungsfreiheit, weil wir uns die Investitionsmöglichkeiten aussuchen konnten. Heute macht die Öl- und Gasgewinnung ein Fünftel unseres Bruttonationalproduktes aus und erbringt ein Fünftel der staatlichen Einkünfte."

Des Vergleiches halber sei gesagt, daß Schwedens Import zu 70% aus Erdöl und anderen Energieträgern besteht, was, ungeachtet der hochentwickelten Exportindustrie, eine chronisch passive Außenhandelsbilanz androht, während in den letzten drei Jahren Norwegen Öl und Gas wertmäßig mehr exportierte als alle anderen Erzeugnisse zusammen.

Die Ölhaushalte hat übermäßige Erwartungen geweckt, die durch die großen Versprechungen der Parteien noch genährt wurden. Indessen hat der Wirtschaftsboom zum Hinaufschneiden der Preise und zu Lohnforderungen geführt. Die Inflation war in Norwegen bedeutend akuter als bei seinen Handelspartnern, und die rapide Entwicklung der Öl- und Gasindustrie war von einer faktischen Stagnation in einer Reihe

anderer Branchen begleitet. In einem Regierungsbericht vom vergangenen Frühjahr heißt es: "Norwegens Konkurrenzfähigkeit hat zwischen 1973 und 1977 um 27% abgenommen. Die dem Konkurrenzkampf ausgesetzten Industrien haben auf den Außenmärkten und auf dem Binnenmarkt Positionen räumen müssen."

Die Nachwehen

Die Abwertung der Krone von 1979 hat diesen Prozeß verlangsamt. In den 80er Jahren nahm er bei einem Inflationsrekord und einer für Norwegen großen Arbeitslosigkeit seinen Fortgang. In dem erwähnten Bericht heißt es: "Die Geschehnisse der 80er Jahre haben eine relative Profitlosigkeit von Industrie und Handel verursacht, was Norwegen weitgehend von den Steuern und anderen Einkünften aus der Öl- und Gasgewinnung abhängig gemacht hat." Es genügt zu sagen, daß die verarbeitende Industrie jetzt nicht mehr als 1975 produziert.

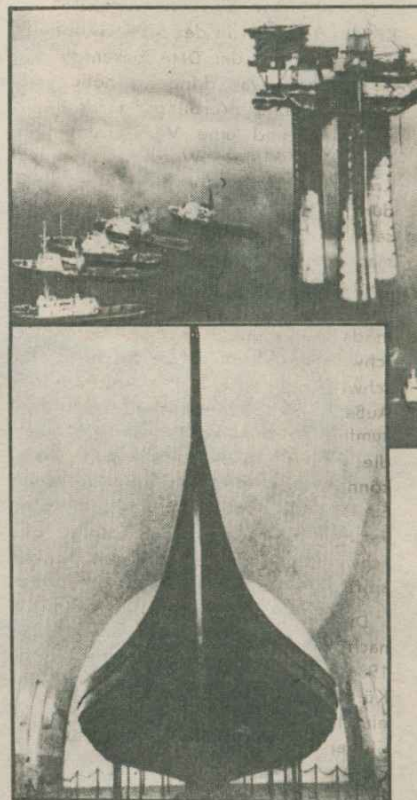
Solange die Ölpreise stiegen, konnten die bedrohlichen Folgen der strukturellen Wandlungen noch irgendwie wettgemacht werden. Der jähe Preissturz, der im Januar d. J. einsetzte, nahm Norwegen diese Möglichkeit.

"Im Staatsetat von 1986 sind die Einkünfte für Öl mit 56 Md. Kronen angesetzt, nächstes Jahr können sie aber auf 15 Md. sinken", fährt Herr Helle fort. "Das ist an sich schon tragisch, um Ihnen aber die Wichtigkeit des Ölgeldes klarzumachen, möchte ich sagen, daß die bei uns in Norwegen sehr hohen direkten Steuern jährlich 10 Md. Kronen einbringen. Wenn Sie die Summe mit den Einkünften für Öl und Gas vergleichen, dann erkennen Sie die Schwere der Verluste."

Hinzu kommt die verhängnisvolle Wirkung des äußerst niedrigen Dollarkurses: Der Import verbilligt und der Export verteuert sich, wodurch die Positionen der Industrie Norwegens, die an die Außenmärkte geknüpft ist, noch mehr geschwächt werden. In den ersten vier Monaten d. J. ging der Export um 21% zurück, während der Import um 18% größer als im selben Zeitabschnitt des Vorjahres war. Der Fehlbetrag in der Außenhandelsbilanz in diesem Halbjahr erreichte 10. Md. Kronen.

Die Presse Norwegens schreibt jetzt von Nachwehen der Ölhaushalte. P. Schreiner, Leiter der Planungsabteilung im Finanzministerium, spricht von einem "Verlust des Realitätssinns infolge der Einkünfte aus dem Öl".

"Der Preissturz fiel — sagte er — in eine Zeit erheblichen Anwachsens der staatlichen Aufwendungen, besonders für die Subventionierung der Bauern, für Renten, Bildungs- und Gesundheitswe-



Meeresreichtümer bedeuten viel für Norwegen, insbesondere Erdöl

sen. Voriges Jahr stieg der individuelle Verbrauch um 8%. Und die Folge? Eine weder durch staatliche noch durch private Einkünfte gesicherte Nachfrage. Daher die unerläßlichen Einsparungen zwecks Kürzung der Ausgaben, was wiederum zum Anwachsen der Arbeitslosigkeit führen kann."

Eine politische Folge der plötzlichen Zuspitzung der Wirtschafts- und Finanzlage war der Rücktritt der Regierung, die die bürgerliche Koalition nach dem zweiten Wahlsieg der konservativen Partei gebildet hatte. Eine geringe Mehrheit im Storting, die die Koalition besaß, verflüchtigte sich, gleich nachdem die Regierung ihre ersten Maßnahmen zur Begrenzung der Nachfrage bekanntgegeben hatte. Die norwegische Verfassung verbietet vorfristige Wahlen. Deshalb mußten die Sozialdemokraten die Regierung bilden. Dazu bemerkte die Londoner "Financial Times": "Die neue Ministerpräsidentin hätte sich für ihren Amtsantritt kaum eine schwerere Zeit aussuchen können." Die Situation wird dadurch erschwert, daß die Norwegische Arbeiterpartei (DNA), ohne eine Majorität im Storting zu

haben, durch Kompromisse mit der Opposition eine unpopuläre harte Sparpolitik betreiben muß.

Die 12prozentige Abwertung der Krone, die schon in der 51. Stunde nach dem Amtsantritt der DNA bekanntgegeben wurde, war dringend nötig. Sie bedeutet eine Verbilligung der Exportwaren und eine Verteuerung des Imports. Auf diese Weise wird es die Kronenabwertung ermöglichen, die durch das Sinken der Ölpreise verursachten Verluste teilweise wettzumachen. Das erklärte die Ministerpräsidentin, Frau Brundtland. Danach gab sie im Storting eine Regierungserklärung ab, in der es heißt: "Norwegen macht die schwerste Wirtschaftskrise durch. Es hat schwierige, mit dem erschütterten Außenhandel und dem Stand der Konsumtion zusammenhängende Probleme, die wir als Nation nicht gewährleisten können, äußerst komplizierte Probleme. Sie sind in den letzten Jahren angewachsen und haben sich infolge des schweren Ölpreissturzes stark zuge-spitzt."

Die rigorosen Sparmaßnahmen, die nach Revision des Staatsetats für 1986 festgesetzt wurden, umfassen eine Kürzung der Staatsausgaben einschließlich des Militäretats und eine Steuererhöhung um insgesamt 3,5 Md. Kronen. Um 5 Md. Kronen wird der Höchstbetrag der Bankdarlehen herabgesetzt, was der Privatnachfrage Grenzen ziehen soll. Die Steuervergünstigungen werden verringert. Im Herbst soll eine gründlichere Steuerreform folgen.

Ist zu erwarten, daß diese Maßnahmen im Storting eine Stimmenmehrheit bekommen und bei der Öffentlichkeit Rückhalt finden werden? Davon hängt es ab, ob die sozialdemokratische Regierung bleibt, oder ob in Norwegen ein ungeordneter Regierungswechsel bis 1989 einreißt, wenn die nächsten Wahlen stattfinden. In diesem Zusammenhang sei betont, daß die konservative Regierung zurücktreten mußte, nachdem verhältnismäßig geringe Sparmaßnahmen bekanntgegeben worden waren — es handelte sich lediglich um 1,5 Md. Kronen. Nicht von ungefähr heißt es, daß die konservative Regierung ihr Amt gern niederlegte und die unpopulären Beschlüsse den Sozialdemokraten überließ.

Im Storting sprach ich mit zwei DNA-Abgeordneten.

"Möglich, daß das stimmt", sagte Tom Toresen. "Das Ende vom Lied kann so sein: Wir machen die Schmutzarbeit und verlieren Ansehen, und die Konservativen kommen unter günstigeren Umständen wieder zur Macht. Andererseits kann die Bereitschaft der DNA, die Verantwortung für die Suche nach Entscheidungen

und für ihre Verwirklichung zu übernehmen, ihr politisches Kapital einbringen."

"Was wie ein politischer Selbstmord aussieht, ist die Reaktion auf das Koalitionssystem", fügt Haakon Blankenborg hinzu. "Wir brauchen eine Regierung, die endlich zur Lösung der Probleme, in erster Linie der wirtschaftlichen, fähig ist. Natürlich werden unpopuläre Maßnahmen getroffen werden müssen. Andererseits hat eine Zeitung Norwegen ein Steuerparadies für Großkonzerne genannt. Bei uns geht es den Armen schlecht und den Reichen gut. Wie aus Umfragen hervorgeht, genießt die DNA viel Vertrauen, wenn es sich um Wirtschafts- und Sozialpolitik und das Gesundheitswesen handelt."

Tatsächlich ergeben Umfragen, daß die Sozialdemokraten populärer werden. Nach neuesten Angaben genießen sie bei 42% der Befragten Ansehen. Das kommt, wie meine Gesprächspartner sagten, daher, daß die Vorschläge der Konservativen eine Kürzung der staatlichen Subventionen für Nahrungsmittel und eine Erhöhung der Benzinsteuern vorsahen, wodurch die Lasten der Einsparungen auf die breiten Bevölkerungsschichten abgewälzt worden wären. Die Einführung einer 2prozentigen Einkommensteuer, die Erhöhung der Steuer für Aktienkauf und -verkauf, die Einschränkung der Steuervergünstigungen und die Limitierung des Bankkredits, wie sie die jetzige Regierung vorschlägt, werden vor allem die Wohlhabenden treffen. Hier verschweigt man die Kürzung der staatlichen Sozialausgaben. Jedenfalls nennt man diese Einstellung gerechter und glaubt, sie habe eine Chance, bei der Öffentlichkeit Rückhalt zu finden.

Dieser Voraussage widerspricht das rapide Anwachsen der Streikbewegung, obwohl die Regierung von den Gewerkschaften "Verständnis" und "Zurückhaltung" verlangt. Als ich in Oslo ankam, streikten die Lehrer, waren Vorbereitungen zu einem Streik in der Presse in vollem Gange. Anderntags traten die Gemeindearbeiter und -angestellten in den Ausstand. Überall war von der Notwendigkeit einer Erhöhung der Löhne und Gehälter die Rede. In Norwegen werden die Preise in der Tat unerschwinglich, und Oslo ist ganz offiziell als kostspieligste Hauptstadt Europas bezeichnet worden. Immer kam aber noch ein Thema zur Sprache: die Kürzung der staatlichen Aufwendungen, die zu einem Tiefstand im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie bei den sozialen Leistungen führe.

"Mit den Streiks kann es sehr ernst werden", meint Kare Sandegren, ein Leiter des Norwegischen Gewerkschaftsbundes. "Man muß aber bedenken, daß die Streikenden mit ihren

Forderungen auf die Zugeständnisse der konservativen Regierung an die wohlhabenden Schichten reagieren. Das hat zu einer größeren sozialen Ungleichheit geführt. Deshalb läßt sich der Sturz der konservativen Regierung mit ihrer zu schmalen Basis erklären. Aber niemand kann garantieren, daß die Regierung der Sozialdemokraten bestehenbleiben wird. Alles hängt davon ab, was für Beschlüsse sie fassen und mit welchen Methoden sie sie in die Tat umsetzen wird."

Die Entspannung voranbringen

In der Erklärung der neuen Regierung ist viel Gewicht auf die Außenpolitik gelegt. Frau Brundtland hat die Treue zur NATO und zur "Festigung der Solidarität zwischen Westeuropa und Nordamerika" betont, zugleich aber auf die Notwendigkeit hingewiesen, darauf hinzuwirken, daß "das Prinzip der Sicherheit und engen Zusammenarbeit bei der Bestimmung über die Ost-West-Beziehungen entscheidende Bedeutung gewinnt."

Meine Gesprächspartner im Außenministerium erwähnten die außenpolitische Kontinuität und die Treue zum "Doppelkurs" der NATO: einerseits auf eine "zuverlässige Verteidigung und andererseits auf die Ausweitung des Dialogs, der Entspannung und Zusammenarbeit von Ost und West". Sie sagten nachdrücklich, daß das Zweite kein frommer Wunsch bleiben darf: "Wir müssen Lösungen finden, die ein Dominieren der militärischen Aspekte nicht zulassen werden." Deshalb sei Norwegen "für die Herstellung eines Gleichgewichts der Kräfte mittels Verhandlungen und nicht durch Aufrüstung", "für eine Reduzierung der Streitkräfte auf ein Mindestmaß", gegen das Wettrüsten "in Bereichen, in denen es nicht im Gange ist". Daher die Ablehnung des amerikanischen "Sternenkriegs"-Programms und die Bereitschaft, beliebige Schritte zur restlosen Einstellung der Kernwaffentests und zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa zu unterstützen. Norwegen hat sich mit vier anderen NATO-Staaten geweigert, der Erzeugung binärer C-Waffen in den USA und ihrer Stationierung in Norwegen zuzustimmen. Der Vertreter Norwegens hat Washingtons Absicht verurteilt, sich nicht an die Bestimmungen des SALT-2-Vertrags zu halten. In einem Interview für das "Stavanger Aftenblad" kritisierte Außenminister Frydenlund die Orientierung auf die Aufrüstung, durch die die Entspannungspolitik zurückgedrängt werde und die Differenzen zwischen den NATO-Partnern zunähmen.

Oslo

Bewölkt, mit Aufheiterungen...

Nikolai PORTUGALOW

Bewölkt, mit Aufheiterungen. Allmähliche Wetterbesserung... So ließe sich wie in einem Wetterbericht der Zustand der sowjetisch-bundesdeutschen Beziehungen nach dem offiziellen UdSSR-Besuch des Vizekanzlers und Außenministers der BRD, Hans-Dietrich Genscher, charakterisieren. Die Atmosphäre und die Ergebnisse dieses Besuchs lassen sich tatsächlich mit Aufheiterungen an einem Regentag vergleichen, wenn die durchbrechenden Sonnenstrahlen besseres Wetter verheißen.

Allein schon die konkreten Ergebnisse des Besuchs und der Gespräche Hans-Dietrich Genschers mit UdSSR-Außenminister Eduard Schewardnadse sind recht beeindruckend: Ein Regierungsabkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit wurde unterzeichnet. Die auf ihm beruhenden drei Sonderabkommen über Zusammenarbeit in Landwirtschaft, Gesundheitswesen und bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie sowie ein gemeinsames Protokoll über die Einrichtung eines sowjetischen Generalkonsulats in München und eines BRD-Generalkonsulats in Kiew wurden paraphiert. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß die Verhandlungen über besagtes Abkommen über Jahre geführt und wiederholt durch Versuche der bundesdeutschen Seite verzögert wurden, die bestehenden Vereinbarungen bei der Lösung der Frage der Teilnahme von Vertretern entsprechender Westberliner Einrichtungen in den umrissenen Kooperationsbereichen zu ignorieren. Diesmal gelangten die Partner zu einem beiderseits annehmbaren Kompromiß, dem zufolge Westberliner Vertreter entsprechend Geist und Buchstaben des Vierseitigen Abkommens über Westberlin an der Zusammenarbeit teilnehmen können. Und dieses Abkommen sagt, daß Westberlin kein Bestandteil der BRD ist und nicht von ihr regiert werden darf.

Doch die Bedeutung des Besuchs des BRD-Außenministers beschränkt sich nicht auf konkrete Ergebnisse, so bedeutend sie auch sein mögen. In der Mitteilung über den Empfang Hans-Dietrich Genschers durch Michail Gorbatschow ist eine sehr weitreichende Formulierung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU enthalten. Er konstatierte, daß "in der Lage, die sich in der Welt, in Europa und in den bilateralen

Beziehungen UdSSR--BRD herausgebildet hat, dieses Treffen, der Besuch Hans-Dietrich Genschers, über den üblichen Rahmen hinausgeht". Gerade dieser Kernsatz bestimmt das Gewicht des Besuchs, seinen Platz sowohl in der Politik beider Staaten als auch bei der Entwicklung ihrer bilateralen Beziehungen.

Bereits wiederholt stellten bundesdeutsche Politiker, Diplomaten und Publizisten uns, ja auch sich selbst in letzter Zeit in verschiedenen Variationen die gleiche Frage, die für sie sehr aktuell ist und die bei ihnen Besorgnis hervorrief: Warum "ignoriert" die Sowjetunion bei der Aktivierung des europäischen Schwerpunktes ihrer Politik hartnäckig die BRD? Warum wird die Bundesrepublik von der Sowjetunion "gemieden", obgleich Bonn mit seinem Gewicht und Ansehen im westlichen Bündnisystem noch unlängst den Ruf eines "privilegierten" westlichen Partners Moskaus im Dialog und bei der Zusammenarbeit besaß? Ja, die Haltungen der Seiten zu vielen Schlüsselproblemen der Sicherheit unterscheiden sich wesentlich und sind bisweilen völlig konträr, sagten unsere bundesdeutschen Gesprächspartner. Doch, gestatten Sie, der Komplex der zwischenstaatlichen Beziehungen beschränkt sich nicht auf die Sicherheit. Zudem stationierten so bedeutende westeuropäische Länder wie Großbritannien und Italien ebenso wie die BRD US-Mittelstreckenraketen bei sich, und Frankreich trat für deren Stationierung in Europa ein. Moskau aber richte merkwürdigerweise seinen Groll ausschließlich gegen Bonn. Führende Vertreter der Regierungskoalition sagten, es sei natürlich Sache der Sowjetunion, doch man könne sich eine aktive Europapolitik Moskaus nicht vorstellen, wenn Bonn dabei übergangen werde.

Letztere Behauptung schien einer gewissen Logik nicht zu entbehren. Wer hinderte die BRD, die positiven Erfahrungen, die seit dem Moskauer Vertrag gesammelt wurden, zu nutzen? Kann sich Bonn ja, wenn es den Kurs auf stabile, dynamische Entwicklung seiner Beziehungen zur Sowjetunion nicht gehen will, um kein Millimeter den lebenswichtigen nationalen Zielen seiner Außenpolitik, die durch die geographische Lage der BRD bestimmt

werden, nähern. Dazu gehören sowohl die aktive Teilnahme am KSZE-Prozeß als auch die Entwicklung eines konstruktiven Dialogs und einer Partnerschaft mit den sozialistischen Ländern Osteuropas und — das wohl als Wichtigstes — eine zuverlässige Gewährleistung ihrer Sicherheit, die im Ergebnis der benötigten "Nachrüstung" spürbar abnahm.

Die sowjetisch-bundesdeutschen Beziehungen entwickeln sich auf der Grundlage eines Vertrages, der symbolisch als "Moskauer Vertrag" bezeichnet wird. Daß es nach dem Machtantritt der Koalition aus CDU/CSU und FDP diesbezüglich immer häufiger ernste Rückschläge gab, ist nicht unsere Schuld. Die strikte Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der Seiten, wie im Moskauer Vertrag vorgesehen, ist eine absolut unabdingbare Voraussetzung für die Festigung der bilateralen Beziehungen. In den letzten Jahren aber kann man sich nur schwer des Eindrucks erwehren, die bundesdeutsche Seite habe damit begonnen, diese goldene Regel zu mißachten, zudem in einem gefährlichen Maß.

Natürlich beschränken sich unsere Beziehungen nicht auf Sicherheitsfragen, doch sie haben primäre Bedeutung. Die Pershing-2-Raketen in der BRD sind der Kern eines zusätzlichen in Europa stationierten US-Erstschlagspotentials, stellen für die Sowjetunion eine unmittelbare, von deutschem Boden ausgehende Gefahr ihrer Sicherheit dar. Und wenn die bundesdeutsche Seite, sich in die Vergangenheit vertiefend, die einen oder anderen Argumente anführt, die sie zur "Nachrüstung" gezwungen hätten, dann ist die Frage berechtigt: Warum bleibt die Regierungskoalition in dieser Frage auf den gleichen Positionen auch heute, da die Sowjetunion ihre Bereitschaft erklärt hat, alle ihre Mittelstreckenraketen in Europa zu vernichten?

Doch es geht hier weitaus nicht nur um die Pershings. Bonn, das verbal sein Streben verkündet, Frieden und Sicherheit durch immer weniger Waffen (fürwahr eine aktuelle Losung für die mit eigenen und fremden Waffen gespickte BRD) zu gewährleisten, unternimmt in Wirklichkeit ununterbrochen militärische Anstrengungen, die die Verteidigungserfordernisse, ja auch die objektiven Möglichkeiten einer Mittelmacht weit überschreiten. Doch nicht einmal das ist die Hauptgefahr. Unter der jetzigen Koalition begann die BRD erneut nach dem Vorbild der 50er Jahre, des kalten Krieges unseligen Andenkens, zum "Festlandsdegen der USA" zu werden — nur zu einem viel schärferen und willfährigeren, der servil Washington dient.

Ein solcher Kurs mußte sich auch auf

die innenpolitische Lage im Lande auswirken, wo sich jene, die aus 40 Nachkriegsjahren keine Lehren gezogen und den Gedanken nicht aufgegeben haben, so oder so die Ergebnisse des Krieges zu revidieren, lauter zu Wort melden. Der rechte Flügel der CDU/CSU — in Analogie zu den 30er Jahren "Stahlhelmfraktion" genannt — begann immer deutlicher den Ton in der Außenpolitik des Landes anzugeben, ihr eine ausgeprägt antisowjetische Richtung zu geben.

Als sich Bonn nun zudem noch auf staatlicher Ebene SDI anschloß, begann man sich in der Sowjetunion zu Recht zu fragen, warum. Durchaus zulässig in dieser Lage ist die Vermutung, daß der erstarkende bundesdeutsche Militär-Industrie-Komplex und seine politischen Handlanger durch den Anschluß an das "Sternenkriegs"-Programm hoffen, unter Umgehung der Nuklearwaffen die BRD mit der Zeit zu einer militärischen Großmacht zu machen. Bedenkt man ferner, daß die Bonner Haltung in den wichtigsten Fragen der Abrüstung eine Kopie der völlig negativen amerikanischen Position blieb und lange Zeit die sowjetischen Friedensinitiativen einfach ignorierte, kann die in den sowjetisch-bundesdeutschen Beziehungen eingetretene Stagnation niemanden erstaunen.

Doch zugleich wäre es nicht richtig, wichtige neue Tendenzen, die in der Haltung Bonns zu einem prinzipiellen Herangehen an die Probleme der Abrüstung und an die Beziehungen BRD-UdSSR aufgetaucht sind, zu ignorieren. Sie laufen vor allem auf folgendes hinaus:

— Bonn ist offenbar im eigenen Interesse zu dem Verständnis gelangt, daß seine Bündnistreue, die niemand anzweifelt, keineswegs widerspruchsfähige Unterordnung unter den amerikanischen Kurs auf ein völliges Abgehen von der Abrüstung und auf die Beseitigung der letzten bestehenden Hindernisse für ein unkontrolliertes Wetrüsten in allen Richtungen voraussetzt. Die Bundesregierung hat sich klar genug für die Einhaltung der von SALT 1 und SALT 2 sowie dem ABM-Vertrag festgelegten Begrenzungen ausgesprochen.

— Die Bundesregierung ist zu dem Schluß gekommen, daß die jüngsten sowjetischen Initiativen in allen Abrüstungsbereichen ernsthafte Aufmerksamkeit verdienen und der Westen seinerseits konkrete Initiativen ergreifen muß, die es erlauben würden, zusammen mit den sowjetischen Vorschlägen den langerwarteten Durchbruch zu einer "neuen Phase der Entspannung zwischen Ost und West" Wirklichkeit werden zu lassen. In Bonn heißt es, man wolle sein Ansehen und seinen Einfluß im westlichen Bündnis nutzen, um dieses Ziel schneller näherzubringen.

— Die BRD akzeptiert den von der Sowjetunion entwickelten Begriff des "gemeinsamen europäischen Hauses" und bekundet ihr Interesse an der Fortführung des KSZE-Prozesses in allen Richtungen — im politischen, militärischen, ökonomischen und humanitären Bereich. Das müsse den Vorstellungen der Bundesregierung zufolge in nächster Zukunft sichtbaren Ausdruck in Ergebnissen auf der Stockholmer Konferenz finden, wozu sie beizutragen gedenke. In Bonn wird die Bedeutung des bevorstehenden Wiener KSZE-Nachfolgetreffens unterstrichen.

— Und schließlich bezeichnet die Bundesregierung als ihr Ziel die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und in der Welt, das sich in seiner Konzeption mit der von der Sowjetunion vorgebrachten Idee einer allumfassenden Sicherheit in der heutigen interdependenten Welt überschneidet.

Schon wiederholt meldeten sich namhafte Vertreter der Koalition zu Wort, die sich für ein solches neues Herangehen der BRD an die Abrüstungsprobleme und an den Gesamtkomplex der Ost-West-Beziehungen, vor allem für eine Rückkehr zur Entspannung, aussprachen. In diesem Sinne äußerte sich auch Bundespräsident von Weizsäcker (CDU). Jetzt wurde das die offizielle Haltung des Kabinetts Kohl, dessen persönliche Botschaft an Michail Gorbatschow von Hans-Dietrich Genscher übergeben wurde. Dabei ist zu konstatieren, daß eine bedeutende Rolle bei der Förderung dieser Ideen auch Kohls Stellvertreter Genscher zukommt, der in letzter Zeit Anstrengungen zur Bewahrung und Mehrung des ostpolitischen Erbes der früheren sozialliberalen Koalition, in der er lange Jahre den gleichen Posten wie heute bekleidete, unternimmt.

Auf der abschließenden Pressekonferenz in Moskau bemerkte Hans-Dietrich Genscher, es wäre zu früh, von einer Wende in den sowjetisch-bundesdeutschen Beziehungen zu sprechen, und es könne einstweilen nur darum gehen, daß dieser Tage eine neue Seite der Beziehungen aufgeschlagen wurde. Dem ist so. Die besagten Elemente eines neuen Herangehens in der Politik der BRD tragen bislang verbalen Charakter. Wie Michail Gorbatschow betonte, müssen sie noch die Gestalt praktischer Schritte annehmen. Die Inkonsequenz in der BRD-Politik bleibt bestehen, lassen sich ja die Äußerungen ihrer führenden Politiker für eine verantwortliche Sicht der heutigen Welt nicht vereinen mit der praktisch vorbehaltlosen Unterstützung für den militanten Kurs der US-Administration.

Auf der Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU, das die Ergebnisse der

Gespräche erörterte, wurde betont, daß die Politik der BRD-Regierung leider weiter in vielem von der Vergangenheit geprägt ist, was den Anforderungen des neuen Denkens im nuklearen und kosmischen Zeitalter nicht entspricht.

Die sowjetische Seite macht kein Hehl daraus, daß ihr das Programm von Maßnahmen für Sicherheit und Abrüstung, das die Opposition im Bundestag vorlegte und das insbesondere den Abzug der US-Mittelstreckenraketen aus der BRD und einen Verzicht auf die Teilnahme an SDI vorsieht, viel logischer und aussichtsreicher erscheint. Doch unser fester Kurs auf eine stabile Entwicklung der Beziehungen zur BRD bei unbedingter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der Seiten ist jeglichen konjunkturellen Überlegungen fremd. Deshalb begrüßt die Sowjetunion die sich abzeichnenden positiven Veränderungen in der Haltung ihrer Bonner Partner zu Fragen der Abrüstung und ist bereit, die sowjetisch-bundesdeutsche Zusammenarbeit in allen Bereichen zu intensivieren. Wenn auf Bonns Absichtsbekundungen konkrete Taten folgen, dann wird, um es mit den Worten Michail Gorbatschows zu sagen, "die BRD in der UdSSR einen zuverlässigen Partner finden, der nicht mit leeren Händen kommen wird".

Das gilt sowohl für eine optimale Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der BRD als auch für die Erörterung neuer Formen der ökonomischen Zusammenarbeit, die jetzt, auf einer sehr aussichtsreichen Etappe der Entwicklung der UdSSR, die bundesdeutsche Industrie — unseren Partner Nr. 1 im Westen, der ein großes Vertrauenskapital und unschätzbare Erfahrungen auf dem sowjetischen Markt besitzt — interessieren müssen. Große Aussichten für beide Seiten eröffnet das jetzt unterzeichnete bilaterale Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Auch eine Vertiefung der Zusammenarbeit in humanitären Bereichen, denen in Bonn große Bedeutung beigegeben wird, ist möglich.

Selbst wenn man, wie für politische Beobachter angemessen, recht vorsichtigen Optimismus walten läßt, kann man Hoffnung darauf bekunden, daß auf die ersten Aufhebungen in den sowjetisch-bundesdeutschen Beziehungen eine beständige Wetterbesserung folgt.

Wenn die BRD die Konzeption des "gemeinsamen europäischen Hauses" akzeptiert, dann trägt sie ihren Teil der Verantwortung für die Lage in Europa und könnte eine wichtige Rolle bei der Gesundung der Weltlage spielen. Den Äußerungen führender Politiker Bonns zur Unterstützung dieses Prozesses müssen Taten folgen. Das würde der BRD selbst wie dem Gesamtkomplex der Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa nutzen.

Freundschaft dreier Generationen

Wenn Menschen, um es mit den Worten des Schriftstellers zu sagen, "Inseln im Ozean" sind, dann brauchen sie, um einander näher zu kommen, dauerhafte Verbindungen miteinander. Heute wollen wir davon berichten, wie zwei einfache Familien — eine jugoslawische und eine sowjetische — einander kennenlernten und über 70 Jahre freundschaftliche Beziehungen pflegten. Davon berichtete uns Gerassim Sorokin.

Petar Bitevic lernten wir vor sehr langer Zeit, während des ersten Weltkrieges, kennen. Der Serbe Bitevic, Untertan Österreich-Ungarns, war in Gefangenschaft in Rußland, im kleinen Dorf Klimowskoje, Gouvernement Tula, wo auch unsere Familie lebte. Das waren schwere Tage für uns. Der Vater fiel an der Front, Mutter blieb mit sechs kleinen Kindern zurück, von denen der Älteste — ich — gerade zwölf war. Die Dorfversammlung beschloß, die Familien, die ihren Ernährer verloren hatten, zu unterstützen, und gab uns als Hilfskraft den Kriegsgefangenen Bitevic.

Bald schon wurde Bitevic in unserem Haus wie im ganzen Dorf unentbehrlich: den einen schloß er die Axt, den anderen reparierte er die Egge, wieder anderen den Wagen... Man suchte bei ihm nicht nur Hilfe, sondern die menschliche Wärme, mit der Bitevic so reich gesegnet war. Und als die Zeit kam, Abschied zu nehmen, da erschien das ganze Dorf, um Petar zu begleiten. Ich erinnere mich, wie meine Mutter sich tief vor ihm verbeugte und ihm für alle Hilfe dankte, er aber antwortete: "Ihr braucht nicht zu danken. Ich mußte euch helfen — wieviel Kummer und Leid hat dieser Krieg gebracht... Brüdern muß man helfen: Sind ja wir

Serben und Russen eines slawischen Stammes!"

Bitevic kehrte in die Heimat zurück. Jahre vergingen, ich aber mußte fortwährend an meinen serbischen Freund denken, an seine Erzählungen vom Krieg, daran, wie betrübt Petar war, daß er nicht für eine gerechte Sache kämpfen durfte, sondern für die Macht der Reichen, für deren Kaiser Franz Josef. Ich machte mich auf die Suche nach Bitevic. Glücklicherweise hatte ich den Namen der Stadt, in der er lebte — Alibunar —, nicht vergessen. Auf Geratewohl schrieb ich einen Brief. Wie groß war mein Erstaunen, als ich eine Antwort erhielt! Gespannt öffnete ich den langerwarteten Brief und las: "Lieber Gerassim Andrejewitsch! Ich grüße Ihre Familie und das ganze Sowjetvolk in Eurer Gestalt." Und die Unterschrift: Petar Bitevic. Daneben hatte Petars Sohn Mile folgende Worte angeschrieben: "Ich kenne Sie aus den Erzählungen meines Vaters. Ich möchte mit Ihnen auch in Zukunft korrespondieren."

Und so begann unser Briefwechsel. 1962 starb mein alter Freund. Den Briefwechsel führte seine Frau Olga weiter. Dann trafen erste Briefe von deren Sohn Mile ein. Nach dessen Tod setzte Petars Enkel, ebenfalls ein Petar, die Korrespondenz fort. Auch mein Enkel Serjoscha schreibt ihm.

Bilder aus Gerassim Sorokins [1. v. l.] Fotoalbum lassen jene Tage wiederaufleben, als die Freundschaft beider Familien erneut geknüpft wurde. Petar Bitevic [Mitte] und sein Sohn Mile [2. v. l.] leben schon nicht mehr, doch Sergej Sorokin [2. v. l.] und Petar Bitevic jun. [1. v. r.] führen den Briefwechsel weiter.



Unsere Freundschaft besteht schon über 70 Jahre. Wir sehen die Briefe unserer Freunde, unterschrieben mit "Die Euch liebenden Bitevics", nicht nur als Sympathie für unsere Familie, sondern auch als Zeichen der Achtung vor dem ganzen Sowjetvolk.

Gerassim SOROKIN,

Kaschira, Gebiet Moskau

Wir wollten erfahren, was aus jenen wurde, von denen Gerassim Sorokin berichtete, wie die Bitevics heute leben. So baten wir unseren Korrespondenten in Jugoslawien, Wladimir GRISCHNY, die Familie zu besuchen. Hier sein Bericht.

In der kleinen Stadt verbreiten sich Neuigkeiten schnell, und während wir uns im Gemeinderat von Alibunar unterhielten, kam Petar Bitevic, ein 25jähriger kräftiger junger Mann, der Enkel jenes Petar Bitevic, der in Rußland gewesen war. Es drängte ihn, Neuigkeiten aus Rußland über ihren alten Freund, Onkel Gerassim, den sie hier zärtlich "cika Gerassim" nennen, zu hören. Petar lud mich zu sich nach Hause ein.

Die Bitevics sind Einzelbauern. Sie haben ein Grundstück von ca. 7 ha, säen Weizen, Mais und anderes. In ihrer Wirtschaft gibt es eine Kuh, Schweine und Hühner — kurz gesagt, alles, was ein Bauer braucht. Doch, obwohl sie eine Einzelwirtschaft führen, können sich die Bitevics ihr Leben ohne Zusammenarbeit mit dem gesellschaftlichen Sektor, der hiesigen "Zadruga" (Genossenschaft), nicht vorstellen. Hier erhalten sie Dünger, Ersatzteile für die Maschinen und Ratschläge von Spezialisten. Ihrerseits verkaufen die Bitevics einen Teil ihrer Erzeugnisse über die Genossenschaft an den Staat.

"In der Familie sind wir jetzt fünf", berichtet Petars Mutter, Slavka Bitevic. "Die Hauptlast trägt der Ältere, Petar. Zwei weitere Söhne, Dejan und Dragan, gehen noch zur Schule, doch sie helfen viel in unserer Wirtschaft, besonders Dejan. Petar absolvierte eine Landwirtschaftsschule in Vrsac, wurde zum Mechaniker ausgebildet. Nach seinem Armeedienst ist er in der örtlichen Feuerwehr tätig, seine ganze Freizeit aber widmet er der Landwirtschaft."

In diesem Herbst steht der Familie ein großes Ereignis bevor. Nach Abschluß der Pädagogischen Hochschule kehrt Petars Braut Liljana nach Alibunar zurück. Dann soll die Hochzeit sein. Das junge Paar möchte auch die Familie von "cika Gerassim" dazu einladen.

Beim Abschied sagte mir Petar Bitevic, er träume schon seit langem davon, mit eigenen Augen die Gegend zu sehen, wo einst sein Großvater gewesen war, jene kennenzulernen, die ihn so viele Jahre in Erinnerung behalten und die Freundschaft pflegen.

Ich las... aus Fran... dem er... richtigen... Welt von... Dieser "Lo... tatsächlich... auf unsere... durch An... union un... Warschau... sende...

Ich las in... unter der... tisches Schr... (Heft 25/8... wortschreib... Moskau ein... Staatskomite... hen und F... u. a. an em... amerikanisch... souveränen... ken. Ich mö... Zeitschrift... dischen Les... solche "Fürs...

Nach... Goek...

Vor e... das öste... seiner... Afghanis... Russen... des Geo... Kugelsch... Explosio... Kindern... zu. Auc... schwerer... gezeigt... da an... Damals... gleichfal... und Fed... die Allie... Nazi-Rei... Aus... "Krankhe... Kriegfüh... Fotokopi... des Kap... den Bl...

der gesunde Menschenverstand?

ders Brief
28/86), in
als einzig
eiung der
n darstell.
ante man
und Ruhe
rden nicht
r. Sowjet-
edien im
vähleitet,
von der

NATO — einem militaristischen Block, dessen Strategie der Briefschreiber als Abschreckungsstrategie bezeichnet.

Nein, Herr Schmieder, nicht die Angst vor der NATO zwingt die Friedensanhänger vieler Länder, gegen das Wetrüsten, das sich durch Schuld der USA verstärkt, zu kämpfen. Wir sind fest davon überzeugt, daß nicht Pershings und SDI den Frieden erhalten, einen Nu-

klearkrieg verhindern werden. Der gute Wille der Menschen, die mit vereinten Kräften alles tun werden, um jegliche Waffen zu ächten, ist der einzige Weg zur Erhaltung des Weltfriedens. Schreiben ja auch Sie: "Wir müssen dafür sorgen, daß der Frieden auch in Zukunft erhalten bleibt." Das muß fürwahr das Anliegen aller werden!

Juri FATENKO

Moskau

er wird selbst eine Katze lachen

Beiträge
diploma-
Antwort"
m 25. Ant-
schaffe in
ende des
r Fernseh-
Axjonow,
l in der
fatus der
srepubli-
ser Ihrer
auslän-
wie eine
Behörden

von den Letten selbst aufgenommen wird. Sie antworten darauf mit den Worten des lettischen Sprichworts "Darüber wird selbst eine Katze lachen". Ich schicke Ihnen die Übersetzung eines Briefs von Jazeps Broliss, Professor an der Technischen Hochschule Riga, veröffentlicht in der lettischen Zeitung "Dzimtenes Balis" ("Stimme der Heimat") am 26. Juni 1986:

"Ich wurde im freien 'Lettland' geboren, wo ich auch meine Kindheit verbrachte. Nie werde ich vergessen, welche Armut mich umgab. Waren

die Letten etwa faul? Nein, sie arbeiten von früh bis spät, verdienen sich im Schweiße ihres Angesichts ihr Brot. Vater und vier ältere Schwestern waren Landarbeiter, Mutter schuftete, doch wir hatten kaum ein Auskommen. So lebten fast alle, die wir kannten. Die Wiederherstellung der Sowjetmacht in Lettland wurde von uns begrüßt, da sie uns nicht nur Brot und Arbeit gab, sondern auch dafür Sorge trug, daß sich jedes Volk selbständig entwickelte. Der Krieg raubte uns die Hoffnungen. Hitler, der nach der Weltherrschaft griff, wählte sich als Befreier der baltischen Völker. Was aber hat uns Letten seine Befreiung gebracht? Am Beispiel meiner Familie: Sechs meiner Vettern fielen im Kampf gegen den Hitlerfaschismus, sieben weitere kehrten verwundet oder als Invaliden aus dem Krieg zurück. Ich selbst mußte mich in den Wäldern verbergen, da die lettischen Halbwüchsigen dazu gezwungen wurden, Befestigungen und Panzergräben für die Wehrmacht anzulegen. Wer sich weigerte, wurde erschossen. Einer von jenen, der diese Befehle erteilte — der Kriegsverbrecher B. Maikovskis —, ließ sich später in den USA nieder. Wäre es nicht besser, wenn man sich in Washington weniger um diverse Abtrünnige und Verräter kümmern und sich nicht von deren Ratschlägen und Empfehlungen leiten lassen würde? Haben die Letten ja ihr Schicksal, das untrennbar ist von dem des ganzen Sowjetvolkes, selbst gewählt."

I. ROSENBERG

Elgava, Lettische SSR

Roger LESIEUR

Saint-Quentin, Frankreich

zept

brachte
sehen in
g über
ung, die
egenden
ffgefüllte
Bei der
or allem
etzungen
it einer
wurde
ußte ich
denken.
Kindern
Bleistiften
gen, die
über dem

s Buch
bologische
ich eine
hs Seiten
lodieren-
lege sie



meinem Brief bei. Der Autor des Buches verweist direkt darauf, daß die Behauptung, getarnte Sprengkörper seien auf deutsches Territorium abgeworfen worden, eine Erfindung der nationalsozialistischen Behörden war. Die Propagandamethoden der heutigen Sowjetfeinde sind nicht weit entfernt von denen ihrer faschistischen Vorbilder.

Josef BEIER

Graz, Österreich

Ich stehe in Eurer Schuld

Sehr bewegt las ich den an uns Franzosen gerichteten Brief der Kriegsveteranen des Moskauer Kirow-Bezirks (Heft 21/86).

Ich bin 64. Habe den Krieg und die Besetzung Frankreichs erlebt. Schlimme Zeiten waren das! Wie viele meiner Landsleute wurde auch ich zum "Arbeitsdienst" gezwungen, den der Verräter Petain eingerichtet hatte, um die Naziindustrie mit Arbeitskräften zu versorgen. Dort, in Deutschland, erlitt ich einen Arbeitsunfall, wonach ich die Erlaubnis erhielt, zur weiteren Behandlung in die Heimat zu fahren. Im Mai 1944 nach Paris zurückgekehrt, "vergaß" ich, nach Magdeburg zurückzukehren. Versteckte mich bei Freunden. Dann nahm ich an den Barrikadenkämpfen um die Befreiung von Paris im August 1944 teil.

All das schreibe ich, nicht um Einzelheiten meines Lebens mitzuteilen, sondern um Ihnen zu erklären, wie dankbar ich der Sowjetarmee bin, die die Welt vor dem Faschismus gerettet hat. Nie werde ich vergessen, was Euch der Sieg gekostet hat, wie viele Opfer Ihr im Kampf gegen die Nazi-Barbarei gebracht habt!

Ich tue alles, damit meine Landsleute nicht vergessen, daß wir in Eurer Schuld stehen. So wurde auch mein Sohn erzogen. In Gesprächen mit meinen Kollegen betone ich immer wieder, daß ohne die Sowjetarmee der Sieg über den Faschismus undenkbar gewesen wäre.

Leider wird diese Wahrheit bei uns in Frankreich nach wie vor bis heute abgestritten — anfangs von den Kollaborateuren aller Schattierungen, dann von den Neofaschisten wie den Mitgliedern der "Nationalfront" Le Pens. Doch die Tatsachen sprechen ihre Sprache. Niemand vermag die Heldentaten, die die sowjetischen Menschen im Krieg vollbrachten, zu leugnen. Davon bin ich fest überzeugt!

Ein Jahr sowjetisches Moratorium

Prof. Dr. Tair TAIROW

Stellen wir uns für einen Augenblick folgende Situation vor. Die USA führen einseitig das Moratorium für beliebige Nukleartests ein. Der Moment ist günstig gewählt, man schreibt den 6. August 1985, es ist der 40. Jahrestag der atomaren Bombardierung Hiroshimas. Zudem soll diese Geste guten Willens zweifellos dazu dienen, Washingtons etwas angeschlagenes Image in den Augen der Millionen Teilnehmer der weltweiten Antikriegsbewegung aufzubessern.

In Moskau steht man zunächst skeptisch zu den Nachrichten über das Moratorium. Bald werden zwei Argumente gegen die Unterstützung dieser Initiative ins Treffen geführt. Erstens täten die Amerikaner das aus propagandistischen Motiven, weil sie ihre Serie von Tests bereits absolviert hätten, so daß das Moratorium an ihrem aggressiven Wesen nichts ändere. Zweitens lasse sich das Moratorium nicht überprüfen, weil das Pentagon sich gegen jede Kontrolle und Inspektion an Ort und Stelle sträube.

Man kann sich leicht ausmalen, wie entrüstet die Weltöffentlichkeit auf eine solche "Unnachgiebigkeit Moskaus" reagieren würde, wie viele zornige Vorwürfe gegen die "Neinsager" gerichtet würden. Schwer zu sagen, ob es mehr Demonstrationen, Briefe und Telegramme oder sonstige Versuche gäbe, um die UdSSR zu einem Schritt den Amerikanern entgegen zu bewegen. Und wie eifrig würde man erst die US-Bevölkerung unter Vorschützen der "sowjetischen Weigerung" einschüchtern!

Leider war der reale Hergang anders. Wir wollen uns daran erinnern, unter welchen Umständen die UdSSR — nicht etwa die USA! — am 29. Juli 1985 einseitig das Moratorium für Nukleartests bekanntgab und am 6. August v. J. auch einführte.

Petitionen, Briefe, Telegramme

Die Frage der Einstellung der unterirdischen Nukleartests wurde bereits bei der Ausarbeitung und Unterzeichnung des Vertrages über das Verbot der Kernwaffentests in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser

(1963) erörtert. Damals entschloß sich die US-Seite nicht zum Verbot der unterirdischen Tests. Seitdem gehört dieses Problem zu den brennenden Fragen der nuklearen Abrüstung. Besonders aktiv forderten Dutzende neue Friedensorganisationen und -bewegungen, die gegen die Gefahr eines Nuklearkrieges auftraten, die Regierungen der UdSSR und der USA auf, die unterirdischen Tests einzustellen. Noch im Sommer 1982, im Vorfeld der zweiten UNO-Abrüstungssondertagung, ergoß sich ein Strom von Petitionen an die Adresse der Kernwaffenmächte. Die UdSSR war jederzeit bereit, zu verhandeln, ein entsprechendes Abkommen zu schließen und die unterirdischen Nukleartests zu beenden — wenn Washington dasselbe getan hätte.

Ende 1984 und Anfang 1985 richtete Konteradmiral a. D. La Rocque, Direktor des Zentrums für Verteidigungsinformation in Washington, gemeinsam mit vielen amerikanischen Pazifistenorganisationen und -vereinigungen den Appell an die Führung der UdSSR und die der USA, den 40. Jahrestag der atomaren Bombenangriffe auf zwei japanische Städte durch Einstellung der unterirdischen Nukleartests zu begehen. Diesen Appell unterschrieben Vertreter von Hunderten internationalen und nationalen nichtstaatlichen Organisationen aus vielen Ländern: von religiösen, Frauen- und Jugendorganisationen, Bewegungen von Geschäftsleuten, Ärzten, Lehrern und Menschen anderer Berufe, die sich für die Beseitigung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges einsetzen. Auch die Massenorganisationen der UdSSR schlossen sich dem Appell an.

Im April 1985 veröffentlichte das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR eine Mitteilung, worin es hieß, daß die UdSSR erneut ihre Bereitschaft bekräftigte, die unterirdischen Nukleartests jederzeit einzustellen, wenn die USA ähnlich vorgingen. Doch Washington schwieg.

Die Menschen knüpften ihre Hoffnungen an Moskau. Ich erinnere mich, wie im Frühjahr v. J. die leitenden Mitglieder der amerikanischen Bewegung für atomares Freeze und der Antikriegsorganisationen anderer Länder die sowjetische Führung ersuchten, das Moratorium einseitig einzuführen.

"Führt ein einseitiges Moratorium

wenigstens für ein halbes Jahr ein", sagte mir Daniel Ellsberg, ein in den USA bekannter Friedenskämpfer. "Als Militär weiß ich, daß ein solcher Schritt eurer Sicherheit keinen Abbruch tun wird, ihr werdet aber damit der ganzen Welt ein Beispiel geben und eure Aufrichtigkeit manifestieren. Ich bin sicher, daß sich im amerikanischen Volk eine gigantische Woge erheben und auf die Regierung Druck ausüben wird damit sie dem sowjetischen Beispiel folgt."

Wenige Monate später wurde das sowjetische Moratorium Wirklichkeit. Millionen Menschen auf allen Kontinenten, viele Staats- und Regierungschefs, die Vorsitzenden zahlreicher Parteien nahmen diese Nachricht mit Billigung auf.

Doch eine "gewaltige Woge des Druckes" auf die Regierung der USA blieb aus. Im September 1985 traf ich in Genf, auf der internationalen Konferenz zu Problemen des nuklearen Freeze, die erstmalig in Europa zusammentrat, erneut mit Daniel Ellsberg zusammen. Wie er mir erzählte, hatte das Weiße Haus noch am Tage, da die Meldung über das sowjetische Moratorium aus Moskau eingetroffen war, die Leiter aller führenden amerikanischen Fernsehgesellschaften und Zeitungen versammelt. Der Pentagon-Chef, die Berater des Präsidenten und seine nächste Umgebung legten ihnen nahe, keine Kommentare zu veröffentlichen, keine Diskussionen zu entfalten.

Als der 1. Januar 1986, der Tag des Ablaufs des Moratoriums, näher kam, trafen erneut Telegramme und Appelle in Moskau ein: Die Zeit von fünf Monaten sei ungenügend, um Washington zum Befolgen des sowjetischen Beispiels zu bewegen, und das Moratorium sei am besten zu verlängern.

Das sowjetische Moratorium wurde bis zum 31. März 1986 verlängert.

Im März dann wandten sich die Spitzenpolitiker von sechs nichtpaktgebundenen Ländern an die Führung der UdSSR und die der USA mit der Bitte, bis zum nächsten sowjetisch-amerikanischen Gipfel keine unterirdischen Nukleartests vorzunehmen, ein Abkommen über das Verbot solcher Tests auszuarbeiten. Wiederum kam die UdSSR dieser Bitte entgegen. Die USA wiederholten ihr Nein.

Falsche Argumente

Seit das sowjetische Moratorium eingeführt und dreimal verlängert wurde, mühen sich die Massenmedien der USA und das amtliche Washington ab, es zu bagatellisieren. Einzelne Aufsätze, die in den führenden US-Zeitungen doch erscheinen, leiten die Diskussion über ein Verbot der unterirdischen Nuklear-

Um vor der Weltöffentlichkeit wenigstens halbwegs das Gesicht zu wahren und den Kurs auf weitere Nukleartests zu rechtfertigen, behauptete das Weiße Haus zuerst, die UdSSR habe ihre Versuchsserie schon abgeschlossen, während die USA noch nicht so weit seien; überdies sei das sowjetische Moratorium nicht zu verifizieren, weil Moskau Vor-Ort-Inspektionen verweigere. Beide Argumente waren haltlos. Was nun die Kontrolle angeht, so sei an ein Gutachten einer so angesehenen Organisation wie der Unabhängigen Palme-Kommission für Fragen der Abrüstung und der Sicherheit verwiesen. Auf ihrer Sitzung im Januar 1986 betonte sie die "erstrangige Bedeutung eines möglichst baldigen Abkommens über das totale Verbot von Nukleartests". Wie die Autoren des Gutachtens schrieben, "bestehen heute keine technischen Hindernisse für die Überprüfung eines solchen Abkommens. Es könnte der Ausbreitung von Kernwaffen entgegenwirken und dem nuklearen Wettrüsten ein Ende setzen."

et kam
opelle
Montan

Die beiden leider nur zeitlich letzten Explosionen in Nevada fanden im Laufe einer einzigen Juliwoche statt. Alle 15 Explosionen wurden in einer Atmosphäre durchgeführt, da die Bewegung der US-Öffentlichkeit für das Moratorium und für den Abschluß eines Abkommens über das vollständige und allumfassende Verbot von Nukleartests wie eine Schneelawine anwächst.

Nunmehr verhehlen die USA nicht, was sie ihre unterirdischen Nukleartests fortführen läßt: Sie brauchen sie zur Entwicklung und Perfektionierung neuer verheerender Waffen — von Midgetman-Raketen, Röntgenlasern im SDI-Rahmen und von neutronengepumpten Geschossen. Das sind die wahren Gründe, die Washington für unsere Vorschläge taub machen.

Vor kurzem konstatierte Paul Johns, der Vorsitzende der britischen Kampagne für atomare Abrüstung, ein Mensch, der vieles an der sowjetischen Lebensweise und Politik ablehnt, in einem Interview für die Zeitschrift "Sanity": Seiner Meinung nach sei das sowjetische Moratorium für Nukleartests ein ernst gemeinter Vorschlag. Doch zwingt die beharrliche Weigerung der USA, das Testproblem zu lösen, und ihr Festhalten am Star-War-Programm den Schluß auf, daß die USA in Wirklichkeit nicht zur Politik der Rüstungskontrolle und Abrüstung tendierten.

Als Michail Gorbatschow im Mai die dritte Verlängerung des sowjetischen Moratorium, diesmal bis zum 6. August 1986, bekanntgab, sagte er: "Erneut fordern wir die Vereinigten Staaten auf, mit der ganzen Verantwortung das Maß der Gefahr, in der die Menschheit



eröffnete die Vorsitzende des Komitees der Sowjetfrauen,

Neben sowjetischen Frauen nahmen an dem Meeting namhafte Vertreterinnen der internationalen Frauenbewegung teil. 136 Frauenorganisationen, die der Internationalen Demokratischen Frauenföderation angehören, aus 118 Ländern verurteilen entschieden das Wettrüsten und die "Sternenkriege"-Vorbereitungen der USA.

Die Teilnehmerinnen des Meetings richteten eine Botschaft an Michail Gorbatschow, in der sie feste Unterstützung für den friedliebenden Kurs der KPdSU und des Sowjetstaates bekundeten. Sie appellierten ferner an US-Präsident Ronald Reagan, das nukleare Wettrüsten zu beenden.

"NEUE ZEIT" 31.86

schwebt, zu erwägen und auf die Weltöffentlichkeit zu hören." Leider demonstriert das Weiße Haus erneut politische Taubheit. Sie machen vor nichts halt, nicht einmal davor, an Prestige zu verlieren. Die "Washington Post" bemerkte nicht von ungefähr nach den Frühjahrsexplosionen in Nevada: "Der Verlust des Ansehens in den Augen der internationalen und inländischen Öffentlichkeit ... wird Reagans Position nicht verändern."

Aber darf die Stimme der Weltöffentlichkeit ohne weiteres so beharrlich mißachtet werden? Seinerzeit erweckte eine ebensolche Mißachtung des antimilitaristischen Bewußtseins in vielen Ländern und führte neben anderen Gründen zu machtvollen antinuklearen Protesten in Westeuropa. Damals erreichte ein Echo dieser Proteste auch das US-Volk, während das amtliche Washington sie mit Versuchen Moskaus erklärte, in der Alten Welt antiamerikanische Stimmungen zu entfachen. Gegenwärtig lehnt Washington das Moratorium beharrlich ab — und ruft eine neue Woge von weltweiten Protesten hervor.

Ein Jahr lang schaute die ganze Welt auf die übrigen Kernwaffenmächte, vor allem auf die USA, voller Erwartung und Hoffnung. Leider hat sich weder das eine noch das andere bewahrheitet. Die UdSSR hat inzwischen einen wahrhaft historischen Vorschlag gemacht: ein konkretes Programm der etappenweisen nuklearen Abrüstung bis zum Beginn des nächsten Jahrhunderts.

Das sowjetische Moratorium besteht also seit nunmehr einem Jahr. Obwohl es durch die westlichen Massenmedien faktisch boykottiert wurde, wissen heute viele einfache Amerikaner von der verantwortungsbewußten Haltung unseres Landes. Die US-Gesetzgeber erörtern einen Anschluß an das Moratorium.

Die Öffentlichkeit der Länder Europas, Asiens, Afrikas und Lateinamerikas kämpft aktiv für das nukleare Freeze und ruft dazu auf, die einmalige historische Chance nicht zu versäumen, die die UdSSR heute der Welt und den Vereinigten Staaten bietet.

Die Chance muß wahrgenommen werden.

Tests, das Gleichgewicht nicht stabilisieren und die Kriegsgefahr nicht mindern würden.

Am 28. Januar 1985 fand ein weiteres Treffen der "Sechs" in der Hauptstadt Indiens statt, in der die Deklaration von Delhi mit einem erneuten Appell, die Kernwaffentests zu beenden, der Produktion, Dislokierung und dem Einsatz aller Arten atomarer Bewaffnung ein Ende zu setzen, angenommen wurde. In ihr wurde vorgeschlagen, einen Vertrag über das Verbot atomarer Tests im Weltraum zu schließen, da diese beiden Fragen zusammenhängen.

Die strategische Verteidigungsinitiative (SDI) bzw. das "Star-Wars"-Programm der USA stellt eine neue Bedrohung für die Menschheit dar. Es ist wichtig, daß alle, besonders die Amerikaner, das begreifen. SDI ist außerordentlich gefährlich. Was zuerst ausgegeben worden war als effektives Mittel, sich gegen einen atomaren Angriff abzusichern, büßte bei genauerem Hinsehen seinen Glitzereffekt ein. Die Gegner des Programms sehen in ihm völlig zu Recht eine Bedrohung ihrer nationalen und allgemeinen Sicherheit und kein Verteidigungsmittel. Es stimuliert das Wettrüsten und erhöht die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges. Außerdem ist SDI ein untauglicher Schild. Sie vermag nicht vor niedrigfliegenden Bombern und Flügelraketen zu schützen.

Was Indien und die anderen Länder, die der Nichtpaktgebundenen-Bewegung angehören, betrifft, haben wir unsere Ansichten zur Weltraumproblematik unmißverständlich dargelegt. Der Weltraum darf nur für ausschließlich friedliche Ziele genutzt werden, für das Wohl und im Interesse aller Länder, unabhängig vom Stand ihrer wirtschaftlichen, sozialen und wissenschaftlichen Entwicklung. Die Bewegung der Nichtpaktgebundenen hat dazu aufgerufen, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausweitung des Wettrüstens auf den Weltraum zu verhindern, um allgemeinen Frieden und Sicherheit zu wahren.

Die Tätigkeit der "Sechs" erfährt weltweit beträchtliche Unterstützung. Die Morde an Indira Gandhi und Olof Palme konnten sie in ihrer edlen Tätigkeit nicht irritieren. Wir sind fest entschlossen, unsere auf atomare Abrüstung abzielende Tätigkeit fortzusetzen. Das nächste Treffen ist für August dieses Jahres in Lateinamerika vorgesehen.

Die Aufgaben, die vor denen liegen, die eine Einstellung der Tests, Abrüstung, vor allem atomare Abrüstung, wollen, sind äußerst kompliziert, aber lösbar. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß die Weltöffentlichkeit in dieser Hinsicht ihren positiven Einfluß geltend machen wird.

Delhi

● FÜR "NEUE ZEIT" EXKLUSIV

Wir hoffen weiter

K. P. MISRA

Professor an der Jawaharlal Nehru-Universität, Indien

Wir erleben eine in der Geschichte der Menschheit noch nie dagewesene Krise. Heute ist unser Recht auf Leben ernsthaft gefährdet.

Die atomare Abrüstung, die man mit einer Einstellung der Kernwaffentests einleiten muß, hat absoluten Vorrang. Alle Menschen, denen der Frieden noch etwas bedeutet, unterstützen das sowjetische Moratorium.

Ich möchte an die Initiative der Staats- und Regierungschefs von Argentinien, Indien, Mexiko, Griechenland, Tansania und Schweden erinnern. Am 22. Mai 1984 veröffentlichten sie eine gemeinsame Erklärung, in der die Hoffnung zum Ausdruck kommt, daß die Menschen sich über bestehende Widersprüche hinwegsetzen und eine Welt schaffen, die niemals ein Atomkrieg verfinstern möge. Diese Erklärung ist insofern einzigartig, als in ihr die Meinung staatlicher Funktionsträger zum Ausdruck kommt, die bei verschiedenen politischen An-



sichten ein gemeinsames Interesse an der Erhaltung des Friedens verbindet. Die Erklärung rief dazu auf, die Kernwaffentests einzustellen und den Rüstungswettkampf anzuhalten.

Bezeichnenderweise brachten alle Kernwaffenstaaten außer der UdSSR ihre Abneigung gegen den Aufruf zum Ausdruck. Die Vereinigten Staaten erklärten, daß die in der Deklaration vorgeschlagenen Schritte, wie vollständiges Einfrieren der Arsenale durch alle Kernwaffenstaaten und ein Abbruch aller

Thema Nr.1

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ist die größte Organisation der Werktätigen in der Bundesrepublik Deutschland. Er besteht aus 17 Einzelgewerkschaften mit insgesamt 3 Millionen Mitgliedern. Christian GÖTZ, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, berichtet, welche Position die Gewerkschaften zu Fragen des Friedens und einer Zügelung des Rüstungswettlaufs einnehmen, welchen Beitrag sie zur Stärkung der Friedensbewegung leisten wollen. Das Gespräch führt unser Korrespondent Alexander Tolpegin.

"NZ": Vor kurzem fand in Hamburg der 13. Ordentliche Bundeskongreß des DGB statt. Welchen Stellenwert hatten in seiner Arbeit Fragen des Friedens und der Abrüstung?

Ch. Götz: Einen sehr hohen. An die 400 Beschlüßvorlagen wurden dem Kongreß vorgelegt. Die erste Beschlüßvorlage war den Problemen des Friedens, der Abrüstung und Entspannung gewidmet.

Im Beschluß wird festgestellt, daß die Bundesrepublik Deutschland besondere Verantwortung für die Erhaltung des Friedens trägt. Erstens liegt unser Land an der Nahtstelle zweier militärisch-politischer Blöcke. Zweitens diktieren uns die tragischen Erfahrungen der Vergangenheit, zur Stärkung der Sicherheit beizutragen.

Wir sind überzeugt, daß man den Frieden in Zukunft nicht mehr mit dem "Gleichgewicht des Schreckens" sichern kann. Diese fehlerhafte Konzeption bedeutet in der Praxis ununterbrochenes Wettrüsten. Nur mit gemeinsamen Anstrengungen können wir den Frieden garantieren.

Die Gewerkschaften lehnen jede Politik ab, die nach militärischer Überlegenheit strebt. Jetzt betreiben bekanntlich die USA eine solche Politik. Sie schlägt der Sicherheitspartnerschaft direkt ins Gesicht.

Im Beschluß des Kongresses ist auch von konkreten Maßnahmen zur Einstellung des Wettrüstens und zur Abrüstung die Rede. Der DGB bezieht Position gegen die Militarisierung des Weltraums, für den Abbau und die Verschrottung aller in Europa stationierten oder auf Europa gerichteten Atomraketen, mittlerer Reichweite und taktischer.

"NZ": Wie schätzen die Gewerkschaften der BRD die Friedensinitiativen der sozialistischen Länder ein, besonders ihr Programm, Streitkräfte und konventionelle Rüstungen in Europa zu reduzieren?

Ch. Götz: Im Kongreßbeschluß steht, daß der sowjetische Vorschlag, bis Ende dieses Jahrtausends alle Kernwaffen zu liquidieren, Gegenstand konstruktiver Verhandlungen werden muß. Man darf jedoch nicht zulassen, daß der stufen-

weise Abbau der Kernwaffen einhergeht mit einer Aufstockung der konventionellen Rüstungen. Wir meinen, man sollte beides reduzieren. Diese Idee kommt auch dem Programm entgegen, das die sozialistischen Länder in Budapest vorbrachten. Wir begrüßen es.

"NZ": Welche konkreten Forderungen stellen die Gewerkschaften an die Bundesregierung?

Ch. Götz: Wir haben dazu eine prinzipielle Haltung: Die Militärpolitik unseres Landes hat sich streng an Verteidigungszielen auszurichten. Alle Vorbereitungen, die aggressiven Charakter haben oder anderen den Vorwand liefern, sie als aggressiv einzuschätzen, sind unzulässig. Die Bundesrepublik muß Abstand nehmen von der Unterstützung einer Politik, die auf militärische Überlegenheit abzielt. Wir fordern von der Regierung, daß sie den Vertrag mit den USA über eine Beteiligung am SDI-Programm kündigt. Außerdem ist vom ökonomischen Standpunkt eine

Beteiligung an SDI für uns von keinerlei Nutzen.

Der Rüstungswettlauf absorbiert riesige Mittel, die für den sozialen Bereich fehlen. Wir fordern, den Militärhaushalt einzufrieren. Einfrieren ist der erste Schritt, ihm muß Abbau folgen.

"NZ": Nicht selten hört man, daß die Rüstungsproduktion Arbeitsplätze sichert.

Ch. Götz: Wir meinen, daß der Hinweis auf die Sicherung von Arbeitsplätzen kein Argument für mehr Rüstungsproduktion und mehr Rüstungsexport sein darf. Natürlich registrieren die Gewerkschaften die Befürchtungen der in der Rüstungsproduktion Beschäftigten. Wir haben schließlich über 2 Millionen Arbeitslose. Die Arbeitsplätze können jedoch auf andere Weise gesichert werden. Wir müssen Rüstungsbetriebe schrittweise auf Zivilproduktion umstellen. Die Gewerkschaften schlagen ein besonderes Bundesamt für Abrüstungsfragen vor. Diesem wäre die Vorbereitung einer solchen Umstellung zu übertragen.

"NZ": In der Bundesrepublik gibt es eine starke Friedensbewegung. Wie ist die Haltung des DGB zu dieser Bewegung?

Ch. Götz: Die Friedensbewegung vereint unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und Organisationen. Heute sind die Gewerkschaften ein wichtiger Bestandteil dieser Bewegung. Ich meine, unsere Aufgabe besteht darin, den Zusammenhang zwischen antimilitaristischen Aktionen und dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit, für soziale Gerechtigkeit in den Vordergrund zu stellen.

Düsseldorf

PERSONALIEN

Botschafter der UdSSR

in Äthiopien

Valentin Iwanowitsch DMITRIJEW



V. Dmitrijew, Russe, geboren am 27. Mai 1927 in Tiny, Rayon Nishneingaschski, Region Krassnojarsk. 1955 schloß er das Institut für Wasserbau in Odessa, 1971 die Parteihochschule beim ZK der KPdSU ab. Mitglied der KPdSU seit 1947. Kandidat des ZK der KPdSU, Abgeordneter des Obersten Sowjets der UdSSR, Mitglied des ZK der KP Lettlands, Abgeordneter des Obersten Sowjets der Lettischen SSR.

Von 1955 bis 1959 arbeitete er in Baubetrieben im Ural. Seit 1959 hauptamtlicher Parteifunktionär: von 1959 bis 1960 Sekretär des Kirower Stadtbezirksparteikomitees von Magnitogorsk, von 1962 bis 1970 1. Sekretär des Magnitogorsker Stadtparteikomitees, von 1970 bis 1979 1. Sekretär des Tscheljabinsker Stadtparteikomitees, von 1979 bis 1980 verantwortlicher Mitarbeiter im ZK der KPdSU. Von 1980 bis 1986 2. Sekretär des ZK der KP Lettlands.

V. Dmitrijew wurde mit dem Leninorden, dem Orden der Oktoberrevolution, dem Orden des Vaterländischen Krieges 2. Grades, dem Rotbannerorden der Arbeit und mehreren Medaillen ausgezeichnet.

Jedes Kilo

Metall,

jede Arbeitsstunde...

Als entschiedene Wende zu einer breiten Intensivierung — so charakterisiert die DDR das Wesen ihrer Wirtschaftspolitik. Ob Sie mit einem Arbeiter im Betrieb, mit einem Parteifunktionär, mit dem Leiter eines Ministeriums oder einem Wissenschaftler sprechen — jeder wird die Hauptzüge dieser Wende nennen: eine bedeutende Zunahme der Arbeitsproduktivität, die ständige Senkung des anteiligen Verbrauchs von Energie, Rohstoffen und Materialien, der Wunsch, immer mehr neue Erzeugnisse zu produzieren und die modernsten Technologien einzuführen.

Ohne Gießkanne

Manfred Thalemann ist Stellvertreter des Ministers für Werkzeugmaschinenbau der DDR. Genosse Thalemann hört sich unsere Fragen sehr aufmerksam an, gibt ausführliche Antworten. In seiner Jugend war er Dreher. Selbst in den kompliziertesten Zeichnungen und elektronischen Schaltbildern findet er sich sofort zurecht. Und in allen, ob Dreher, Konstrukteur oder Wirtschaftswissenschaftler, sieht er einen gleichberechtigten Gesprächspartner.

Thalemann gehört zu der Generation, deren Werdegang aufs engste mit dem der Republik verbunden ist. Arbeiter übernahmen die Schalthebel der Wirtschaft. Manfred Thalemann, Sohn eines Mechanikers, war einer der ersten Absolventen der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt.

Seine Erfahrungen als Leiter sammelte er in den zehn Jahren, als er stellvertretender Direktor des Kombinats "7. Oktober" in Berlin war. Das war zu einer Zeit, da die Republik das überholte System "Ministerium-Vereinigung-Betrieb" umbaute und zu einer neuen Form

der Leitung der Industrie — zur Bildung von Kombinat — übergang. Von dieser Zeit spricht Genosse Thalemann begeistert — wurde er ja zusammen mit anderen Organisatoren der Produktion mit den nicht geringen Schwierigkeiten der Umstrukturierung fertig.

In den Kombinat ist alles konzentriert, was unter dem Gesichtspunkt der Umstrukturierung eine Einheit bildet: Forschung, Projektierung, technologische Entwicklung, Produktion, Absatz und Export. Unter anderem erzeugen die Kombinate auch selbst Rationalisierungsmittel — eine wichtige Voraussetzung für die Beschleunigung und effektive Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

"Früher verfahren wir nach dem 'Gießkannenprinzip'. Damals wurden die Mittel für die Entwicklung eines Wirtschaftszweigs gleich oder in entsprechenden Anteilen gleichzeitig an eine Vielzahl von Klein-, Mittel- und Großbetrieben verteilt. Jeder Betrieb hatte seine Sorgen und Programme. Doch sie konnten in der Regel nicht vollständig realisiert werden — Gelder und Material reichten nicht, nicht immer gelang es, bedeutende wissenschaftlich-technische Kapazitäten zu konzentrieren. Wenn die Verteilung der Gelder auch gerecht aussah, sie führte im Grunde zu einer wenig effektiven Streuung der Mittel..."

Das Gießkannenprinzip wurde durch gezielte Investitionen ersetzt. Der Generaldirektor eines Kombinats, das gewöhnlich 10 bis 15 Betriebe vereint, verausgabte seine Ressourcen nicht für Kleinigkeiten, sondern konzentrierte sie auf die Erfüllung der wichtigsten und effektivsten Programme. Selbst wenn sie große einmalige Mittel verlangen, wirken sich die Ergebnisse sowohl auf die Produktion modernster Erzeugnisse als auch auf das technologische Potential aller Betriebe des Kombinats aus.

Die Entwicklung des Werkzeugmaschinenbaus geht unaufhaltsam in Richtung verstärkter Automatisierung. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung einer Zahnschleifmaschine im Kombinat "7. Oktober". Erstmals konnte sie mit einem elektrischen Antrieb versehen werden, wobei mehr als 100 gewöhnlich erforderliche Zahnräder überflüssig wurden und wodurch der Metallaufwand verringert wurde.

Die konzentrierte Nutzung der modernsten Technologien bewirkt eine rapide Steigerung der Arbeitsproduktivität, eine bedeutende Verbesserung der gesamten Organisation der Produktion und vergrößert ihre Exportmöglichkeiten. Die Erzeugnisse des Wirtschaftszweiges werden erneuert. Hierbei müssen sich die Leiter der Kombinate dafür einsetzen, daß der anteilige Materialverbrauch jedes neuen Erzeugnisses um 20 bis 40% niedriger, um 30 bis 40% weniger Arbeitszeit aufzuwenden und um 15 bis 20% der anteilige Energieverbrauch zu senken ist.

"Die Kombinate werden erfolgreich mit diesen nicht leichten Aufgaben fertig", sagte Genosse Thalemann. "Das aktuellste Beispiel ist ein Auftrag des Moskauer Automobilwerks 'Leninscher Komsomol' für das Kombinat 'Herbert Warnke' in Erfurt. Ein ganzes System von Schmiedepressen für die automatische Herstellung der gesamten Autokarosserie wird entwickelt. Dieses Projekt verlangte nicht geringe Mittel für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und den Einsatz neuer Stoffe. Bei der früheren Zersplitterung der Mittel hätte kein Betrieb des Kombinats ein derartiges Vorhaben ausführen können. Jetzt aber ist es Wirklichkeit."

In den rund 15 Jahren ihres Bestehens haben die Kombinate nicht wenig zur Erziehung der Werktätigen und zur Vervollkommen der Sozialpolitik beigetragen.

"Ich würde sagen", fuhr Genosse Thalemann fort, "daß gerade jetzt die Zeit der fruchtbaren Verwirklichung des denkwürdigen Gedankens Lenins gekommen ist, daß der Sozialismus dort beginnt, wo jeder um jedes Pud Getreide, Kohle und Eisen Sorge trägt. Ob er an der Werkbank steht, Roboter reguliert, die Konstruktion einer Taktstraße oder eines flexiblen Systems berechnet..."

Der Plan des laufenden Wirtschaftsjahres betont nicht nur die weitere Zunahme der quantitativen Kennziffern. Er — und das wohl ist das Wichtigste und Schwerste — sieht die Produktion von mehr Erzeugnissen höherer Qualität bei weitgehend unveränderten Rohstofffonds vor.

Wir kennen verschiedene Formen der Agitation für die rationelle Nutzung jeder Arbeitsminute. Es gibt Plakate, die zeigen, was eine verlorene Minute kostet, wieviel man in kurzer Zeit an einer Maschine, im Werk, in der Stadt, im Lande tun kann. Immer wieder werden Bummelanten, Schwätzer und Veranstalter endloser Arbeitspausen öffentlich angeprangert. Schließlich gibt es administrative Anweisungen und diverse Strafen. Doch bringen sie immer das gewünschte Ergebnis? Leider nicht...

Der Sekretär der Parteileitung der Werkzeugmaschinenfabrik in Leipzig, Genosse Pawlitzky, gab uns ein kleines Blatt Papier mit einer Computeraufstellung, einem Terminplan für die Nutzung

aufgewandt worden — statt der vorgesehenen 13 Stunden. 5 Stunden müssen also im kommenden Monat eingearbeitet werden.

Erforderlich sind die genau eingeplante Auslastung jedes Arbeitsplatzes, eine gut organisierte Versorgung mit Instrumenten und Material und eine sinnvolle Ausrüstung.

Doch vielleicht steht diese Werkzeugmacherei allein da? Und ist es wirklich so wichtig, daß so streng auf jede Arbeitsstunde geachtet wird?

"Diese Abteilung steht wirklich nicht allein da", antwortete Genosse Pawlitzky. "Durch die Einsparung von Arbeitszeit setzen wir im Maßstab des Werks, des Kombinats, der Republik

gleichbaren Funktionen. Um einen solchen Roboter zu produzieren, brauchen die Moskauer nur ein Bruchteil der Zeit wie die Berliner. 78 kg Metall benötigen die sowjetischen Werkzeugmaschinenbauer für die Schaffung eines Hub- und Senkwerkes, unsere Kollegen in der DDR aber doppelt soviel — 158 kg. Dafür wird in der DDR viel weniger Metall für die Umlenkrolle und den Roboterarm gebraucht als in der UdSSR.

... Aus den Toren des Waggonbauwerks in Ammendorf rollen Reisezugwagen des gleichen Typs wie in Kalinin. Doch die sowjetischen Waggonbauer wenden für die Herstellung der Karosserie 12,3 t Metall auf, in Ammendorf aber sind es 13,6 t — gut 10% mehr. Dafür wird hier für die Herstellung eines Waggons 8% weniger Arbeitszeit gebraucht als in Kalinin ...

... Oder nehmen wir 60-Watt-Glühlampen, die in Großproduktion in Brest und Berlin erzeugt werden. Auf 1000 Glühlampen werden in Berlin 10 Arten von Ausgangsstoffen viel wirtschaftlicher eingesetzt. In Brest aber geht man rationeller mit anderen Stoffen um, z. B. mit Lot und Argon.

Eine Gegenüberstellung des Arbeits-, Material- und Energieaufwandes für die Produktion entsprechender Erzeugnisse in unseren beiden Ländern ist ein effektives Mittel für die Intensivierung der Produktion und die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Stehen ja hinter den technisch-ökonomischen Kennziffern für die Produktion jedes Erzeugnisses in der Regel langjährige Erfahrungen. Der Überverbrauch oder die Einsparung von Material und Arbeitszeit bringen den Stand des technischen Denkens und der Technologie, organisatorische Erfolge oder Mißerfolge zum Ausdruck.

"Jetzt, da bei einer Gegenüberstellung diese Erfolge und Mißerfolge deutlich geworden sind", sagte der stellvertretende Leiter des Staatlichen Plankomitees der DDR, Karl-Heinz Richter, "ergeben sich für die Betriebsleiter und das ingenieurtechnische Personal neue Möglichkeiten für die weitere Vervollkommnung der Produktion."

Wenn man im Landmaschinenwerk von Ljuberzy die Analyse der Produktion von selbstfahrenden Schwadmähern im Kombinat-Landmaschinen "Fortschritt" sinnvoll nutzt, könnten in einem Jahr fast 9000 t Eisenmetall und bis zu 1500 t Stahlrohre eingespart werden. Einen großen Nutzeffekt verspricht der Fabrik in Königsee die Nutzung der Technologie des Moskauer Werkes "Freser", wo die mechanische Bearbeitung von Drillbohrern unterschiedlichen Durchmessers doppelt so schnell erfolgt.

Ein Vergleich der technologischen Erfolge und Mißerfolge beider Seiten ist für alle von Vorteil. Davon haben alle den Gewinn.

L. JELISSEJEW, B. PISTSCHIK
NZ-Korrespondenten



Im Kombinat Elektro-Apparate-Werke Berlin — Treptow "Friedrich Ebert" werden Relais ca. 100 verschiedener Modifikationen produziert. Allein in diesem Jahr sollen dort mit den gleichen Kräften 650 000 Relais mehr als im Vorjahr erzeugt werden.

Foto aus: "Neues Deutschland"

der Arbeitszeit in der Werkzeugmacherei, die Genosse Pawlitzky vor einigen Jahren leitete.

Die Arbeitszeit des Kollektivs ist in dem Terminplan für das ganze Jahr und für jeden Monat sehr detailliert festgehalten. So ist z. B. genau festgelegt, wie viele Stunden die Werkzeugmacherei arbeiten muß, um den Produktionsplan zu erfüllen. Eine gewisse Zahl von Überstunden ist vorgesehen, doch nur um einen gewissen Arbeitskräftemangel auszugleichen. Nur 13 Stunden monatlich sind vorgesehen, um Fehler zu korrigieren.

"Unsere Leute können sich ja auch einmal irren", kommentierte das Horst Pawlitzky. "Das ist zu berücksichtigen, damit die Arbeit in dem Produktionsabschnitt oder in der Abteilung später wie geplant abläuft."

In dem Monat, für den im Plan bereits die Bilanz gezogen wurde, waren für Fehler und Beseitigung von Ausschuß 18 Stunden von der Werkzeugabteilung

enorme Reserven für die Hebung der Arbeitsproduktivität frei. In der Industrie der DDR sind jetzt 3,2 Millionen Menschen beschäftigt. Wäre die Arbeitsproduktivität auf dem Stand von 1955 geblieben, müßten jetzt 17 Millionen Menschen in der Industrie tätig sein. Nicht von ungefähr stellte sich das Volk auch 1986 — im Jahr des XI. Parteitag der SED — die Aufgabe, über 500 Mio Arbeitsstunden einzusparen."

Vorteil für alle

Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der DDR hat schon solide Traditionen. Nötig werden immer neue Formen dieses Zusammenwirkens, insbesondere eine direkte Produktionskooperation und die Zusammenarbeit auf der Ebene der Betriebe.

... Das Werk "Krasny proletari" in Moskau und das Kombinat "7. Oktober" in Berlin erzeugen Roboter mit ver-

„Neue Grenze“

Viktor ZOPPI

Sonderkorrespondent der "Neuen Zeit"

Alles war genau wie bei Jorge Amado:

"Langsam zieht der Morgen herauf. Die bequeme Morgenröte reckt sich, öffnet die verschlafenen Augen einen Spalt breit, wirft ab und zu einen Blick zur Erde und kann sich nicht dazu aufrufen, ihre Pflicht zu tun. 'Ach wenn man richtig ausschlafen könnte!' Und so wandert die schlaftrunkene, gähnende Morgenröte über den Horizont und löscht Stern auf Stern mit einem Kuß. ... Dann weckt sie die Sonne..."

Die Sonne, die sich erholt hatte, während am schwarzen Himmel die blauen Sterne Dienst taten, erweckte eine Stadt aus dem Schlaf, der keine andere Stadt der Welt ähnlich ist.

Brasília. Die grandiose Schöpfung des genialen Oscar Niemeyer wagte es, die neue Hauptstadt eines grandiosen Landes mit grandioser Berufung und grandioser Zukunft zu werden. Phantastisch kühne urbanistische Lösungen, ein wie Orgelmusik harmonisches Zusammenspiel von Bauwerken, Wiesen und von Autobahnen, die auch im dichtesten Berufsverkehr keine Stau kennen, von Swimmingpools, Brücken und von Hainen seltener Bäume.

Mein Weg begann in Brasília. Ein kurzer Weg, von nur zwei Wochen, die zudem wie zwei Sekunden verflogen. Selbstverständlich konnte ich nur einen flüchtigen Blick ins Leben des Landes tun, das sich vorgenommen hat, bis Ende dieses Jahrtausends eine Großmacht zu werden.

Die UdSSR ihrerseits hat allen Grund, den politischen Dialog mit Brasilien zu erweitern sowie die Wirtschaftsbeziehungen und die beide Länder bereichernden Kulturkontakte rasch auszubauen.

Sibirien und Amazonien

Es war Mitte März. Nur ein paar Tage waren nach dem XXVII. Parteitag der KPdSU vergangen, der revolutionierende Perspektiven auf allen Lebensgebieten der sowjetischen Gesellschaft umrissen hatte. Wie denken die Brasilianer dar-

über? Ich konnte mich aus eigener Erfahrung überzeugen, daß dieses Ereignis im fernen Brasilien ein lebhaftes Echo hervorgerufen hatte, und mehrmals wurde ich aus einem Interviewer der Interviewte. Meine Gesprächspartner überschütteten mich mit Fragen nach unseren Plänen, unseren neuartigen Initiativen und der "neuen sowjetischen Grenze". In Brasilien ist "neue Grenze" ein Begriff, man gebraucht den Ausdruck, wenn die Rede von der Erschließung neuer Landesteile, von der Schaffung neuer Industrien oder von wissenschaftlichen Forschungen in neuen Richtungen ist.

Auf dem Schreibtisch des Vorsitzenden des Bundessenates lag eine aufgeschlagene Broschüre: der Politische Bericht des ZK der KPdSU an den XXVII. Parteitag. Darin waren Bleistiftnotizen zu sehen.

"Brasilien lebt nicht in einem Vakuum", sagte Jose Fragelli. "Es genügt noch nicht, die komplizierte Welt um uns zu verstehen, man muß auf der Höhe der Gebote unserer Zeit sein und eine verantwortungsbewußte Haltung einnehmen. Das aber verpflichtet u. a. dazu, dem Verhältnis Brasilien-UdSSR neue Ausmaße zu verleihen. Den Parteitag in Moskau verfolgte ich nach fragmentarischen, bei weitem nicht vollständigen

Zeitungsberichten. Dennoch habe ich begriffen, daß er ein nicht nur für euch, sondern für die ganze Welt herausragendes Ereignis war. Jetzt studiere ich den Politischen Bericht. Er bestärkt mich in der Meinung, daß die UdSSR in eine historisch neue Phase getreten ist. Beeindruckend ist, wie kühn die neue Planung und Organisation der Produktion angepackt, welche neuen Maßstäbe im Agrar-, Industrie- und Forschungssektor gesetzt werden. Kühne Pläne, das muß man schon sagen. Doch zugleich sind sie real und begründet. Ein Beweis dafür sehe ich auch in eurer selbstkritischen Position. Ihr habt keine Angst, die Dinge beim Namen zu nennen, und seid bemüht, das Beharrungsvermögen zu überwinden. Die ganze Welt blickt auf euch, auch Brasilien, obwohl wir nicht nur in der anderen Hemisphäre, sondern auch in einem anderen politischen System leben."

Nach einer Pause fuhr J. Fragelli fort: "Aber ob dieses oder jenes System, heute kommt es auf die Erkenntnis an, daß alle Länder und Völker ein gemeinsames Schicksal haben. Wir sehen den sowjetischen Plan, die Menschheit bis zum Jahr 2000 von Kernwaffen zu befreien, als überaus wichtig an. Ich weiß, daß viele denkende Menschen auch in den USA zu ihm positiv stehen. Wir in Brasilien sehen in diesem Plan zwei positive Momente. Erstens selbstverständlich eine reale Garantie gegen den nuklearen Untergang und zweitens die Möglichkeit, viele Probleme der Entwicklungsländer zu lösen, darunter auch Brasiliens, denn so oder so — meist gegen ihren Willen — finanzieren sie das Wettrüsten mit. Dabei haben wir dieses Geld bitter nötig: für den friedlichen Aufbau und für die Überwindung der sozialen Schwären Elend, Seuchen, Analphabetentum.

Bei all dem hat Brasilien eine recht hoch entwickelte Industrie geschaffen. Wenn ich den wirtschaftlichen Abschnitt des Politischen Berichtes lese, verstehe ich deshalb, daß unsere beiden Länder bei aller Unterschiedlichkeit ihrer Wirtschaftsstrukturen auch viele Ähnlichkeiten haben und einander ergänzen könnten. Ihr habt euer eiskaltes Sibirien. Wir haben Amazonien mit seinem unermeßlichen Wasserreichtum, den raubgierigen Selvas und der sengenden Sonne. Amazonien zu erschließen ist ebenso schwer wie Sibirien. Warum also nicht Erfahrungen austauschen? Man muß viel energischer Mittel zum Ausbau des Handels, der wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Kooperation suchen und finden.



Ich bin überzeugt, daß ideologische Meinungsverschiedenheiten keineswegs dazu zwingen, einander zu negieren. Zudem hat Brasilien mit dem eingefleischten Antikommunismus, der in den letzten 20 Jahren, unter der Herrschaft der Militärs, unsere Außenpolitik prägte, Schluß gemacht. Wir möchten die einseitige Orientierung auf die westliche Wirtschaft überwinden. Leicht ist das nicht. Aber Brasilien muß seinen eigenen Weg gehen, und gute Beziehungen zur UdSSR wären auf diesem Weg von großem Nutzen."

Ein Gigant mit Problemen

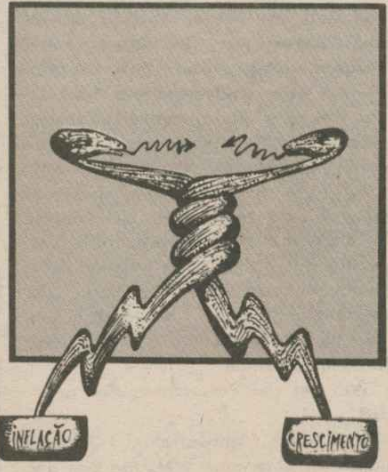
Geopolitiker gefallen sich in scholastischen Diskussionen darüber, ob Brasilien zu den Entwicklungs- oder zu den kapitalistischen Industriestaaten zu rechnen sei. Das Land kommt schnell voran und schlägt viele Rekorde im wirtschaftlichen Wachstum. Im vorigen Jahr nahm sein Bruttoprodukt beinahe um 8,5% zu — erster Platz in der kapitalistischen Welt! Brasilien steht an achter Stelle in der kapitalistischen Welt, was die Bruttoindustrieproduktion betrifft, kommt also gleich nach der führenden Sieben (USA, BRD, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Japan und Italien), jenen Staaten, die die Funktion eines weltweiten Direktoriums der nichtsozialistischen Welt für sich beanspruchen. Gegenwärtig ist Brasilien der zehntgrößte Produzent von Kraftfahrzeugen im Westen, wobei 96% davon mit aus dem Zucker gewonnenen Spirit betrieblen werden (die eigene Ölförderung ist gering und der Import viel zu teuer). Von Jahr zu Jahr erhöht das Land seinen Waffenexport (Panzer, Flugzeuge, Raketen, Schützenpanzerwagen, Mehrfachwerfer). Dieser Außenhandelsposten bringt dem Schatzamt 2,5 Mrd. Dollar im Jahr ein, und das ist nur etwas weniger als die Einnahmen aus dem Verkauf der "Kolonialwaren" Kaffee und Zucker. In kurzer Zeit rückte Brasilien in der Produktion moderner Informatik- und EDV-Mittel auf einen der ersten Plätze in der Welt.

Bei Rio de Janeiro ist das erste Kernkraftwerk Angra 1 in Betrieb, zwei weitere sind in Bau. Stürmisch werden die unerhört reichen Vorkommen an mineralischen Rohstoffen erschlossen. In diesem Prozeß werden neue Industriebetriebe, Eisenbahnstrecken, Hochseehäfen, Städte und Agrarkomplexe ins Leben gerufen.

Kurzum, Brasilien ist ein Gigant. Doch absorbiert dieser Gigant an Schwierigkeiten. Wirtschaftlicher Höchst- und Tiefstand liegen dicht beieinander. Im Jahr 1986 trat das Land mit der schwindelerregenden Außenschuld von 66 Mrd. Dollar ein; in den zwei

Jahrzehnten unter der Macht der Militärs war sie auf das 20fache gestiegen!

Viele von Brasiliens heutigen Kalamitäten sind ein Ergebnis dessen, daß man die Entwicklung des Landes in den USA nach den Postulaten der Chicagoer Wirtschaftsschule Milton Friedmans auszurichten suchte. In Brasilien wurden alle Voraussetzungen geschaffen, um dem Experiment mit einer Dauer von 20 Jahren den Erfolg zu sichern. An der Macht waren in den USA ausgebildete Militärs. Transnationale Konzerne, unter denen wiederum die US-amerikanischen führend waren, bestimmten unter Teilnahme westdeutscher, französischer, britischer und japanischer Monopole Richtung und Charakter der Wirtschaftstätigkeit. Die Überwachungsfunktion übte in ihrem Auftrag der Internationale Währungsfonds aus, der bekanntlich die dringlichen Sorgen der Menschen übersieht und jedem kreditnehmenden Staat seine Verhaltensregeln diktiert: kein Mitleid mit den Armen, ein Minimum an Sozialprogrammen, unbedingte vorrangige Förderung des privaten Sektors, unkontrollierte Einfuhr von Privatkapital und uneingeschränkte Ausfuhr von Profiten. Ronald Reagan belehrte gelegentlich die "unterentwickelten" Länder: "Sie müssen das Reglementieren aufgeben; es gilt zu liberalisieren, dann wird alles gut sein."



Auf diese "friedliche" Weise bestanden in Brasilien Wirtschaftswachstum und Inflation nebeneinander.
"Diário de Notícias" (Portugal)

Und das Militärregime ging nach diesem Rezept vor — zu großem Vorteil der transnationalen Konzerne, wobei man auch die eigene Tasche nicht vergaß.

Das Militärregime hinterließ eine sozialökonomische Situation, die keineswegs positiv zu nennen war. Das Einkommen von 31 Millionen Brasilianern liegt unter dem Existenzminimum; 50%

der Bevölkerung erhalten nur 3% des Nationaleinkommens, die 10% Privilegierten dagegen 51%. Einem Prozent der Großgrundbesitzer gehört beinahe die Hälfte des bestellten Bodens. Das paßt dem IWF durchaus — sehr zum Unterschied von den Brasilianern, die das portugiesische Fonds-Kürzel FMI auf die Anfangsbuchstaben von fome (Hunger), miserie (Elend), inflasao zurückführen.

Als im März 1985 die Uhrzeiger der Militärdiktatur stehenblieben, bedeutete das, daß die Brasilianer nicht gewillt waren, Hunger, Elend und Inflation weiter hinzunehmen.

Zeilen auf unbeschriebenem Blatt

Die ersten Schritte der neuen Republik zu ihrer "neuen Grenze" standen im Zeichen dramatischer Ereignisse. Der im Januar 1985 zum Präsidenten gewählte Tancredo Nevis — der erste zivile Präsident seit 20 Jahren — genoß im Volk große Achtung. Seine Vorhaben, sein Projekt der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes waren von seinen demokratischen Ansichten und seinem Streben diktiert, Brasilien auf die Beine zu helfen, sein gigantisches menschliches Potential freizusetzen und seine unerschöpflichen Naturressourcen in den Dienst einer wirklich unabhängigen Entwicklung zu stellen. Doch Tancredo Nevis starb, noch bevor er vereidigt worden war.

Laut Gesetz wurde Vizepräsident Jose Sarney Staatschef. Als Sarney das Präsidentenamt antrat, streikten in Sao Paulo 250 000 Metallarbeiter. In jenen turbulenten Tagen schrieb die Pariser Wochenschrift "L'Express": "Ein unbeschriebenes Blatt. Tancredo Nevis sah sich einer gigantischen Aufgabe gegenüber, doch war es ihm nicht vergönnt, sie zu lösen. Werden sich seine 'Waisen' darauf verstehen, das an seiner Statt zu tun? Oder werden sie, nachdem die durch Trauer und Anstand am Katafalk zementierte heilige Einheit vergessen und die Tränen getrocknet sein werden, sich den Dämonen der politischen Rivalität ergeben? Die Erbschaft eines Mannes, der Brasilien nur einen Funken Hoffnung hatte schenken können, zerstückeln?"

Damals rechneten viele im Westen damit, mit Nevis' Tod würde auch die Hoffnung auf die Wiederherstellung der Demokratie in Brasilien, auf seinen selbständigen Kurs eingehen.

Diese Rechnung ging nicht auf. Seine Erbschaft wurde Sarney und seiner Regierung Anleitung zum Handeln. Das unbeschriebene Blatt wies bald recht wichtige Aufzeichnungen auf. Erstmals schleuderte Brasilien dem IWF ein entschlossenes Nein entgegen.

Im Oktober 1985 erklärte Jose Sarney:



Brasília kennt keine Stau.

Foto: TASS

"... In Brasilien besteht eine demokratische Regierung, die nur realisierbare Abkommen unterzeichnen wird... Bei den Verhandlungen im IWF und mit einem Konsortium von Kreditbanken werden wir in für uns lebenswichtigen Punkten keine Zugeständnisse machen. Der wichtigste ist, vom Ziel — 5prozentige wirtschaftliche Wachstumsrate — nicht abzuweichen. In diesen Breiten kann man von einem Nullwachstum" (wie der IWF es forderte) "und erst recht von einer weiteren Kürzung der Ausgaben für medizinische Hilfe und Bildung, für die Hilfe an die von einer Dürre heimgesuchten Bundesstaaten im Norden und Osten, von einer Kürzung der Bewilligungen für das Programm der Agrarreform nicht sprechen. Dürfen wir denn von 'hartem Sparen' sprechen und eine jahrelange Depression in Kauf nehmen, wenn bei uns 13 Millionen arbeitslos sind und 31 Millionen Beschäftigte nicht einmal den Mindestlohn haben?.. In den letzten 30 Jahren wurden die Reichen in Brasilien noch reicher, die Armen noch ärmer... Wir müssen eine Offensive auf das Elend entfalten und verhindern, daß Millionen Brasilianer verhungern oder aus Mangel an medizinischer Hilfe sterben."

Die sozialökonomischen Prioritäten sprachen eine gebieterischere Sprache als der IWF. Doch bleibt Brasilien noch immer ein kontrastreiches Land. Die Kontraste können nicht nebeneinanderbestehen und auch nicht einander ignorieren. In nächster Nähe vom Weichbild Brasílias mit seinen klimatisierten Kristallpalästen liegen schon seit langem die Favelas — aus Blech und

Sperrholz gebastelte Hütten ohne Wasser und Elektrizität. Im Zentrum der Hauptstadt sah ich nackte Kinder, die das Laufen noch nicht, aber das Betteln schon gelernt haben. Auf krummen rachitischen Beinchen torkelten sie in der Nähe eines märchenhaft reichen Handelszentrums, einem ganzen Viertel von großen und kleinen Geschäften, Restaurants und Kinos, herum. Einige Kunden warfen den Kleinen im Hinausgehen ein paar Münzen. Es kam zu einem Gerangel, der Sieger stolzierte zu seiner ausgemergelten Mutter, die auf einem direkt auf dem Gehsteig hingebreiteten Fetzen Stoff saß. Sie erhob sich und trat auf einen großen Kessel zu, in welchem ein verschrumpelter barfüßiger Alter Maiskolben kochte. Es begann ein Festessen.

Der Cruzado

In der Nacht zum 1. März unterzeichnete Präsident Sarney einen Erlaß, der berufen ist, vieles zu verändern.

"Der durch den Präsidentenerlaß verkündete Plan der wirtschaftlichen Stabilisierung ergab sich daraus, daß wir vom Militärregime überaus schwere Bedingungen ererbt hatten", sagte mir Jose Frederico Alvares, Leiter der Abteilung Außenhandel im Finanzministerium. "Erstens mußte die Währung stabilisiert werden, die unter ungeheurem Druck stand und im In- und Ausland schwer kompromittiert war. Die schwer angeschlagene Dollarparität des Cruzeiro bewirkte eine weitverbreitete Spekulation. Das war ein unheilverkündendes Anzeichen einer schweren Wirtschaftskrankheit, denn das Geld wurde nicht zu produktiven und rentablen Investitionen, und das machte unsere Wirtschaft außerordentlich verwundbar und unstabil. Die Inflation nahm sprunghaft zu, die Reallöhne der Werktätigen sanken ununterbrochen. Alle drei Monate mußte die Regierung die Löhne erhöhen."

"Was hat der Präsidentenerlaß geändert?"

"Statt des entwerteten Cruzeiro führten wir eine neue Währung ein: den Cruzado, der gleich 1000 Cruzeiro ist."

"Einfachheitshalber? Um bei den Verrechnungen die vielen Nullen zu eliminieren?"

"Auch das, aber das ist ein nur formeller Grund. Das Wichtigste bestand darin, daß unsere neue Währung eine feste Dollarparität erlangt hat. Das stoppte die Inflation sofort und reduzierte sie im Grunde auf Null."

"Das war wohl nicht alles?"

"Nein. Von noch größerer Bedeutung war wahrscheinlich der Beschluß, die Preise für Waren und Dienstleistungen entsprechend den Löhnen einzufrieren."

"Gewisse Beobachter in Westeuropa z. B. nannten das Schocktherapie, andere redeten sogar von antidemokratisch."

"Das stimmt nicht. Der Erlaß setzte dem stürmischen Anwachen von Preisen und Inflation ein Ende und sicherte so eine höhere Kauffähigkeit der Bevölkerung. Auch das mit antidemokratisch ist natürlich Unsinn. Sobald die erste Überraschung vorbei war, wurde klar, daß die Reform ein harter, aber wohlverdienter Schlag gegen die Schieber war. Zugleich gibt sie denen, die sich ihre Existenz erarbeiten, eine Atempause. Doch noch wichtiger und grundsätzlich neu für die wirtschaftliche Praxis war meines Erachtens, daß die Masse der werktätigen Käufer die reale Möglichkeit erhielt, die Marktlage zu kontrollieren."

"Ich habe in Geschäften Menschen mit der vom Erlaß festgelegten Preistabelle in der Hand gesehen. Die Käufer sehen zuerst in der Tabelle nach, was eine Ware kosten soll, dann vergleichen sie diese Zahl mit dem Preisetikett. Wozu dieses etwas verwinkelte Verfahren?"

"Das Verfahren ist sehr nützlich. Jedem Brasilianer wurde gesagt: Sobald du eine willkürliche Preisüberhöhung entdeckst, mußt du das den Finanzorganen bzw., noch einfacher, dem nächsten Polizisten melden, der das Recht und die Pflicht hat, den Täter finanziell zu bestrafen und ihn vielleicht sogar gerichtlich zur Verantwortung ziehen zu lassen."

"Funktioniert das?"

"Jawohl, sogar sehr effektiv. Der Verbraucher kontrolliert, der Staat ist der Schiedsrichter. Bereits mehrere tausend Handelsbetriebe wurden mit einer Strafe belegt und viele, darunter ausländische, einfach geschlossen und verklagt."

Cruzado ist im Boxerjargon soviel wie Haken. Die Reform vom 1. März 1986 schlug vielen Auslandsfirmen, die sich an der Inflation gesundstießen, einen recht empfindlichen Haken.

Der kühne Schritt der Regierung Sarney ist im Grunde ein Schlag gegen das System der imperialistischen Knechtung Brasiliens. Gegenwärtig läuft ein Programm der wirtschaftlichen Sanierung mit einer umfassenden Perspektive. Bei der Ausarbeitung des Programms vermochte es Brasilien, sich mit einigen Privatbanken zu verständigen und eine Umschuldung unter Umgehung des IWF, dieses aufdringlichen Vermittlers des internationalen Kapitals, zu erzielen. Das Land stellt die Wirtschaftsentwicklung an erste Stelle. Wäre das nicht geschehen, so hätte die brasilianische Wirtschaft auch künftig nur dafür gearbeitet, die Schulden zu tilgen, während die Lösung der komplizierten nationalen Aufgaben in weite Ferne entrückt geblieben wäre.

(Schluß folgt)

DISKUSSION MIT DEM LESER

Bei allem Wohlwollen für Ihr Land muß ich doch sehr zweifeln, ob es Ihnen gelingt, die führenden Länder des Westens, was den wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Fortschritt angeht, zu überholen. Heißt das nicht, daß das, wie Sie sagen, imperialistische System effektiver und lebensfähiger als das kommunistische ist?

W. Mitchell
Los Angeles, USA



Es diskutiert
Dr. phil.
Leonid GOLOWANOW

Zunächst einmal, Herr Mitchell, erscheint mir die Fragestellung selbst etwas gekünstelt. Ich weiß allerdings, daß Sie mit Ihrer Frage nicht allein dastehen. "Holt Ihr ein, oder holt Ihr nicht ein?" Das ist, als würde man uns einladen, auf einen geraden Weg ins Paradies rauschenden Zug aufzuspringen, und als gäbe es absolut keinen anderen Weg. Wir haben unseren eigenen Zug, unsere eigenen Schienen und unseren eigenen Bestimmungsort. Wollte ich mich Ihrer Wortwahl bedienen, könnte ich auch fragen: Wann holen uns eigentlich die "führenden Länder des Westens" ein, z.B. im Bereich der sozialen Gerechtigkeit, oder, was den Umgang mit nationalen Minderheiten angeht? Auf ihren heutigen Schienen nie.

Entschuldigen Sie bitte die kleine Abschweifung. Ich möchte nur bemerken, daß unter den Bedingungen eines sozialistischen Gesellschaftssystems der Inhalt der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung völlig anders ist, als in Ihrem Land, wo dieser Prozeß ein hohes Niveau erreicht hat. Entwicklung und Fortschritt bedeuten jedoch nicht dasselbe. Entwicklung führt nur dann zu echtem Fortschritt, wenn sie sich für die ganze Gesellschaft als nützlich erweist, und nicht nur für einzelne privilegierte Klassen und Schichten. Fortschritt ist das nicht, wenn die wissenschaftlich-technische Revolution Arbeitslosig-

keit hervorbringt und Menschen zwingt, von Almosen zu leben und sie damit ihrer Menschenwürde beraubt. Man kann eine Situation nicht Fortschritt nennen, in der die kapitalistischen Industrieländer sich parasitär an wirtschaftlich rückständigen Ländern der dritten Welt sättigen, indem sie deren Völker ausbeuten und ihre Naturreichtümer rauben. Welcher Fortschritt ist eigentlich gemeint, wenn Forschung und Lehre, wenn das Werk arbeitender Menschen, wenn riesige materielle Mittel bewußt und zielstrebig für die Produktion von Rüstung und Überrüstung genutzt werden, die jedes gesellschaftliche System, die ganze Menschheit in ihrer Existenz bedrohen?

Wir haben auch keinen Minderwertigkeitskomplex, wenn wir bei einer Gegenüberstellung mit den kapitalistischen Industriestaaten unseren realen Rückstand auf einigen wichtigen Gebieten konstatieren. Darüber sprechen wir offen, selbstkritisch und polemisch. Wir suchen und finden die Ursache unserer Mängel und drücken bei hausgemachten Fehl kalkulationen kein Auge mehr zu. Wir haben einen wirklich revolutionären Umbau der Volkswirtschaft eingeleitet und rechnen fest damit, daß es uns bis zum Ende des Jahrhunderts gelingen wird, das wirtschaftliche Potential des Landes zu verdoppeln.

Wenn wir wirklich zurückgeblieben sind, Herr Mitchell, dann nicht nur hinter dem Westen, sondern hinter uns selbst. Denn, durch objektive und subjektive Gründe bedingt, wurden wir nicht fertig mit der Aufgabe, das uns zur Verfügung stehende materielle und intellektuelle Potential eines sozialistischen Systems voll und rationell einzusetzen. Die ausgediente extensive Entwicklung machte der intensiven nicht rechtzeitig Platz. Ressortgeist hat in beträchtlichem Umfang über gesamt nationale Interessen die Oberhand gewonnen und behinderte die Überleitung von In-

vestitionen und materiellen Ressourcen auf aussichtsreiche Wirtschaftszweige. Das wirkte sich auf das Tempo der wissenschaftlich-technischen Revolution aus und auf die Nutzung ihrer Ergebnisse für die sozialistische Wirtschaftspraxis.

Wir betreiben jedoch keine Selbstgeißelung. Wir suchen vielmehr eine Antwort auf die Herausforderung der Zeit. Darin liegt der Inhalt der Pläne unseres wirtschaftlichen Aufbaus, die auf dem 27. Parteitag der KPdSU beschlossen wurden. Im Juni 1986 orientierte ein ordentliches Plenum des ZK unserer Partei auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion mit intensiven Mitteln auf der Grundlage beschleunigter Einführung wissenschaftlich-technischer Neuerungen. Bis 1990 soll der Gerätebau auf das 1,7fache steigen. Die Produktion von Rechentechnik soll sich mehr als verdoppeln. Damit wollen wir erreichen, daß die Wissenschaft schneller und effektiver für Industrie und Landwirtschaft nutzbar gemacht wird. Bereits im vorigen Jahrhundert kennzeichnete Marx den Produktionsprozeß der Zukunft als "Experimentalwissenschaft, materiell schöpferische und sich vergegenständlichende Wissenschaft." Dieses Ziel haben wir uns gesetzt.

Nicht der "Warenfetischismus", nicht der Profit, sondern der Mensch, der seine schöpferischen Fähigkeiten voll entfaltet, der Mensch als wichtigstes "Kapital" der Gesellschaft, ist Gegenstand unserer Bemühungen, Bestimmungsort unseres an Tempo gewinnenden Zuges. Er fährt nach eigenem Fahrplan. Das, werter Herr Mitchell, ist das Wichtigste. 1932 schrieb der Vorstandsvorsitzende der englischen United Dominion-Bank, Gibbons: "...ich bin weder Kommunist noch Bolschewik, sondern erklärter Kapitalist und Individualist... Rußland macht Fortschritte..., den Fünfjahrplan verlachte man und sagte sein Scheitern voraus. Unter den Bedingungen des Fünfjahrplans wurde jedoch mehr erreicht, als vorgesehen. Unterschätzt die russischen Pläne nicht! Rußland ist ein Land von erstaunlicher Aktivität." Mit dieser auch heute noch gültigen Ansicht eines englischen Bankiers erlauben Sie mir vielleicht, die Diskussion zu beenden. ■

SICHERHEIT FÜR EUROPÄER, SICHERHEIT FÜR ALLE

Die populäre Sendung des Zentralen Fernsehens der Sowjetunion, "9. Studio", veranstaltete vor kurzem eine Diskussion über Fragen der Entspannung in Europa, die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und andere hochaktuelle weltpolitische Probleme. Die Sendung fand ein starkes Echo. Für unsere ausländischen Leser bringen wir den 2. Teil dieser Diskussion.

V. FALIN. Es ist natürlich sehr angenehm zu hören, was Egon Bahr sagt: daß der Kampf weitergeht. Doch weist dieser Kampf gewisse Momente auf, die wir nicht übersehen können, weil er nicht erst gestern begonnen hat. Nach 1945 endete dieser Kampf mit der bekannten Position, die Baruch so formulierte: "Worauf es ankommt, ist nicht, daß wir im Unrecht, sondern daß wir stark sind."

Ich bin freilich nicht so sicher, daß besagter Kampf noch immer im Heranreifen ist, daß er sich nicht bereits auf bestimmte Militärdoktrinen auswirkt. So enthält die jüngste, in diesem Januar veröffentlichte Doktrin für die US-Seestreitkräfte die These, daß die Vereinigten Staaten in globalen Ausmaßen eine Politik des Balancierens am Rande des Krieges durchführen — so steht es im Dokument. Wenn dem so ist und wenn der Chef des Stabes der US-Seestreitkräfte das erklärt, ist dieser Kampf mehr als nur eine Diskussion, eher schon eine bestimmte Haltung, auf jeden Fall eine bestimmte Richtung im Aufbau der Streitkräfte. Das ist wohl nicht so leicht zu nehmen.

Und schließlich sprachen wir hier davon, welcher Platz Europa in diesen neoglobalistischen Konzeptionen der Vereinigten Staaten eingeräumt ist und ob das nicht bestimmte Gefahren in sich birgt.

Nun wissen wir aus den Nachkriegsdoktrinen der USA, daß Europa als Vorneverteidigungslinie betrachtet wird. Aber ob Vorneverteidigung oder nicht — das ist ja keine rein geographische Frage, nicht nur die Linie, an der die Truppen disloziert sind. Vorneverteidigung ist auch noch ein Mechanismus, um dem Gegner zuvorkommen, eine Konzeption, die Konzeption von Präventivschlägen. Maßnahmen werden getroffen, das können wir mehreren amerikanischen Dokumenten aus einer gewissen Zeit, von denen jetzt der Geheimhaltungsgrad aufgehoben ist, entnehmen. Darin heißt es, man müsse seine Vorzüge benutzen und in einem Moment davon Gebrauch machen, da der potentielle Gegner noch keine Gegenmittel zu diesen Vorzügen habe. Auch das ist Vorneverteidigung.

Deshalb ist diese Frage recht kompliziert, man kann sie in vertikaler und in horizontaler Richtung betrachten, eine eindeutige Antwort gibt es darauf nicht. Auf jeden Fall würden es alle in Moskau nur begrüßen, wenn, sagen wir, die Anhänger der Herbeiführung der Sicherheit durch Zusammenarbeit in Washington die Oberhand gewinnen.

D. OWEN. Beide Seiten könnten ihre Dokumente austauschen. Ich kann Zitate aus einer Erklärung der

sowjetischen Admirale über die Erhöhung der Macht und Aktivität der sowjetischen Flotte in der ganzen Welt anführen. Ich kann Dokumente über die sowjetische militärische Planung demonstrieren, die den Eindruck erwecken, als würde ein Kernwaffeneinsatz geplant. Doch ich glaube nicht, daß wir so vorankommen, und dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Die Militärs der beiden Seiten befassen sich mit ihren militärischen Angelegenheiten.

Viel wichtiger ist die Position der politischen Führung in der Frage unserer gegenseitigen Beziehungen. Spricht man von Europa, so glaube ich, daß diese Beziehungen gewissermaßen vorausbestimmt sind. Die Teilung Europas im Ergebnis des Krieges mag uns nicht gefallen, aber im weiteren Sinne des Wortes ist diese Tatsache akzeptiert worden. Ebenso wie die Idee, daß beliebige Veränderungen in Europa durch Evolution und nicht durch Revolution eintreten müssen und können. Wir wissen, welche Beschränkungen hier bestehen, und gerade das bestimmt unseren Standpunkt zu den Ereignissen, die seinerzeit in der Tschechoslowakei, in Ungarn und Polen Platz hatten.

Probleme kommen in anderen Fällen auf, etwa im Fall Nikaragua — in einem Land, das nach Ansicht der USA zu ihrer Interessensphäre gehört. Mit dieser Begründung verfolgen die USA eine Politik, die von sehr vielen kritisiert wird, in der Sowjetunion ebenso wie in der dritten Welt und in anderen Ländern. Dafür betrachtet Ihr Afghanistan als Eure Interessensphäre. Und habt — das meinen nicht nur wir, nicht nur der Westen, sondern auch viele Länder der dritten Welt — in die Angelegenheiten Afghanistans eingegriffen.

Meines Erachtens müssen jetzt die USA und die UdSSR in Betracht ziehen, daß gegenwärtig eine dritte Stimme, die Stimme der paktfreien Staaten, in den internationalen Angelegenheiten erhoben wird. Diese Länder stehen sehr kritisch sowohl zur Politik der USA in Nikaragua als auch zur sowjetischen Politik in Afghanistan. Ich glaube nicht, daß die dritte, besonders die paktfreie Welt diese Doktrin von Einflußsphären, die über die Grenzen der traditionell und historisch entstandenen Zonen des vorherrschenden Einflusses der USA oder der UdSSR hinausgehen, auch künftig hinnehmen wird. Damit wird für die Supermächte wohl eine Zeit der Beschränkung anbrechen.

G. ARBATOW. Diese Doktrin wurde nur von Sonnenfeld vertreten. Wir haben sie nie akzeptiert, eine solche Aufteilung der Einflußsphären.

D. OWEN. Dennoch mischt Ihr Euch schon seit sehr vielen Jahren in die Angelegenheiten Afghanistans ein.

V. FALIN. Das ist ein anderes Thema.

D. OWEN. Aber Ihr habt beschlossen, daß Ihr Eure Position schützen müßt, und Ihr setztet und setztet und setzt

bis heute sowjetische Truppen in Afghanistan ein. Die USA beziehen eine ähnliche — von mir nicht geteilte — Position: daß sie besondere Interessen in Nikaragua haben, sie benutzen ihren Einfluß zur Destabilisierung und glauben, daß sie auf diese Weise dort ihre Interessen verteidigen — so, wie sie es sich vorstellen. Wir sollten mit dieser Erweiterung des Einflusses sehr vorsichtig sein und den Terminus "Einflußzonen" vergessen. Ich bin damit einverstanden, daß er unterschiedlich ausgelegt werden kann. Was jetzt not tut, ist eine Beschränkung des Einflusses der Supermächte außerhalb bestimmter Räume. Indien, Afrika, die Länder Asiens erheben ihre Stimme immer lauter. Das ist wichtig. Und die sowjetische Diplomatie muß das in gleichem Maße berücksichtigen wie die US-Diplomatie. Sehr wichtig ist das auch für Europa. Die Europäische Gemeinschaft erarbeitet in ihrer Politik bzw. in ihren Beziehungen zur DDR, zu Ungarn und anderen Ländern eine etwas andere, die europäische Position. Sie bildet sich langsam heraus, doch die Sache kommt voran, und dank diesem Prozeß wird die Welt meiner Meinung nach fesselnder. Wird sich Europa auf die Einheit hin bewegen, so wird es großen Einfluß erlangen. Ich glaube nicht, daß wir es auch weiter mit einer ebenso geteilten Welt zu tun haben werden, in der die USA und die UdSSR auch weiter die Rolle der Supermächte spielen. Diese beiden Großmächte sehen ein, daß ihr Einfluß begrenzt ist.

G. ARBATOW. Was das letztere angeht, so haben wir da keine Zweifel. Wir sind nicht allmächtig, haben keine imperialen Pläne und erkennen die Situation alles in allem gut. Das folgt aus all unseren Schritten und wird in letzter Zeit besonders klar, und aus unserer gesamten Doktrin, die dargelegt wurde: aus der Doktrin der Sicherheit. Anhand von Dokumenten unseres Parteitagess will ich das, was Sie sagten, David kommentieren.

Wissen Sie, wovon hier, was unsere Seite betrifft, u. a. die Rede ist? Davon, was mit der Bewältigung des alten Denkens verbunden ist. Wie Sie verstehen, können die Grenzgebiete manchmal als besonders anfällige Gebiete betrachtet werden, das ist natürlich, das tut jedes Land schon aus den Gründen der Sicherheit, erst recht ein Land, das sehr viel ertragen und oftmals erlebt hat, wie diese Sicherheit gefährdet wurde. Je weiter wir auf dem Weg einer solchen Sicherheit für alle gehen werden, desto mehr wird die Angst vor der Gefahr zurückgehen und eine desto geringere Rolle werden solche Erwägungen spielen. Das aber, was sich in Amerika abspielt, wovon Egon sprach, der Unilateralismus, ist am ehesten die Anmaßung des Rechts, über die internationalen Angelegenheiten selbstherrlich zu entscheiden, ausgehend ausschließlich von eigenen Interessen und den Vorstellungen von diesen Interessen und ungeachtet der Interessen anderer Länder. Ja, in Amerika ist das anders. Vorläufig wurde in diesem Sinne recht vorsichtig, ich würde sogar sagen, feige vorgegangen. Vorläufig befanden sich unter den Objekten Länder, in denen die USA höchstens ein paar Dutzend Menschenleben riskierten: Grenada, Libyen, Nikaragua — dort werden überhaupt hauptsächlich Söldner vorgeschickt.

V. FALIN. In Libanon aber...

G. ARBATOW. Je weiter, desto mehr... Libanon ist ja symptomatisch, dort kamen mehr als 200 Marineinfanteristen um, und sofort wichen die Amerikaner aus. Denn das Vietnam-Syndrom wirkt noch nach, in Amerika fürchtet man sich davor, hat das nicht vergessen, will keine Wiederholung. Aber was jetzt Konturen annimmt und mich beunruhigt — und, wie ich verstanden habe, auch Sie beunruhigt —, was sich jetzt zu einer Art selektiver Doktrin im Hinblick auf drei oder vier Objekte gestaltet, das läßt sich schon doktrinartig und konzeptionell an, als allgemeine Plattform für die Politik gegenüber der gesamten Welt. Man dürfe alles, was man wolle, was man für sein Interesse halte, und brauche sich an die anderen nicht zu scheren. Insofern steht dieser Unilateralismus in krassem Gegensatz zur Konzeption der Sicherheit für alle. Genauso wie der Neoglobalismus das Gegenstück zur friedlichen Koexistenz, die Anmaßung des Rechts ist, die innere Ordnung jener Länder, in denen sie einem mißfällt, zu ändern.

V. FALIN. Hier gibt es ein weiteres wesentliches Moment. Erstens ist das Streben nach Einflußsphären, das uns zugeschrieben wird, eine grundsätzlich falsche Theorie. Wir wollen ja keine eigenen Einflußsphären, was wir wollen, sind normale gute Beziehungen zu allen, vor allem den benachbarten Staaten.

Zweitens. Unsere Hilfe für Afghanistan datiert seit 1978, die bewaffnete Hilfe seit 1979, während die amerikanische Einmischung, die von den Amerikanern organisierte bewaffnete Einmischung in die Angelegenheiten Afghanistans 1976 einsetzte — wenn man genau sein und von Tatsachen ausgehen will.

Und drittens sind wir bereit, unser Kontingent jederzeit aus Afghanistan zurückzuziehen.

G. ARBATOW. Nicht bloß bereit, denn wir arbeiten darauf hin!

V. SORIN. Es ist absurd, zwischen Afghanistan und Nikaragua ein Gleichheitszeichen zu setzen. Im ersten Fall handelt es sich um Hilfe für eine legitime Regierung, im zweiten um eine Aggression gegen eine legitime Regierung.

V. FALIN. Wir stellen nur eine einzige Bedingung: Beendigung der Einmischung von außen. Was Nikaragua betrifft, so beanspruchen die USA faktisch das Recht, sich auch in Zukunft in die Angelegenheiten dieses Staates von außen einzumischen, immer noch nach der Theorie, die Außenminister Shultz nach dem US-Überfall auf Grenada formuliert hat: Nach Grenada werde die Welt anders sein, als sie vor Grenada war. So wurde das gesagt.

D. OWEN. Grenada ist eine kleine Insel, wohin die USA von den Nachbarländern eingeladen wurden, damit sie dort mit einer inneren Rebellion aufräumen.

G. ARBATOW. Ich glaube, daß die USA zuerst die Nachbarländer gebeten haben, sich zu bitten, um dorthin gehen zu können.

V. FALIN. Ja, in diesem Fall könnte man — anknüpfend an Call-Girls, sogar von Call-Boys — sprechen...

D. OWEN. Aber im Vergleich mit Afghanistan hatte das ganz andere Ausmaß. Und im Grunde ist das ein anderes Problem als Nikaragua. Im Hinblick auf dieses Land sagen die USA zu ihrer Verteidigung, daß sie über den kubanischen Einfluß besorgt waren. Ich verteidige die US-Position gegenüber Nikaragua nicht, hoffe aber, daß auch Sie die fortdauernde sowjetische Präsenz in Afghanistan nicht verteidigen werden. Wir können begreifen, weshalb diese Probleme aufkamen. Eine islamische Revolution begann. Sie erfaßte zuerst Iran, dann mehrere andere Länder, worauf sie Afghanistan zu bedrohen begann. Ich stimme Ihnen zu, daß das für Euch ein Problem bedeutete, spielte sich doch das Ganze an Eurer Grenze ab, und ich verstehe dieses Problem. Ich meine nicht, daß Ihr aus offensiven Motiven handeltet und neue Territorien erhalten wolltet. Offen gesagt denke ich, daß Ihr aus defensiven Erwägungen heraus handeltet. Fakt ist und bleibt jedoch, daß Ihr dort steht. Ich will nur sagen, daß die paktfreien Länder, ganz zu schweigen von Großbritannien, Westdeutschland oder anderen, die Sowjetunion wegen ihrer Präsenz in Afghanistan und die USA wegen der Intervention in Nikaragua kritisieren. Wir sollten auf die Stimme der paktfreien Staaten, der Länder der dritten Welt achtgeben. Meiner Meinung nach urteilen sie in beiden Fällen gerecht.

E. BAHR. Wir sollten vielleicht nicht so viel über Afghanistan, Nikaragua, Grenada usw. streiten. Lassen Sie uns zu Ihrer Frage zurückkehren. Hoffentlich zeigen sich die westeuropäischen Länder stark genug, um beliebigen Formen des amerikanischen Unilateralismus in Europa entgegenzutreten. Dies ist mein Standpunkt. Ich habe jene, die jetzt über mein Schicksal entscheiden, nicht gewählt, nicht für sie gestimmt. Das bezieht sich auch auf die Kernwaffen. Ich möchte mich wirklich davon befreien. Zudem würde das eine Minderung der potentiellen Bedrohung bedeuten, die die konventionellen Rüstungen und die Streitkräfte des Warschauer Pakts für die westeuropäischen Länder bilden. Das ist die Basis, die Ihr Generalsekretär geschaffen hat.

Lassen Sie uns über diesen Fragenkreis verhandeln. Das könnte die Lage in Europa ändern. Eine Vereinbarung in diesem Bereich wäre selbst dann noch wertvoll, wenn die beiden Großmächte bei ihren Verhandlungen über strategische Rüstungen nicht sofortige Resultate erzielen.

V. SORIN. Wenn ich Äußerungen der in den USA recht zahlreichen Anhänger des Neoglobalismus lese, Herr Bahr, muß ich an einen Aphorismus von Ihnen denken, den ich sehr gut finde. Sie sagten gelegentlich, eine Dummheit werde dadurch nicht anziehender, daß sie kollektiv begangen wird. (Lachen.) Herr Owen, hoffentlich nehmen Sie mir nicht die Frage übel, die ich Ihnen stellen möchte. (Lachen.) Ich weiß, daß Sie an der Universität Cambridge Neurologie und Psychiatrie studiert haben. Stimmt es?

D. OWEN. Ja.

V. SORIN. In diesem Zusammenhang — gerade in diesem Zusammenhang — möchte ich wissen, wie Sie zu der von bestimmten Kreisen geschürten Angst vor einer sowjetischen Bedrohung stehen.

D. OWEN. Meiner Meinung nach konnte der Westen überhaupt nie verstehen, welch ein Schock der zweite Weltkrieg für die Sowjetbürger, für ihr Bewußtsein war und was die immensen Verluste Ihres Landes für sie bedeuteten. Kaum jemand ist sich auf der Fahrt vom Flughafen nach Moskau darüber im klaren, daß die deutschen Truppen dicht vor den Vororten der sowjetischen Hauptstadt standen. All das hat sich wohl zusätzlich ausgewirkt, sogar — wenn man von den sowjetischen Militärs spricht — die historischen Tendenzen verstärkt, sich im Streben nach Sicherheit rückzuversichern, einen Überschuß zu schaffen. Ich denke, daß Ihr schon immer dazu neigtet, den pessimistischen Standpunkt einzunehmen — Sie, Georgi, geben ein Beispiel dafür, auch in diesem Gespräch. Deshalb würde ich nicht allzusehr den Umstand überschätzen, daß Ihr sehr starke Landstreitkräfte aufgestellt habt und eine beträchtliche Menge Technik besitzt, z. B. weit mehr Panzer als wir. Daraus folgt nicht, daß Ihr uns bedroht, daß Ihr Krieg wollt. Ich persönlich glaube nicht an eine ernst zu nehmende Wahrscheinlichkeit eines Überfalls, einer Invasion oder eines Krieges in Europa. Meine Meinung ist, daß wir ein bestimmtes Niveau der gegenseitigen Verständigung erreicht haben. Die Entspannung bedeutete ja niemals, daß die ideologische Auseinandersetzung zwischen dem Kommunismus und den westlichen Demokratien aufhört. Wir wollten eigentlich unsere Beziehungen wohlgeordnet sehen. Das ist, wie ich finde, erzielt worden, wenn auch noch ungenügend. Deshalb denke ich nicht, daß die UdSSR als aggressive Militärmacht zu fürchten sei. Doch möchte ich gleich Ihnen auf der Hut sein, deshalb will ich, daß auch wir zwar keine Oberlegenheit, aber doch starke Streitkräfte haben. Wir müssen auf der Hut sein, auch in Zukunft, fortwährend, doch lieber bei einem niedrigeren Stand der konventionellen und der nuklearen Kräfte. Ich glaube nicht, daß Ihr vorhabt, uns zu überfallen. Ich glaube nicht, daß Ihr in diesem Sinne eine Bedrohung seid, einen Angriff vorbereitet. Wer im Westen auf die UdSSR solche Kategorien anwendet, spricht meines Erachtens die Sprache der Minderheit und vertritt nicht den Standpunkt der Mehrheit der westlichen Öffentlichkeit. Wenn diese Leute in einer solchen Sprache sprechen, werden sie verhöhnt. Das heißt natürlich keineswegs, daß wir nicht auf der Hut zu sein brauchen, wissen wir doch, daß wir unterschiedliche Ideologien haben und Ihr die Verbreitung der kommunistischen Ideologie anstrebt. Doch glaube ich nicht, daß Ihr beabsichtigt, sie mit Hilfe bewaffneter Aggression zu verbreiten. Wenn der Krieg einmal ausbricht, so wird das, denke ich, ein Krieg aus Versehen sein. Angesichts dieser Gefahr müssen wir stets wachsam sein.

G. ARBATOW. Ich bin nun einmal kein Psychiater und Neurologe, deshalb fällt es mir schwerer, darüber zu urteilen, wie andere Leute denken. Trotzdem scheint es mir merkwürdig, daß man im Westen nicht versteht, warum die UdSSR nach dem Krieg ihrer Verteidigung eine solche Beachtung schenken mußte. Zuerst war da das nukleare Monopol der USA. Ich will jetzt nicht die ganze Geschichte von Anfang an

wiederholen und unsere Version vom Beginn des kalten Krieges mit eurer Version vergleichen. Doch war all das Wirklichkeit, an die ich mich als einer, der in jenen ersten Nachkriegsjahren schon recht verständig war, sehr gut erinnern kann. In der Tat empfanden wir überraschend für uns und zu unserer Enttäuschung, daß von jenen, die unsere Verbündeten gewesen wären, eine gewaltige Gefahr ausging. Doch jetzt geht es nicht um die Vergangenheit. Die Aufgabe heißt anders, und vielleicht können Sie — nicht nur als Neurologe und Psychiater, sondern auch als Politiker — das eine mit dem anderen verbinden und über einen Weg nachdenken, auf dem wir die psychologischen Barrieren überwinden und ein wirklich neues Denken einleiten würden, damit die Leute verstehen, daß all dieses Gerede von der Bedrohung nichts anderes ist als das Gerede des verrückten Hutmachers, um einmal die englische Klassik, die "Alice im Wunderland", zu zitieren. Heute ist das unmöglich, und Europa kann sich nicht einmal einen konventionellen, geschweige denn einen nuklearen Krieg leisten. Man muß davon ablassen, an etwas gänzlich anderes, an andere Aufgaben denken. Wir sprechen und verlieren die meiste Zeit im politischen Dialog leider über Probleme von gestern und dabei erheben sich vor uns dräuend Probleme von heute und morgen — europäische, globale, nationale Probleme. Hier muß meiner Meinung nach der Umbruch kommen. Dazu muß man sich aber von der Last des alten Denkens, der alten Doktrinen, der alten Politik, des alten Typs des außenpolitischen Verhaltens und der alten Einrichtung der internationalen Beziehungen befreien.

V. FALIN. Und doch wäre ein Paradoxon zu beachten. Immer hatte man Angst vor uns, zumindest im 20. Jahrhundert. Und immer hatten wir es auszulöffeln. (Lachen.) Immer sollen wir vor dem Krieg eine Superrüstung betrieben haben, und erst als die Wolga erreicht wurde und man sich überzeugte, daß es nicht auf die Rüstung zurückzuführen war...

V. SORIN. ... als die Deutschen die Wolga erreichten...

V. FALIN. Gewiß. Nach dem Krieg zwang man uns zur Aufrüstung, um uns den Wiederaufbau zu erschweren, und redete davon, daß wir Aufrüstung betrieben und daß die Gefahr von uns ausging. Einmal müßte auch hier, wie wir es jetzt in anderen Fragen tun, die Trennlinie zwischen Wahren und Falschem gezogen werden. Dann wird es uns leichter fallen, einander zu verstehen.

V. SORIN. Ich möchte unsere Gäste folgendes fragen: Gegenwärtig wird in den politischen Kreisen Europas über die Zukunft von SALT diskutiert. Herr Owen, was ist Ihr Standpunkt zu dieser Frage?

D. OWEN. Ich finde, daß die vom SALT-2-Vertrag festgesetzten Begrenzungen von sehr großer Bedeutung waren und bewahrt werden müssen. SALT 2 rief wohl eine gewisse Enttäuschung hervor, weil er die weitere Aufstockung erlaubte, ohne die vorhandenen Rüstungen zu vermindern. Könnten wir jetzt eine Reduzierung der strategischen Rüstungen vereinbaren, würde ich mich sehr freuen und hätte nichts gegen das Aufgeben von SALT 2. Dieser Vertrag würde von der neuen Vereinbarung einfach überrollt werden. Doch bevor eine neue Vereinbarung ausgearbeitet ist, wäre es meiner Meinung nach von Präsident Reagan weise, gegen die vom Vertrag festgelegten Begrenzungen nicht zu verstoßen. Zwar trat er während seiner ersten Präsidentschaftswahlkampagne gegen diesen Vertrag auf, aber in der gegenwärtigen Etappe sollte er nicht aufgegeben werden, und ich hoffe, daß der Präsident das nicht tun wird. Ich denke, daß die Kongreßmitglieder — nicht nur von der Demokratischen, sondern auch von der Republikanischen Partei — einen genügenden Druck auf ihn ausüben werden, damit er die im Vertrag vorgesehenen Begrenzungen nicht aufgibt.

V. SORIN. Herr Bahr, ich weiß noch, daß Sie, wie Sie sagten, nicht nach Moskau gekommen sind, um Ihre Verbündeten zu verurteilen, dennoch möchte ich Sie fragen: Wie stehen Sie zu der Erklärung der amerikanischen Führung, den SALT-2-Vertrag kündigen zu wollen?

E. BAHR. Ich teile David Owens Standpunkt und könnte dem lediglich hinzufügen, daß alle Argumente unserer

amerikanischen Bündnispartner für die Kündigung von SALT 2 keinen einzigen Außenminister der NATO-Länder überzeugen konnten, auch nicht solche, die sehr konservative Regierungen vertreten. Somit sehen wir uns erstmalig in der ganzen Geschichte dieses Blocks der Tatsache gegenüber, daß alle seine übrigen Mitglieder Reagans Erklärung kritisieren, er werde sich durch die SALT-2-Bedingungen nicht mehr gebunden betrachten, weil das zu einem hemmungslosen strategischen Wettlauf führen würde.

V. FALIN. Hier wären zwei wichtige Momente hervorzuheben. Erstens war SALT 2 ein Vertrag nicht nur über die Begrenzung, sondern auch über eine Reduzierung der strategischen Streitkräfte. Wäre der Vertrag ratifiziert worden, so hätte man die strategischen Streitkräfte wesentlich, um mehr als 10%, abgebaut, als ersten Schritt zu einer erheblichen Rüstungseinschränkung, deren Vereinbarung im Rahmen eines SALT-3-Vertrags gedacht war. Das zweite Moment ist etwas, was jetzt nicht erwähnt wird, worauf sich aber vor zwei oder drei Jahren Adelman berief. Damals war die Rede weniger von den sogenannten Verstößen seitens der UdSSR als vielmehr von falschen Prinzipien, die diesem Dokument zugrunde liegen sollen. In einem Schreiben an den Kongreß, genauer, an den Senat, führte Adelman aus: Die Hauptursache, weshalb die USA diesen Vertrag nicht ratifizieren bzw. nicht verlängern wollten, sei, daß sie die ihm zugrunde gelegten Prinzipien nicht hinzunehmen, nicht zu einem Gesetz für die Vereinigten Staaten zu erheben wünschten.

Dem Vertrag aber liegt das Hauptprinzip — Gleichheit und gleiche Sicherheit — zugrunde.

V. SORIN. Ich möchte ein weiteres Thema ansprechen. Valentin Falin, antworten Sie auf meine Frage in Herrn Bahrs Anwesenheit? Sie sind ein bekannter Experte für Probleme der BRD, waren dort Botschafter. Meine Frage: Wie präsentiert sich in letzter Zeit die Politik der Bundesrepublik?

V. FALIN. Eher unterschiedlich. Insbesondere sei gesagt, daß die Politik dieses Landes nicht vorwärts-, sondern zurückorientiert ist. Die Vergangenheit überblicken... Nein, das verstellt uns nicht immer die Sicht auf die heutigen Aufgaben, wenn es vielleicht auch viel zu sehr daran erinnert, wie die Vergangenheit war. Es ist, glaube ich, zum Teil vergessen worden, was unsere beiden Seiten in den 70er Jahren als notwendig anerkannten: Handlungen zu vermeiden, die die Interessen der einen wie auch der anderen Seite gefährden können; sich als Bestandteil von etwas Größerem und Allgemeinerem, namentlich der gesamteuropäischen Sicherheit, zu verstehen. Heute hören wir das Argument: Es sei unwichtig, ob etwas für die sowjetische Seite von Vorteil oder von Nachteil sei, wenn das nur der Sicherheit Westeuropas diene. Dagegen wenden wir uns ganz entschieden. Was für uns vielleicht von Vorteil ist, darauf könnten wir auch allein, ohne Hinweise Eurer westlichen Seite, nur deshalb verzichten, weil geringere Sicherheit für die USA und Westeuropa gleichzeitig geringere Sicherheit für die UdSSR und unsere Freunde wäre. Meines Erachtens ist es heute weit komplizierter, für beide Seiten nützliche Wirtschaftsbeziehungen aufrechtzuerhalten, weil diese Beziehungen mehr Diskriminierendes aufweisen und die westlichen Länder mehr Vorbedingungen stellen. Es gibt auch noch andere Momente, die man vielleicht nicht zu dramatisieren braucht, die jedoch nicht wegzuleugnen sind. Umstände, die man unmöglich übersehen kann.

V. SORIN. Herr Bahr, hier müssen Sie nicht gegen Ihre Verbündeten auftreten. Wie ist Ihr Standpunkt?

E. BAHR. In aller Kürze: Ebenso wie meine Partei habe ich allen Grund, die Ablösung der derzeitigen Regierung herbeizuwünschen. (Lachen.) Eine der Hauptursachen besteht darin, daß unserer Überzeugung nach eine neue Runde der, wie wir sie nennen, Ostpolitik, eine neue Runde der Entspannungspolitik not tut. Wir möchten in der Politik einen langfristigen Trend behaupten, dessen Ergebnis eine Situation wäre, in der kein Staat der einen Seite einen der anderen Seite überfallen könnte und kein Land imstande wäre, eine Offensive zu beginnen, insbesondere mit konventionellen Rüstungen — in der Frage der Kernwaffen kann ich nicht mitreden. Zugleich damit müssen wir eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in die Wege leiten, die das allgemeine Interesse an ihrer Aufrechterhaltung zusätzlich untermauern

würde, damit wir sagen können: Mögen die kommenden Generationen die übrigen Probleme lösen!

V. SORIN. Ich danke Ihnen. Zum selben Thema, Herr Owen: Wie präsentiert sich in letzter Zeit die britische Politik? Offen gestanden kann ich persönlich die britische Politik der letzten Zeit nicht als selbständigen Faktor betrachten.

D. OWEN. Großbritannien, das Vereinigte Königreich, ist ein sehr naher Freund der USA, was durch die Geschichte unserer beiden Länder bedingt ist. Ich würde übrigens die Bedeutung der langsamen Veränderung, die sich in Britannien seit seinem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft vollzieht, nicht übertreiben. Wir taten das spät genug, erst 1973. Aber wenn Sie Britannien nach wie vor als ein nur mit den USA und nicht mit Europa verbundenes Land betrachten, so haben Sie, glaube ich, einen recht wichtigen und bedeutsamen Wandel versäumt. Britannien wird mit jedem Jahr mehr eine europäische Macht, wenn es auch seine engen freundschaftlichen Beziehungen zu den USA nicht aufgibt und, wie ich hoffe, nicht aufgeben wird. Aber wir sehen immer besser, daß unser Empire nicht mehr besteht, unsere einstigen Kolonien unabhängig sind, unser Land infolgedessen geschwächte wirtschaftliche Positionen hat und seinen Einfluß nur als europäische Macht aufrechterhalten kann. Es muß in Europa eine wichtigere Rolle spielen, ebendeshalb messe ich den Beziehungen zwischen Frankreich, Britannien und Deutschland im Bereich der Verteidigung und der Kernwaffen so große Bedeutung bei. Frankreich und die Bundesrepublik haben jetzt sehr wichtige Beziehungen zu allen Aspekten der Politik hergestellt, einschließlich der Verteidigung im Bereich der konventionellen und der Kernwaffen. Gern würde ich die Entwicklung solcher Beziehungen auch zu Britannien sehen. Meines Erachtens wäre ein starkes, einheitliches und demokratisches, in seinen Beziehungen zu den USA vielleicht etwas selbstischeres Europa mehr im Interesse der Sowjetunion. Wir haben nicht vor, von den USA abzufallen, niemand von uns wünscht das, und dazu wird es nicht kommen, doch ich glaube, daß sich ein authentischerer, rein europäischer Standpunkt durchsetzen wird. Und nach Maßgabe dessen, wie sich ein solcher europäischer Standpunkt herausbilden wird — was durchaus natürlich ist, weil wir alle Europäer sind und auf demselben Kontinent mit den osteuropäischen Ländern und der UdSSR leben —, werden wir uns in einigen Fragen zu gemeinsamen Ansichten durchringen. Ich nenne nur ein Beispiel. Ich habe keinen Grund, unsere Premierministerin Frau Thatcher zu verteidigen, und ebenso wie Egon hoffe ich, daß wir bei den nächsten Wahlen an die Macht kommen und die Regierung bilden werden. Sie steht im Ruf, mit Präsident Reagan sehr eng befreundet zu sein. Als es aber darum ging, im Hinblick auf den Bau der Gas-Pipeline, die für Euch und Osteuropa so wichtig ist, Sanktionen einzuführen und die Zusammenarbeit einzustellen, weigerten wir uns, dem US-Kurs zu folgen. Dieser Kurs war fehlerhaft, ebenso wie es die Sanktionen waren, und so lehnten wir ab.

Denken Sie ja nicht, daß die USA Britannien in der Tasche haben. Es kam zwar vor, daß wir, wie mir scheint, falsche Entscheidungen trafen. Selbst in der Frage Libyens, einer meiner Meinungen nach strittigen Frage, hat England meines Erachtens alles in allem eine falsche Entscheidung getroffen. Aber wenn man sich als Freund und Bündnispartner versteht, muß man bereit sein, die Schritte seines Verbündeten zu unterstützen, selbst wenn man mit ihm nicht einverstanden ist. Ab und zu muß man so etwas tun. Ihr verfährt auf gleiche Weise in den Beziehungen zu Euren Bündnispartnern.

Ich habe manchmal den Eindruck, daß die UdSSR einen Abfall Europas von den USA herbeizuwünscht. Ihr wollt uns spalten, ich aber halte einen solchen Weg für steril. Wir lassen uns von den USA nicht abspalten. Der Beschluß über die Modernisierung der taktischen Waffen, die 1981–1983 durchgeführt wurde, demonstrierte das. Viel wichtiger wäre, daß Ihr den Dialog zwischen unseren Ländern fördert, damit Westeuropa gegenüber den USA selbstbewußter und auch einheitlicher ist. Je einheitlicher und einflußreicher wir sein werden, desto mehr werden wir die USA beeinflussen können. Vielleicht bin ich unbescheiden, aber ich bin der Meinung, daß ein solcher Einfluß auch für die USA günstig wäre.

G. ARBATOW. Ich muß einen Einwand anmelden. Wir setzen uns ein solches Ziel nicht. Mag sein, daß jemand auf der Straße politisierend so etwas sagt...

V. SORIN. Wir sind ja Realisten.

G. ARBATOW. ... und die Auffassung vertritt, daß man Europa spalten und es als Bündnispartner von den USA abfallen lassen müsse. Wir setzen uns ein solches Ziel erstens deshalb nicht, weil wir Realisten sind und verstehen, daß das unmöglich ist, und zweitens deshalb nicht, weil wir gute, normale Beziehungen sowohl zu Westeuropa als auch zu den USA unterhalten wollen. Wir glauben nicht, daß die Blockpolitik — ein kleines Gewicht auf die eine Waagschale hinzulegen, ein anderes Gewicht nicht an die andere Waagschale abtreten — etwas verändern kann. Damit sind die Probleme des Friedens nicht zu lösen. Was wir wollen, ist, nicht eures Bündnis zu sprengen, sondern zu erreichen, daß dieses Bündnis eine anständige Politik betreibt. Wird das einmal eintreten — bitte schön, eure Freundschaft mit den USA stört niemanden.

V. FALIN. David Owen hat etwas sehr Wichtiges gesagt: In der Atmosphäre der Entspannung und normaler Beziehungen nimmt das Gewicht der Staaten — so groß wie Britannien, aber auch kleinerer — beträchtlich zu. Die Länder haben dann zusätzliche Möglichkeiten, ihre Interessen zu vertreten und zu behaupten, und in diesem Sinne wird der gesamte militärische Faktor, der Groß- und Supermächte schafft oder nicht schafft, nivelliert. Das ist höchst wichtig.

G. ARBATOW. Eine Situation der Spannungen ist etwas wie ein Ausnahmezustand, unter dem niemand handeln darf, wie er möchte.

V. SORIN. Da unsere Zeit abläuft, will ich jedem Gesprächspartner noch zwei Minuten für die Beantwortung folgender Frage einräumen: Wie sehen Sie die Entwicklungsperspektiven des politischen Prozesses? Valentin Falin?

V. FALIN. Die Perspektive hängt davon ab, was wir in diesem Jahr und am Anfang des nächsten Jahres tun. Wie sehr möchte ich glauben — wenn ich vielleicht auch keinen Grund dazu habe —, trotzdem möchte ich glauben, daß wir nicht nur das berücksichtigen werden, was heute richtig ist, sondern auch das, was es auch für die nächste Generation sein wird. Wir dürfen diese Generation nicht unglücklich machen und ihr all diese Probleme vererben, darauf bauend, daß sie klüger als wir sein und alles lösen wird. Vielleicht wird diese Generation auch klüger sein, doch keine Möglichkeit zur Lösung haben, wenn wir ihr Bedingungen hinterlassen, unter denen diese Probleme nicht zu lösen sind.

V. SORIN. Herr Owen?

D. OWEN. Dieses Jahr ist ein Jahr der Wende, und sehr wichtig wäre, wenn sich die USA und die UdSSR zu einem Treffen entschließen. Ich bin mit beiden Spitzenpolitikern, mit Gorbatschow und Reagan, zusammengekommen und vertrete die Auffassung, daß ihre persönliche Ausstrahlung von enormer Bedeutung ist. Deshalb sollten sie sich treffen. Es wäre sehr wichtig, wenn sie einen Fortschritt einleiten, und da kann Europa seinen Einfluß ausüben. Die osteuropäischen

Länder könnten die UdSSR und ihre Position bei den Verhandlungen beeinflussen, damit sie bisweilen vielleicht mehr Flexibilität an den Tag legt. Die westeuropäischen Demokratien ihrerseits könnten einen positiven Einfluß auf die USA ausüben und sie an den Verhandlungstisch heranzuführen, damit konkrete Vereinbarungen und konkrete Abkommen erzielt werden. Ich finde, daß wir diesen Einfluß ausüben sollten. Wenn wir das tun, werden wir vielleicht 1987 wieder wohlgeordnete Beziehungen zwischen unseren Ländern erleben. Inzwischen aber wäre es überaus wichtig, über Fragen, in denen Differenzen bestehen, Gedanken auszutauschen und zu diskutieren. Wir haben an diesem Tisch viele solcher Streitpunkte — Afghanistan, Nikaragua u. a. — eröffnet. Ein in diesem Geiste gehaltener Dialog zwischen unseren Ländern würde Millionen Menschen ansprechen und die gegenseitige Verständigung und das Vertrauen festigen. Das aber ist das Fundament der allgemeinen Sicherheit.

V. SORIN. Ich danke Ihnen. Herr Bahr?

E. BAHR. Wir leben auf ein und derselben Erde, dennoch zeigte Tschernobyl, daß wir entweder in allgemeiner Unsicherheit oder in allgemeiner Sicherheit leben können. Es zeigte, daß wir tatsächlich ein gemeinsames europäisches Haus haben. Wir wollen also unsere Bemühungen vereinen, um die europäische Sicherheit auszubauen. Das wird auch für den ganzen übrigen Planeten gut sein.

V. SORIN. Georgi Arbatow?

G. ARBATOW. Man hat mir schon Pessimismus vorgeworfen, dennoch finde ich, daß eine nicht gerade leichte Zeit auf uns zukommt und daß es sehr radikaler Wandlungen bedarf. Gegen uns sind nicht nur jene, die solche Wandlungen nicht wünschen. Unsere Gegner sind — und hier arbeiten jahrhunderte-, jahrtausendealte Gewohnheiten gegen uns — die Traditionen und das Beharrungsvermögen all dieser Jahrtausende, in denen solche Fragen durch Krieg, mit Waffengewalt gelöst wurden. Hier tut ein Einschnitt not.

Das ist wahnsinnig schwer und kompliziert. Die Menschheit hat eine solche Aufgabe noch nie zu lösen gehabt — aber auch noch nie in einer solchen Gefahr gelebt, unter einem solchen Druck der objektiven Lage, der sie zwingt, die Aufgabe trotzdem zu bewältigen. Selbstverständlich wird das alles andere als leicht sein, aber wie schwer die Aufgabe auch sein mag, sind wir einfach nicht berechtigt, sie ungelöst zu lassen.

Diese Aufgabe steht auf der Tagesordnung der Geschichte, und mit Nein-Stimmen ist die Sache nicht getan. Wir müssen sie lösen. Abschließen möchte ich mit den Worten eines großen englischen Materialisten — sehen Sie, David Owen, Ihnen zu Ehren habe ich sogar mein Gedächtnis aufgefrischt —, mit den Worten Francis Bacons, daß der Mensch verpflichtet ist, Möglichkeiten nicht nur zu suchen, sondern sie auch zu schaffen.

Nun, im letzten Jahr tat die UdSSR das sehr aktiv.

V. SORIN. Ich danke allen Teilnehmern unserer interessanten Diskussion und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß das nicht unser letztes Treffen hier im 9. Studio ist.

**Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.
Telefon: 229-88-72, 209-07-67**

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines



GESCHÄFTSLEUTE UND TOURISTEN!

AEROFLOT BIETET

die neuen internationalen Routen

JEREWAN—BERLIN—JEREWAN (mittwochs)

JEREWAN—PRAG—JEREWAN (donnerstags)

Beflogen von der komfortablen TU 154.

Wenn Sie Sowjetarmenien kennengelernt haben, können Sie die UdSSR weiter bereisen: Jerewan hat günstige Flugverbindungen in die Hauptstädte aller Unionsrepubliken, beliebte Kurorte und Kulturzentren der Sowjetunion.

Ausführliche Auskünfte über die neuen Routen gibt Ihnen jede Aeroflot-Vertretung in Ihrem Lande oder die Zentrale Internationale Aeroflot-Agentur. Anschrift:

119021 Moskau, Frunsenskaja naberezhnaja 4
Telefon: 245-00-02. Telex: 411202.

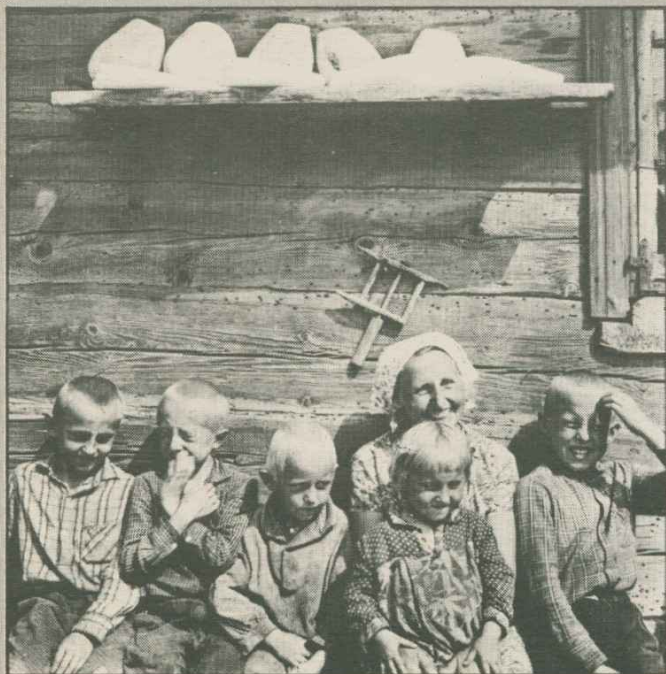
Aeroflot steht Ihnen zu Diensten!

INTERNATIONALER
FOTO- UND ZEICHEN-
WETTBEWERB

„JAHR
DES FRIEDENS“



„Jugend“



Aufnahmen
von Antanas
Sutkus
(UdSSR)

„Litauische Familie“